



# AIB

2V 7426 E

2,- DM

Januar  
Nr. 1 / 1980

11. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

## Iran- Krise

Mittelamerika • Nikaragua  
Palästina • Zimbabwe  
China-Vietnam



# Inhalt:

<b>AIB-Aktuell:</b> Eskalation USA–Iran . . . . .	3
<b>Iran</b>	
Michael Opperskalski: Revolutionärer Aufwind . . . . .	4– 5
<b>Palästina</b>	
Wolfram Bröner: Palästina-Weltkonferenz . . . . .	6– 7
Yassir Arafat: Ist das der Friede von Camp David? . . . . .	8– 9
Bassam Shakaa: Zur PLO gibt es keine Alternative . . . . .	10
<b>China–Vietnam</b>	
Jürgen Reusch: „Modernisierung“ auf tönernen Füßen . . . . .	11– 13
Außenministerium der SR Vietnam: Memorandum zu den chinesischen Kriegsvorbereitungen . . . . .	14– 15
<b>Kampuchea</b>	
Interview mit Pen Sovan: Seht, dieses Land lebt! . . . . .	16– 17
<b>Korea</b>	
Wolfgang Ritter: Der Sturz des Park Chung Hee . . . . .	18– 19
<b>Türkei</b>	
FIDEF: Der Machtantritt Demirels . . . . .	20– 21
<b>Tunesien</b>	
Lothar A. Heinrich: Bourguiba hält das Spiel . . . . .	22– 23
<b>Mittelamerika</b>	
Interview mit Omar C. García und R. Valladares: Mittelamerika nach dem nikaraguanischen Sieg . . . . .	24– 27
El Salvador: Haltung der Linken zur Junta . . . . .	27
<b>Nikaragua</b>	
Peter Jacobs: Sandino lebt! Beobachtungen im neuen Nicaragua (1. Teil) . . . . .	28– 30
<b>Südafrika</b>	
Jürgen Ostrowsky: Multis in Südafrika . . . . .	31
<b>Zimbabwe</b>	
Inos Malandu: Grundsatzposition der Patriotischen Front zur Londoner Konferenz . . . . .	32– 33
<b>Guinea-Bissau</b>	
Heiner Blasenbri: No Pintcha – Reiseeindrücke (2. Teil) . . . . .	34– 36
<b>Rückblick:</b> Ende des Biafrakrieges vor 10 Jahren . . . . .	37
<b>Rezensionen:</b> Äthiopien vor und nach der Revolution . . . . .	38
<b>Kurzinformationen:</b> Westsahara, EG-Entwicklungsländer, Bolivien, Paraguay, Argentinien, Puerto Rico . . . . .	39
<b>Kommentar:</b> Südafrikas Bombe . . . . .	40



**AIB**  
Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.

**Konto:** Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093—607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 53390000, Konto Nr. 966

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechtilid Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

**Redaktionskollektiv:** Wolfram Bröner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, J. Ostrowsky

**Verlag:** Weltkreis Verlag, Dortmund  
**Druck:** Plambeck & Co, Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 10. 12. 1979

Es arbeiteten weiter mit: S. Brandt, H. Denk, G. Eckart, I. Flach, M. Hellmann, M. Knauf, H. Mayer, W. Ritter, U. Rupp, G. Schmidt, L. Schmitz, H. Vortisch, K. W. v. d. Walde, J. Weber, B. Weng, U. Werf, K. Wetzel

**Anzeigen, Beilagen:** AIB-Katalog 1979, AIB-Einhefter, Das Argument, UNIDOC, rote Blätter, Verlag Marxistische Blätter



## Rettet das Leben von James Mange!

Im April des vergangenen Jahres verlieh das südafrikanische Rassistenregime seiner Verachtung für die Weltöffentlichkeit durch den Justizmord an dem jungen ANC-Kämpfer Solomon Mahlangu Ausdruck. Im November nun gab die Rassistenjustiz – die sich würdig in die Tradition des berüchtigten „Volksgerichtshofes“ der NS-Zeit stellt – einen neuen Beweis ihres barbarischen Rechtsverständnisses ab:

Nach einer Farce von Prozeß – die 12 Angeklagten wurden in schallisolierte Glaskäfige gesperrt, in entscheidenden Phasen wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen (nämlich als es um die persönlichen Stellungnahmen der wegen „Hochverrats“ Angeklagten ging), mehrere Angeklagte wurden in der Haft mißhandelt – sprach das Gericht in Pietermaritzburg seine Urteile: die Todesstrafe für den 24jährigen ANC-Angehörigen James Mange, Haftstrafen für die übrigen elf von zwischen 13 und 18 Jahren. Zwingende Beweise vermochte die Anklage zu keiner Zeit vorzulegen.

Damit präsentiert das Apartheidregime erneut sein wahres Gesicht. Während seine Aggressivität nach außen notorisch ist, entlarvt das Terrorurteil alle innenpolitischen sog. „Reformen“ als Täuschungsmanöver.

Und wie verhalten sich die selbsternannten Vorkämpfer für die Menschenrechte in Bonn, Washington oder London? Die Vereinten Nationen erklärten 1973 das Apartheidssystem zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit – gemäß den Grundsätzen der UNO und des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals. Ein Gericht, das Bestandteil dieses Systems ist, verurteilt rechtswidrig Kämpfer gegen dieses System. Die Resonanz in Bonn: Schweigen. Mehr noch – zwei Wochen später empfängt Außenminister Genscher Südafrikas Außenminister Botha zum Plausch und demonstriert damit, wo die Bundesregierung im Zweifelsfall steht.

Die Solidaritätsbewegung steht vor einer schweren Aufgabe, denn die Zeit drängt: Druck auf Bonn auszuüben, damit die Bundesregierung offiziell interveniert, um das Leben von James Mange zu retten. Druck auf das Rassistenregime auszuüben, damit die Terrorurteile aufgehoben werden!



# AIB-Aktuell: Eskalation USA – Iran

Nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran am 4. November 1979 durch eine Gruppe junger Iraner spitzte sich die iranisch-amerikanische Krise dramatisch zu. Die Billigung der Botschaftsbesetzung und Geiselnahme (am 10. Dezember noch etwa 50 Personen) seitens der iranischen Führung wurde von der Carter-Administration zum Vorwand für Wirtschaftssanktionen und Invasionsdrohungen genommen. UN-Generalsekretär Kurt Waldheim sprach daher von der schwersten Krise des Weltfriedens seit der Kubakrise im Oktober 1962.

Es sei dahin gestellt, ob K. Waldheim hier übertrieben hat oder nicht. Denn die Kernfrage lautet: Wer bedroht hier den Weltfrieden?

Für die westlichen Kommentatoren gibt es nur eine Antwort: Ayatollah Khomeini. Einer von ihnen, der Zeit-Leitartikler K. Becker, sieht „Jimmy Carter mit Behutsamkeit ans Werk“ gehen, wohingegen der „vom fanatischen Ayatollah Khomeini verkündete heilige Krieg des Islams gegen die Ungläubigen des Westens . . . doch eine der größten Gefahren für den Frieden in diesem Jahrzehnt in sich“ birgt (Die Zeit, 30.11.1979). Ein anderer, der Militärexperte Adelbert Weinstein, hatte bereits am 22.11.1979 in der Frankfurter Allgemeinen einen Einsatzplan für die herbeigewünschte Invasion einer US-Eingreiftruppe, inklusive der in der BRD stationierten 7. Armee als „Feuerwehr“, parat.

In der Tat hatte nicht Khomeini, sondern Jimmy Carter eine Kriegsarmada vor der gegnerischen Küste aufkreuzen lassen. Er zog im Persischen Golf, dem Arabischen Meer und dem östlichen Mittelmeer die gewaltigste Kriegsflotte zusammen, die je in die Gewässer des Nahen und Mittleren Ostens entsandt wurde: Um die drei Flugzeugträger Kitty Hawk (er allein hat 85 Kampfflugzeuge an Bord), Midway und Nimitz gruppierten sich weitere 19 US-Kriegsschiffe. In der kalifornischen MojaveWüste probten derweil Einheiten der 2. Marineinfanterie-Division im Manöver „Iran 79“ den seit Jahresbeginn von US-Repräsentanten wie Verteidigungsminister H. Brown oder Sicherheitsberater Z. Brzezinski angedrohten Ölkrieg.

Die seit 1977 im Pentagon debattierten Pläne zum Aufbau einer „mobilen Eingreiftruppe“ von 100.000 bis 110.000 Mann und einer V. US-Flotte im Indischen Ozean (neben der VI. im Mittelmeer und der VII. in Ostasien) nahmen Gestalt an.

In der US-Öffentlichkeit heizte man unterdessen eine antiiranische Kriegspsychose an, um die seit dem Debakel im Vietnamkrieg verbreiteten Ressentiments gegen eine erneute militärische Gewaltanwendung beiseite zu räumen. Die Geiselnahme lieferte Washington den Vorwand, um die „nationale Einheit“ zu beschwören und selbst gemäßigte Politiker wie Senator George McGovern für die Androhung militärischer „Vergeltungsschläge“ oder „Strafaktionen“ gegen den Iran zu gewinnen. Auf einer Klausurtagung der US-Regierungsmannschaft vom 19.-26. November 1979 in Camp David wurden insgeheim drei mögliche Daten für eine direkte Intervention im Iran vereinbart, wobei man auf die gleichzeitige Einschaltung „befreundeter“ iranischer Offiziere und die Hilfestellung solcher Staaten wie Saudi Arabien, Ägypten, Bahrain, Kuwait, Oman, Israel und Pakistan baute (vgl. Afrique Asie, Paris, 10.-23.12.1979).

## Aufmarsch am Persischen Golf

Präsident J. Carter und US-Großbanken waren es auch, die am 12. und 14. November 1979 Wirtschaftsboykott-Maßnahmen gegen den Iran verhängten, indem die iranischen Kapitaleinlagen auf amerikanischen Bankkonten in den USA und im Ausland (rund 8 Mrd Dollar) blockiert, die Rohöleinfuhren aus dem Iran gestoppt wurden. Anfang Dezember ließ man in Washington wissen, die Carter-Administration erwäge einen Aufruf zum weltweiten Außenhandelsverbot gegen den Iran.

Im UN-Sicherheitsrat, der am 5.12.1979 zum dritten Mal eine „friedliche“ Beilegung der Krise und die unverzügliche Freilassung der Geiseln forderte, hatte Washington – allerdings vergeblich – einen Passus gefordert, daß man einem Land ausdrücklich das Recht zur militärischen Aktion in „Selbstverteidigung“ einräume. Stattdessen pochte der Sicherheitsrat auf die Unzulässigkeit von Gewaltandrohung und -anwendung.

Gewiß, die Besetzung und Geiselnahme in Teheran sind mit den völkerrechtlichen Prinzipien der diplomatischen Immunität, entsprechend der Wiener Konvention von 1961, nicht vereinbar. Sie müssen dennoch in den Zusammenhang der Spezifik der iranisch-amerikanischen Beziehungen gestellt werden. 1953 brachte eine flagrante US-Einmischung, d.h. ein vom CIA organisierter Putsch, die rechtmäßige Regierung Mossadegh zu Fall und bescherte dem irani-



Mit Kurs auf den Persischen Golf: US-Flugzeugträger Midway

schen Volk 25 Jahre unter der verbrecherischen Schah-Diktatur. Ungeachtet des Massenmords an Zehntausenden suchte Washington 1978/79 die Herrschaft Reza Pahlevis bis zuletzt fortzuschreiben.

Provokatorisch mußte schließlich die Entscheidung J. Carters Ende Oktober 1979 anmuten, dem Schah aus „humanitären Motiven“ Asyl in den USA zu gewähren. Der angeblich sterbenskranke Schah konnte dabei auf eine starke großbourgeoise Lobby um Henry Kissinger und David Rockefeller bauen. Letzterer brachte dabei als Direktor der Chase Manhattan Bank handfeste Motive mit, lagert doch in ihren Tresoren ein Großteil des auf 15-20 Mrd Dollar geschätzten Schahvermögens, ganz zu schweigen von den Erdölinteressen der Rockefeller. Die Carter-Administration spann obendrein Ende Oktober Umsturzäden nach dem Iran, als sie ein Geheimgespräch zwischen Brzezinski, Ministerpräsident M. Bazargan und Außenminister Yazdi in Algier arrangierte.

Kurz darauf stürzte die proimperialistische Regierung Bazargan (siehe Beitrag von M. Opperskalski). Die iranische Forderung nach Auslieferung des Schah wie nach Rückführung der von ihm geraubten Milliarden brachte die Carter-Administration in Zugzwang. Ihre Invasionsdrohungen, ihr militärischer Aufmarsch aber waren eine völkerrechtswidrige Antwort, eine Verletzung der Souveränität eines unabhängigen Staates. Sie sind durch nichts zu rechtfertigen. Sie sind die wirkliche Bedrohung des Weltfriedens.

Der Widerstand, den Ayatollah Khomeini am 23.11.1979 mit seinem Aufruf zur allgemeinen Volksmobilmachung und bewaffnung dagegen setzte, ist nur legitim. Soviel Irrationales bzw. Abenteuerliches bei Khomeinis Propagierung eines Exports der islamischen Revolution und eines „Kampfes gegen die Ungläubigen“ auch mitschwingen mag, hier erfüllt seine Mobilisierung panislamischer Gefühle einen eindeutig antiinterventionistischen, antiimperialistischen Zweck. Sie birgt, wie die Moscheebesetzung von Mekka oder die antiamerikanischen Massenaktionen in anderen arabischen Scheichtümern, in Pakistan, Indien oder auch in Libyen anzeigten, für die USA zugleich unwägbare Risiken.

Risikoreich sind die Interventionsgelüste Washingtons schließlich angesichts der klaren Parteinahme der Sowjetunion für die iranische Revolution. Ende November 1979 hatte der US-Armeebefehlshaber John M. Collins in einer geheimen Studie an den amerikanischen Kongreß über die Möglichkeiten einer US-Intervention resümiert: „Eine Militärfeldaktion am Persischen Golf ist freilich äußerst riskant und nur durchführbar, wenn die Sowjetunion darauf verzichtet, einzugreifen.“ (Stern, 6.12.1979)

Die ganze Verantwortung im Fall einer Kriegseskalation aber liegt nicht bei Teheran, sondern bei Washington.



Michael Opperskalski

# Revolutionärer Aufwind



Demonstration vor der US-Botschaft in Teheran mit Plakaten Khomeinis und des verstorbenen linksislamischen Ayatollah Taleghani

Am 4. November 1979 besetzten islamische Studenten die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Teheran. Diese Aktion war die Initialzündung für bedeutende Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis des Iran, aber auch für entscheidende Bewegungen in der außenpolitischen Situation.

Noch im Oktober 1979 verstärkten sich die Anzeichen für einen „schleichenden“ Rechtsruck im Land.<sup>1</sup> Zwar waren die kurzfristig verbotenen Zeitungen wieder erlaubt worden, doch mehrten sich reaktionäre Töne, die offensiv die Rücknahme bisher erkämpfter Errungenschaften der anti-imperialistisch-demokratischen Revolution im Iran forderten. Vor allem aus der Ecke der sog. Nationalen Front des Ex-Außenministers Karim Sandjabi kamen „Vorschläge“, die auf eine Rücknahme der Verstaatlichungen, auf eine Revidierung des außenpolitischen Kurses der Nichtpaktgebundenheit und Unabhängigkeit hinausliefen, während von Seiten der reaktionären Kräfte der iranischen Geistlichkeit unter Ayatollah Schariat-Madari die Stimme gegen die Befugnisse der Revolutionskomitees, der Revolutionsmilizen („Pastaran“) und gegen die Existenz fortschrittlicher, linker und antiimperialistischer Organisationen erhoben wurde.

## Sturz der „standhaften“ Regierung Bazargan

Bei der Durchsetzung rechter Politik im Iran spielte die Regierung Bazargan eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Arbeitgeber, das Organ des bundesdeutschen Monopolkapitals, formulierte das in seiner Nr. 21/31/1979 so: „Was in den letzten Monaten durch das standhafte Auftreten Bazargans gegen die Übergriffe des Revolutionsrates an Vertrauenskapital langsam gesammelt werden konnte, droht

durch den perspektivlosen Rigorismus Chomeinys innerhalb weniger Tage – und dann, so steht zu befürchten, auf Dauer – verloren zu gehen.“

Das „standhafte“, will heißen reaktionäre Auftreten der Regierung Bazargan war der Versuch, die iranische Revolution in einem kapitalistischen Entwicklungsweg zu kanalisieren. So erwies sich die Regierung Bazargan immer wieder als Hemmschuh für revolutionäre Maßnahmen. Sie verhinderte u.a. monatelang die Verstaatlichung der Banken mit dem „Erfolg“, daß in- und ausländische Großkapitalisten Milliarden Toman (iranische Währung; d. Verf.) ins Ausland schleppen konnten.

Im Juni 1979 deutete der damalige Außenminister Yazdi eine verstärkte wirtschaftliche und politische Kooperation mit den kapitalistischen Staaten an, ja eine Zusammenarbeit mit den USA wurde bereits wieder diskutiert. Anfang August bemühten sich Finanzminister Ardalan und Zentralbankchef Molawi um die Wiederaufnahme von Gesprächen über einen Handels- und Kooperationsvertrag zwischen dem Iran und der EG. Ende August wies Industrie- und Bergbauminister Ahmedzadeh-Harawi einen Bericht der englischsprachigen Tageszeitung Teheran Times zurück, in dem behauptet wurde, die iranische Beteiligung bei Krupp werde wegen „unangemessener und ausbeuterischer“ Bedingungen überprüft. Und gleichzeitig unterstrich der brutale Militäreinsatz im iranischen Teil Kurdistans, daß die reaktionäre Politik von den iranischen Rechtskräften immer deutlicher durchgesetzt wurde.

Damit hatte sich in den letzten Monaten bis Oktober 1979 eine Art Doppelherrschaft herausgebildet. Auf der einen Seite die Rechtsregierung Bazargan, die revolutionäre Maßnahmen und positive und friedliche Lösungsschritte in Iranisch-Kurdistan hintertrieb, die insgesamt auf einen kapi-



talistischen Kurs einschwenken wollte. Und hinter der Regierung Bazargan und in ihrem Dunstkreis agierten reaktionäre Kräfte unterschiedlicher politischer Schattierungen, vor allem der reaktionäre Teil der iranischen Geistlichkeit unter Ayatollah Schariat-Madari.

Auf der anderen Seite stand der Revolutionsrat, der Ausdruck der revolutionären Bewegung unter Ayatollah Khomeini ist. Der Revolutionsrat, das ist nicht nur diese höchste Institution, das bedeutet gleichzeitig die Unzahl von Revolutionskomitees, Revolutionsmilizen und Komitees für Alphabetisierung, Bauernorganisation, Gewerkschaften und anderer Organisationen, die den antiimperialistisch-demokratischen Charakter der iranischen Revolution verteidigen.

Ein wichtiges Element bei der Durchsetzung reaktionärer Politik spielte und spielt die Aktivität offen konterrevolutionären und terroristischer Banden im Iran. Sie hatte ihren bisherigen Höhepunkt Anfang August 1979 als rechtsradikale Banden die Büros fortschrittlicher Organisationen überfielen und faktisch einen Bürgerkrieg gegen die antiimperialistischen Kräfte entfachten. Praktisch führte diese Aktivität zu einem offenen Rechtsruck in der iranischen Politik, zur Unterdrückung demokratischer Parteien und Organisationen, zum Militäreinsatz in Kurdistan.

Das Machtpotential der Rechtsregierung Bazargan wuchs, zumal in dieser Situation auch der Revolutionsrat und Ayatollah Khomeini unsicher, schwankend und widersprüchlich reagierten, der Druck der reaktionären Geistlichkeit unter Schariat-Madari auf Khomeini, Taleghani und andere radikaldemokratische Kräfte der religiösen Führung des Landes sich verstärkte.

In dieser Zeit kam auch von der Massenbewegung kein Impuls zur Unterstützung des antiimperialistischen Flügels der Iranischen Geistlichkeit, kein Impuls zur Verstärkung von Aktivitäten gegen die Rechtskräfte und die offen konterrevolutionären Elemente. Es schien so, als würden viele „Revolutionäre der ersten Stunde“ resignieren, die Unzufriedenheit breiter Volksmassen jedoch gleichzeitig wachsen.

Was jedoch noch nicht erloschen war, war das mit über 60.000 im Kampf gegen das Schah-Regime gefallenen Märtyrern gewachsene antiimperialistische Gefühl der iranischen Menschen. Die Besetzung der US-Botschaft brachte diese Gefühle, aber auch die angewachsene Unzufriedenheit, zur Entladung und ließ sie einmünden in eine organisierte und Millionenmassen umfassende antiimperialistische Volksbewegung.

Für die Besetzung der Botschaft gab es gute Gründe. Sie war weniger diplomatische Vertretung, als „Verschwörerzentrum gegen die iranische Revolution“ (Khomeini). Die konterrevolutionären Aktivitäten der US-Botschaft in Teheran wurden besonders nach dem Sieg der Volksrevolution im Februar 1979 verstärkt, sie reichen aber zurück bis zum CIA-Putsch 1953.

Im Mai 1979, also einige Monate nach der Revolution, wurde der Generalsekretär der antiimperialistisch-religiösen Mojahedin-e-Khalq, Saadati, vom Gelände der US-Botschaft aus entführt, dort mehrere Wochen in Gefängniszellen im Keller des Botschaftsgebäudes festgehalten und ist seitdem verschwunden. Durch die Besetzung der Botschaft konnten inzwischen auch eine ganze Reihe von Dokumenten und Materialien gefunden werden, die die konterrevolutionäre Aktivität der US-Vertretung und ihrer Angehörigen beweisen: Funkgeräte für Spionage, Terroristenausrüstungen wie Bomben mit Fernzünder, Gifte, Gewehre mit Präzisionszielgerät und Dokumente, die die Verbindung und Anleitung konterrevolutionärer Banden wie Forghan<sup>2</sup> beweist. Zur Zeit finden Untersuchungen statt, bei denen überprüft werden soll welche der festgehaltenen Geiseln Spione sind und welche nicht. Bisher wurden daher auch schon einige

nicht in konterrevolutionäre Tätigkeiten verstrickte Botschaftsangehörige freigelassen. Die Forderungen, die die Botschaftsbesetzer erheben, sind nicht nur Auslieferung des Schah und Konfiszierung seines dem iranischen Volk geraubten Vermögens über 40 Mrd Dollar, sie laufen insgesamt auf eine antiimperialistische Vertiefung der Iranischen Revolution hinaus. In ihren bisher veröffentlichten Communiqués fordern sie u.a. verstärkte Säuberungen des Staatsapparates von Elementen des gestürzten Schah-Regimes, weitere Verstaatlichungen und Abschneiden jeglichen imperialistischen Einflusses im Iran.

Die Botschaftsbesetzung zündete eine Massenbewegung, die klare demokratische Forderungen und antiimperialistische Maßnahmen aufstellt. Und, was besonders wichtig ist, diese Bewegung ist weniger spontan wie zu Beginn der Revolution. Organisatoren sind neben der fortschrittlichen Iranischen Geistlichkeit vor allem die Mojahedin und die Tudeh-Partei. Mit ihren antiimperialistischen Losungen und in ihrem organisatorisch wesentlich festeren Charakter wird diese Bewegung damit auch zur sich entwickelnden Aktions-einheit aller antiimperialistischen Kräfte.

Mit der Ablehnung der Besetzung, der Massenaktionen und des Zusammengehens mit anderen antiimperialistischen Kräften haben sich die links-kleinbürgerlichen Volksfedayin inzwischen vollkommen von der Massenbewegung und den sie tragenden Kräften isoliert. Sie entwickeln sich immer mehr zu einer bedeutungslosen linkssektiererischen Organisation.

## Die „zweite Revolution“: für die Unterdrückten

Die Massenbewegung radikalisierte auch Khomeini. Seine Äußerungen sind inzwischen klar und deutlich gegen die Aktivitäten des US-Imperialismus gerichtet. Er spricht von „einer zweiten Revolution“ für die unterdrückten und ärmsten Massen des iranischen Volkes. Jede Form eines kapitalistischen Entwicklungsweges wird von ihm nun abgelehnt.

Der bisher bedeutendste Erfolg der antiimperialistischen Massenbewegung ist jedoch der Sturz der Rechtsregierung Bazargan. Das bisher bekanntgewordene Programm des derzeit die Amtsgeschäfte der Regierung wahrnehmenden Revolutionsrates läuft auf eine antiimperialistische Entwicklung des Landes heraus: weitere Verstaatlichungen, Festigung der Macht der Revolutionskomitees, soziale Reformen und antiimperialistische Außenpolitik. Besonders wichtig aber auch: dem kurdischen Volk wurde die nationale Selbstbestimmung gewährt und damit bahnt sich eine Lösung des Problems der nationalen Minderheiten im Iran an.

Noch ist die Entwicklung jedoch nicht stabilisiert. Bazargan sitzt als „Vertreter der Rechtskräfte“ weiterhin im Revolutionsrat. Der schillernde Ali Chamran, dem CIA-Kontakte nachgesagt werden,<sup>3</sup> ist weiter Verteidigungsminister. Die Hauptbedrohung kommt jedoch von außen. Die USA drohen mit militärischer Intervention. Der Völkerrechtsbruch der Botschaftsbesetzung und die Geiselnahme werden zum Anlaß genommen, weltweit die Kampagne gegen die iranische Revolution anzuhetzen, um die Bevölkerung für militärische Aktionen im Iran propagandistisch „reifzuschießen“ (siehe auch AIB-Aktuell in diesem Heft). Dies gilt besonders auch für die Rolle der Massenmedien in der BRD.

### Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu ausführlich: AIB, Nr. 11-12/1979, S. 46-50
- 2) Forghan wurde nach dem Volkssieg im Februar 1979 wegen der Ermordung von prominenten Persönlichkeiten wie General Gharani oder Ayatollah Motahari (Mitglied des Revolutionsrates) bekannt. Die Terrorgruppe rekrutiert sich aus ehemaligen SAVAK-Agenten.
- 3) Vgl. AIB, Nr. 11-12/1979, S. 50



## Wolfram Brönner Palästina-Weltkonferenz

Das in Camp David/Washington unterzeichnete Separat-Vertragswerk sei in Wahrheit eine militärpolitische Allianz Israel-USA-Ägypten, diese Bilanz zog der PLO-Vorsitzende Yasser Arafat in seiner programmatischen Rede zur Eröffnung der Palästina-Weltkonferenz in Lissabon (Rede-Auszüge nachstehend). Es sei lediglich „zur Irreführung der Weltöffentlichkeit als ein Friedensvertrag“ feilgeboten worden, was die seitherigen Verbrechen des Begin-Regimes bewiesen hätten: die israelische Aggressionspolitik gegen den Libanon, die Verschärfung der Besatzungspolitik in den okkupierten palästinensischen Territorien und der Ausschluß der PLO, des einzig legitimen Repräsentanten des palästinensischen Volkes aus dem Verhandlungsprozeß. Y. Arafat: „Aber die US-Politik wird sich unvermeidlich in derselben Schlinge fangen und dieselben Ergebnisse ernten wie in Vietnam und im Iran.“

Dieser imperialistischen Separatpolitik hielt der PLO-Vorsitzende die Notwendigkeit entgegen, für einen „gerechten Frieden“ im Nahen Osten zu kämpfen: „Wir fordern einen gerechten Frieden, dessen Grundlagen und Ausmaße auf den Resolutionen der UN-Vollversammlung, speziell der auf der XXIX. Sitzung angenommenen Resolution 3236, beruhen . . . Es ist der aufrichtige Aufruf zum Frieden im Lande des Friedens (Palästina; d. Verf.). Aber es kann keinen Frieden geben, solange unser Volk zerstreut und unser Land okkupiert bleibt.“

### Kein Nahostfriede ohne die PLO

Yasser Arafats Votum fand die Unterstützung der 750 Delegierten aus über 100 Ländern, die in Lissabon vom 2.-6. November 1979 zur „Weltkonferenz zur Solidarität mit den arabischen Völkern und ihrer zentralen Frage: Palästina“ zusammentrafen. Die in vier Kommissionen und der Plenumsitzungen erarbeiteten Konferenzdokumente, die Lissaboner Deklaration, die Resolution zur Einheit des Kampfes der arabischen Nation und der Völker der Welt sowie das Aktionsprogramm, stellten als die essentiellen Forderungen für einen gerechten Nahostfrieden heraus:

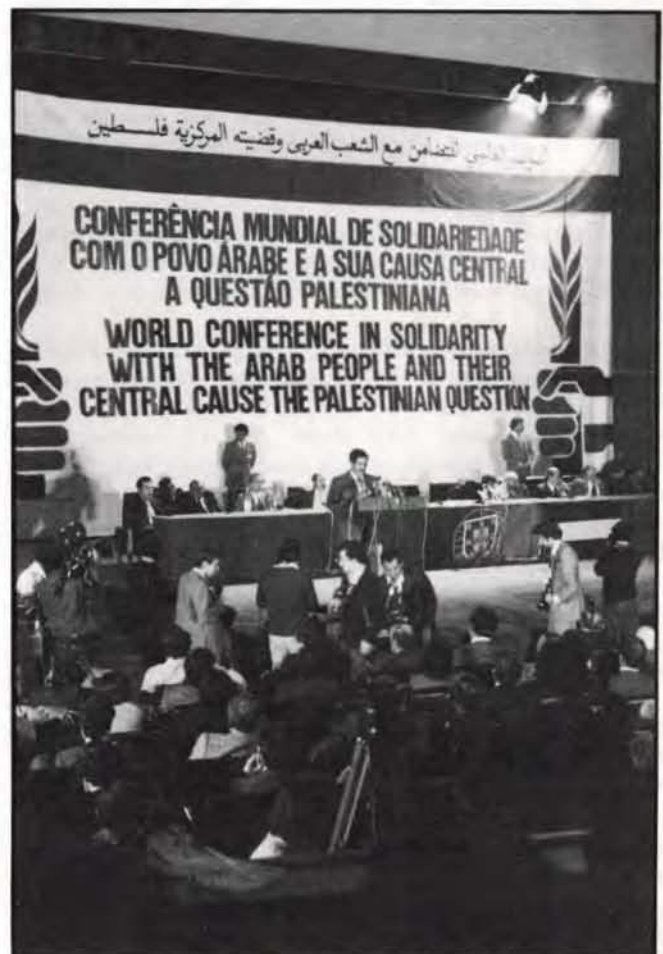
- die Einlösung aller relevanten UN-Resolutionen zur Palästinafrage und die unbedingte Beteiligung der PLO, des einzig legitimen Repräsentanten des arabischen Volkes Palästinas, an jedweden Verhandlungsschritten;
- bedingungsloser vollständiger und sofortiger Abzug Israels aus allen okkupierten arabischen und palästinensischen Gebieten einschließlich Jerusalem;
- Wiederherstellung der nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas, die das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung, und Errichtung eines nationalen unabhängigen Staates umfassen.

Das Weltforum von Lissabon verurteilte entschieden die Separatverträge von Camp David/Washington, die sog. Autonomie-Verhandlungen Israels, Ägyptens und der USA über die okkupierten palästinensischen Territorien (Westjordan-

und Gazagebiet), die israelische Libanonintervention sowie die Drohhpolitik des US-Imperialismus.

„Die Konferenz stellt fest,“ so heißt es in der Resolution zur Einheit, „daß von den Kräften des Friedens und der Befreiung im Kampf gegen den Imperialismus Fortschritte erzielt werden konnten. Neue Entwicklungen ereigneten sich in Nicaragua, dem Iran und Afghanistan. Die Konferenz verurteilt die US-Pläne, ein Militärbündnis auf der Basis der Vereinbarungen von Camp David und Washington zu schaffen. Sie klagt entschieden die Drohungen von US-Repräsentanten an, in arabischen Ländern militärisch zu intervenieren. Die Stärkung der US-Militärpräsenz im Nahen Osten und am Arabischen Golf (gemeint ist der Persische Golf; d. Verf.), die Absicherung der Interessen der Transnationalen und die Wiederherstellung der US-Kontrolle über die arabischen Ölressourcen entstammen Plänen, die der Globalstrategie des Weltimperialismus dienen sollen, und die die grundlegenden Interessen aller Völker bedrohen.“

Unterstrichen wurde ferner, daß die Versuche von US-Repräsentanten und transnationalen Monopolen, sich der Ölressourcen der Region wieder zu bemächtigen, gegebenenfalls mit dem Einsatz der Ölwanne zu beantworten sei. Die



Konferenz-Eröffnung in Lissabon durch den Generalsekretär des Arabischen Volkskongresses Hamidi



US-Pläne stellen insofern eine „ernsthafte Gefahr für die Grundinteressen der Völker Europas dar“, die bekanntlich über die Hälfte ihrer Ölimporte aus dieser Region beziehen.

Die Veranstaltung dieser Palästina-Konferenz in einem westeuropäischen NATO-Land bezweckte, gerade hier, wo die PLO auf Regierungsebene noch nicht anerkannt, wo ihr Ziel eines Palästinenserstaates noch nicht unterstützt wird, ein Stück voranzukommen. Die Tatsache, daß Y. Arafat vom portugiesischen Staatspräsidenten Eanes und der portugiesischen Regierung empfangen wurde, signalisierte die grundsätzliche Bereitschaft Portugals demnächst als erster Staat Westeuropas diplomatische Beziehungen zur PLO herzustellen.

Wie die aktive Unterstützung der Lissaboner Konferenz durch die Portugiesische Kommunistische und Sozialistische Partei, die Gewerkschaftszentrale Indersyndical (sie organisierte ein Palästina-Massenmeeting mit 10.000 Teilnehmern) sowie durch solche Persönlichkeiten wie den Expräsidenten General Costa Gomes oder das Revolutionsratsmitglied Exaußenminister Melo Antunes (beide gehörten dem Konferenz-Präsidium an) anzeigt, steht hinter diesem Engagement für die Sache der Palästinenser der Druck einer breiten Volksbewegung. Hinzu tritt das nicht uneigennützig Ansehen der Regierenden in Lissabon, durch ein – für die Mitgliedsstaaten der NATO bislang einmaliges – entschiedenes Eintreten für eine UN-Lösung des Nahostproblems sicherzustellen, daß Portugal im Falle einer Wiederanwendung der arabischen Ölwanne verschont bleiben möge, d.h. es vom Stopp der arabisch-iranischen Öllieferungen ausgenommen sein wird.

Ein Grundanliegen der Weltkonferenz, niedergeschrieben im Aktionsprogramm, ist die Organisation von Solidaritätskampagnen in den kapitalistischen Hauptländern, die auf die

schließliche Anerkennung der PLO durch die Regierungen und auf deren Respektierungen der Resolutionen der UN-Vollversammlung zur Palästinafrage abheben. Diese auf Westeuropa und die USA ausgerichtete politisch-diplomatische Druckentfaltung heißt indessen nicht, daß die PLO und Staaten der Arabischen Front der Standhaftigkeit (Libyen, Algerien, Südjemen, Syrien) ihre Hauptverbündeten aus dem Blick verloren hätten. Als solche wurden in allen Konferenzdokumenten namentlich die sozialistischen Länder (überdies namentlich die Sowjetunion), die Nichtpaktgebundenen sowie die demokratischen und progressiven Kräfte in aller Welt genannt.

Diese umfassende Solidaritätsorientierung wurde in Lissabon lediglich getrübt durch die Nichtpräsenz von Vertretern der Palästinensischen Nationalen Front der okkupierten Gebiete (Israel blockierte ihre Ausreise) und der demokratischen Bewegung Israels; bekanntlich hat die PLO 1977 die Zusammenarbeit mit letzterer zum programmatischen Punkt erhoben, mußte allerdings in diesem Fall nationalistischen arabischen Kräften ein Zugeständnis machen. Es wäre zu wünschen, daß das als Solidaritäts-Komitee künftig weiterarbeitende Internationale Vorbereitungs-komitee der Lissaboner Weltkonferenz – den Vorsitz hält der libysche Generalsekretär des Arabischen Volkskongresses, Hamidi – diese antiquierte, schädliche Position zu überwinden vermag.

Dennoch: Die Betonung der praktischen Unterstützungsarbeit für die palästinensisch-arabische Sache und ein konsequenter Antiimperialismus gaben dieser bisher breitesten Manifestation der Palästina-Solidarität das Gepräge. Für die demokratischen Kräfte Westeuropas war Lissabon Anstoßpunkt und Ermutigung, das Agieren für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes zu verstärken, zu effektivieren. Portugal sollte Schule machen.



Im Lissabonner Konferenzpräsidium: Portugals Expräsident Costa Gomes (2. v. l.) und Yassir Arafat





Yasser Arafat

## Ist das der Friede von Camp David?

(. . .) Die Unverschämtheit der fortgesetzten imperialistisch-zionistischen Angriffe hat andererseits die Standhaftigkeit des arabischen Volkes von Palästina und seine unbeugsame Entschlossenheit, sein Land von der rassistischen israelischen Besatzung zu befreien, unter Beweis gestellt. Es ist auch ein Beweis für die Entschlossenheit unserer arabischen Nation, die Kontrolle über ihre Reichtümer zu erlangen, die sich der US-Imperialismus und seine Verbündeten im imperialistisch-kolonialistischen Lager widerrechtlich angeeignet haben.

Angesichts dieser Realität beendet der Polyp Weltimperialismus keineswegs seine Verschwörungsaktivitäten zur Spaltung unserer arabischen Nation, sondern setzt seine abstoßenden Versuche fort, das palästinensische Volk und seine Revolution unter der Führung seiner einzig rechtmäßigen Vertretung, der PLO, zu liquidieren. (. . .)

Das Jahr 1979 sah den Niedergang von mehr als einer imperialistischen Bastion im Nahen Osten. Es sah den Sturz des Schah des Iran, nachdem die palästinensische Revolution gestärkt aus dem schmutzigen Bürgerkrieg im Libanon<sup>1</sup> hervorgegangen war, welchen Kissinger geplant und der CIA mit dem Ziel ausgeführt hatte, die palästinensische Revolution zu liquidieren und einen Schlag gegen die nationalprogressive Bewegung im Libanon zu führen, die mit uns in einer Front gegen den gemeinsamen Feind steht und deren Kämpfer ihr Blut Seite an Seite mit unseren eigenen vergossen haben.

Nur einen Monat nach dem Sieg der iranischen Revolution schuf Washington eine neue aggressive Allianz im Nahen Osten, um den Verlust, den es durch den Zusammenbruch der CENTO<sup>2</sup> erlitt, auszugleichen: eine Allianz zwischen Israel und dem ägyptischen Regime unter der Kontrolle und dem Schutz der USA im Kielwasser der Farce von Camp David und des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages. Der US-Imperialismus versuchte, diesem aggressiven militärischen Pakt den Anschein eines Friedensvertrages zu geben, um die Weltöffentlichkeit in die Irre zu führen, die sich im allgemeinen wegen der Rolle, die diese Bündnisse gegen die

kämpfenden Völker auf der ganzen Welt gespielt haben, gegen US-Militärbündnisse stellt.

Dennoch, Brüder und Genossen, wurde die wahre Natur dieser neuen amerikanischen Allianz schnell enthüllt; denn Waffenlieferungen an Israel im Wert von 13 Mrd Dollar und der Beginn der unverschämten Aggression gegen das libanesisches und palästinensische Volk im Libanon sind keine Schritte zum Frieden, sondern eher ein verzweifelter Versuch des Imperialismus und des Zionismus die Stützen ihrer Herrschaft in diesem Gebiet, die ernsthaft erschüttert worden sind, zu konsolidieren. Wenn wir Begin sagen hören, daß sowohl Haifa als auch Alexandria in dieser Region Stützpunkte für die US-Flotte sind, so ermöglicht uns dies, die Natur der gemeinen Rolle zu verstehen, die Israel und die ägyptische Regierung als Hüter kolonialer Interessen im Nahen Osten und Afrika übernommen haben.

### Dem „Autonomie“-Komplott widerstanden

Ich möchte nicht im Detail auf diesen falschen Frieden, der in Camp David unterzeichnet wurde,<sup>3</sup> eingehen; Es wird genügen, wenn ich eine Tatsache nenne, die heute größtenteils bekannt ist: Die an Camp David beteiligten Parteien nahmen sich selbst das Recht heraus – im Dienste ihres aggressiven Bündnisses – die Palästinenserfrage zu behandeln und in Abwesenheit des palästinensischen Volkes und seiner einzigen legitimen Vertreterin, der PLO, trotz der Verurteilung durch die ganze Welt, über die Spaltung dieses Volkes und die Aufteilung seines Landes zu verhandeln.

Im besetzten Palästina fährt die israelische Regierung fort, Land an sich zu reißen, Siedlungen zu bauen, Bürger auszuweisen und ihre Wasservorräte zu übernehmen und zu kontrollieren, all dies mit offizieller Billigung. Im Libanon setzt der israelische Feind seinen Vernichtungskrieg seit demselben Augenblick fort, da dieser Vertrag unterschrieben war, und zwar mit modernen, in den USA hergestellten Ver-



nichtungswaffen, von denen einige sogar international verboten wurden. Dieser Krieg hat zur Vertreibung von über 600.000 palästinensischen und libanesischen Bürgern aus ihren Häusern und zur Entvölkerung der libanesischen Städte und Dörfer sowie der Palästinenserlager im Südlibanon geführt.

Ist das der Friede von Camp David? Sagten sie nicht, daß es keine Kriege mehr geben würde? Die Gesichter wurden demaskiert und das Verbrechen ans Licht gebracht. Dies ist der Friede der Aggressoren und Besetzer, ein Friede, der auf Aggression und Expansion basiert, auf der widerrechtlichen Aneignung von Land und der Vertreibung seiner Bewohner. Es ist der Friede von Terroristen und Neofaschisten.

Das palästinensische Volk erleidet unter der Okkupation, Unterdrückung, Verhaftungen, Massenbestrafungen und andere Formen faschistischer Brutalität. Es wehrt sich tapfer gegen die zionistische Besatzung und die Anschläge des Imperialismus auf eine Art, die seine Feinde überrascht hat. Unser unter der Okkupation lebendes Volk hat das „Autonomie“-Komplotz sowie alle Versuche zu seiner Durchsetzung seitens der USA, Israels und des Sadat-Regimes zurückgewiesen, wobei es allem Druck und der neuen Sklaverei, die dieser Plan beinhaltet, widerstand. Dank dem konsequenten Kampf unseres Volkes in der Ablehnung des „Autonomie“-Planes, dank seiner Identifizierung mit der PLO, seiner einzig rechtmäßigen Vertreterin, und dank der mutigen Anstrengungen unserer Revolutionäre überall, ist der Plan von Camp David in eine Sackgasse geraten, und mit ihm die Politik der US-Administration. (. . .)

## Palästina und die Ölwanne – nicht zu trennen

In der Tat, die internationale Meinung, die Resolutionen der Arabischen Gipfelkonferenzen, die Resolutionen der nicht-paktgebundenen Staaten, die prinzipielle und feste Haltung der sozialistischen Länder, an ihrer Spitze unser Freund, die Sowjetunion, sowie auch die zunehmende Anerkennung der PLO in Europa und Lateinamerika unterstreichen die schwache Position des falschen Friedens von Camp David und fordern die Beendigung der destruktiven Allianz und die Anerkennung der Tatsache, daß ein Friede im Nahen Osten ohne das palästinensische Volk nicht erreicht werden kann. Ich erkläre hiermit, im Namen des palästinensischen Volkes und seiner Revolutionäre, daß es in dieser Region keinen Frieden geben kann, keine Stabilität und keine Regelungen, ohne das palästinensische Volk und ohne die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte dieses Volkes, einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, auf Selbstbestimmung und auf Errichtung seines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Territorium. (. . .)

Ich möchte hier hinzufügen, daß der Imperialismus und Zionismus versuchen, die Reichtümer unseres arabischen Landes auszubeuten, um sie als Waffe zur Versklavung unserer Völker und der Völker der Entwicklungsländer zu gebrauchen. Wir kämpfen daher dafür, das arabische Öl aus einer Quelle der Armut und Versklavung in eine Quelle des Wohlstandes für unser Volk und die Völker der Welt zu verwandeln. Ich gebe kein Geheimnis preis, wenn ich Euch sage, daß der Kampf für die Befreiung Palästinas Hand in Hand geht mit dem Kampf um das arabische Öl. (. . .)

Brüder und Genossen.

Frieden und Stabilität werden im Nahen Osten nur erreicht werden durch den sofortigen und bedingungslosen Abzug der Kräfte des zionistischen Aggressors aus allen arabischen und palästinensischen okkupierten Gebieten, und wenn das palästinensische Volk instandgesetzt worden ist, seine unveräußerlichen nationalen Rechte, einschließlich des Rechts auf Rückkehr und Selbstbestimmung ohne Einmischung von

außen, und des Rechts, seinen eigenen unabhängigen Staat auf seinem nationalen Territorium zu errichten. Dies ist die Botschaft unseres Volkes an alle freien und friedliebenden Völker. Es ist der ehrliche Ruf nach Frieden im Land des Friedens; denn es kann keinen Frieden geben, solange unser Volk zerstreut und unser Land besetzt ist. Wir unterscheiden zwischen Frieden und Kapitulation; und diejenigen, die eine Anerkennung der vollendeten Tatsachen der zionistischen Okkupation und Siedlungen verlangen, fordern uns de facto dazu auf, uns dem Willen, der Macht und der Unterdrückung des israelischen Aggressors zu beugen. Und obwohl Sadat die Kapitulation zu den Bedingungen des Feindes akzeptiert hat, wird das Volk Ägyptens die Umwandlung von einer historischen Avantgarde der Region in ein besetztes Land, das vom US-Imperialismus und dem Weltzionismus abhängig ist, nicht für alle Zeit dulden.

## Der Nahe Osten – ein Pulverfaß

Brüder und Genossen.

Der Nahe Osten ist heute ein Pulverfaß, das jeden Augenblick explodieren kann. Denn nach 30 Jahren Besatzung und Kriegen herrscht in unseren Ländern eine Welle der Empörung gegen die imperialistischen, zionistischen Komplotte. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht zur rechten Zeit handelt, wird die Explosion zweifellos stattfinden.

Deshalb glauben wir, daß die westeuropäischen Staaten – wegen ihrer besonderen Rolle in der internationalen Politik und wegen ihrer vitalen Beziehungen zum Nahen Osten – sofort die Initiative ergreifen müssen, und ihre internationale Verantwortung tragen müssen, wie dies auch die verschiedensten anderen internationalen Gruppierungen tun. Unsere Haltung gegenüber den europäischen Staaten ist offen und praktisch in Übereinstimmung mit den arabischen, islamischen, afrikanischen und nichtpaktgebundenen Gipfelkonferenzen, sowie mit dem sozialistischen Lager. Sie besteht in einem ernsthaften und notwendigen Beitrag zur Vertreibung des Gespenstes einer totalen Explosion, um damit die Grundlage zu einem umfassenden Frieden, der auf Gerechtigkeit basiert, und zum Sieg über den zionistischen Rassismus und die Okkupation zu schaffen.

Die fortgesetzte Mißachtung der gerechten und unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes wird nur zu neuen Problemen und zur Zerstörung führen. Wir sollten nicht vergessen, daß die Sicherheit dieser Region verbunden ist mit der Sicherheit des Mittelmeerraumes, Europas, Afrikas und Asiens, d.h. mit der Sicherheit der ganzen Welt. Deshalb fordere ich, von diesem Podium aus und im Namen der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes, alle europäischen Völker und Staaten auf, zum Friedensprozeß im Nahen Osten beizutragen, wie dies auch die friedliebenden und freiheitliebenden Völker und Staaten getan haben, die gegen alle Formen von Unterdrückung und Sklaverei kämpfen. (. . .)

### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Der libanesischer Bürgerkrieg fand 1975/76 statt. Ihm folgte im März 1978 der israelische Südlibanon-Kriegszug. Vgl. AIB, Nr. 9, 10/1976 und 5/1978
- 2) Die Zentrale Vertragsorganisation (CENTO) wurde 1959 die Nachfolgeorganisation des Bagdadpaktes (gegr. 1955), nach dem der Irak diesen aufgekündigt hatte. Die CENTO fungierte als Bindeglied des Rings um das sozialistische Lager, zwischen NATO und SEATO (aufgelöst 1977). Mitgliedsländer dieses angloamerikanisch beherrschten Bündnisses waren bis zum Frühjahr 1979 der Iran, Pakistan und die Türkei.
- 3) Zu den Vertragswerken von Camp David und Washington siehe: AIB, Nr. 11-12/1978 und 5/1979





## Bassam Shakaa

# Zur PLO gibt es keine Alternative

*Bassam Shakaa, gewählter Bürgermeister von Nablus, war am 11. November 1979 von den israelischen Besatzern für abgesetzt erklärt, inhaftiert und mit der Deportation aus dem Westjordangebiet bedroht worden. Als couragierter Gegner der zionistischen Siedlungsexpansion wie der sog. Autonomie-Verhandlungen und als offener Parteigänger der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) war er der Begin-Regierung von Anfang an ein Dorn im Auge. Mit seiner Ausschaltung sollte zugleich der Palästinensischen Nationalen Front der okkupierten Gebiete ein exemplarischer Schlag versetzt werden. Die palästinensische Bevölkerung im Westjordan- und Gazagebiet antwortete mit Massendemonstrationen und einem Generalstreik. Die Bürgermeister der okkupierten Gebiete erklärten sich mit B. Shakaa uneingeschränkt solidarisch und traten demonstrativ von ihren Posten zurück. Bei der Verhandlung vor dem Obersten Gerichtshof in Tel Aviv am 25.11.1979 waren sämtliche westjordanische Bürgermeister und die Parlamentsabgeordneten der Israelischen Kommunistischen Partei erschienen, um B. Shakaa den Rücken zu stärken. Ermutigt auch durch die breite internationale Resonanz – der UN-Sicherheitsrat hatte sich ebenfalls solidarisch erklärt – trat der prominente Bürgermeister von Nablus in den Hungerstreik.*

*Am 5. Dezember gab schließlich der Militärgouverneur des Westjordanlands in Beith El bekannt, B. Shakaa werde freigelassen und dürfe seine Tätigkeit als Bürgermeister wieder aufnehmen. Auch der Deportationserlaß wurde zurückgenommen. Warum dieser Repräsentant der Nationalen Front dem Besatzerregime so gefährlich erscheint, klingt in dem folgenden Interview an. Die „Gefahr“ besteht insbesondere in ihrer Orientierung auf den aktiven Massenwiderstand und auf einen unabhängigen Palästinenserstaat in den seit 1967 von Israel okkupierten Territorien.*

(. . .) FRAGE: Warum betrachten Sie die Autonomie nicht als ersten Schritt zur Errichtung eines Staates im Westufer, in Jerusalem und in Gaza?

B. SHAKAA: Wir lehnen den Selbstverwaltungs-Plan hundertprozentig ab. Die Idee stammt weder vom palästinensischen Volk noch von den anderen arabischen Völkern. Es ist der Plan Carters und Begin's, um die palästinensische Identität zu zerstören und die Palästinenser auf unbestimmte Zeit unter israelischer Kontrolle zu halten.

Israel versucht z.Zt. mit allen Mitteln, palästinensische Vertreter zu finden, die die PLO ersetzen sollen. Sie haben versucht, uns Bürgermeister dafür zu gewinnen, was ihnen nicht gelungen ist, trotz der Drohungen, die die Militärbehörden gegen uns ausgesprochen haben. (. . .)

FRAGE: Was sind Ihrer Meinung nach die notwendigen Elemente für eine friedliche Lösung im Nahen Osten?

B. SHAKAA: 1. Wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk, d.h. das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen palästinensischen Staat auf palästinensischem Boden im Westufer, in Gaza und Jerusa-

lem. 2. Wir fordern die Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. 3. Wir fordern das Recht auf Rückkehr in die Heimat für alle Palästinenser. 4. Unsere zukünftigen Beziehungen zu den Juden hängen von ihrer Haltung uns gegenüber als Palästinenser ab. Werden sie uns als Gleichberechtigte mit einer Einstellung, die auf Zusammenarbeit und Verständigungsbereitschaft beruht, behandeln, oder werden sie mit uns so umgehen, wie sie das jetzt tun, uns als Menschen zweiter Klasse zu betrachten, den Juden unterlegen.

Erreicht werden können und müssen unsere Ziele durch unseren bewaffneten Kampf und unsere diplomatischen Bemühungen auf internationaler Ebene. Die Zionisten müssen begreifen, daß wir ein Volk sind, das existiert, und daß wir für unsere grundlegenden Menschenrechte kämpfen. (. . .)

FRAGE: Wie groß ist die Unterstützung, die die PLO bei den Bewohnern der besetzten Gebiete genießt?

B. SHAKAA: Die PLO ist unsere Existenz. Solange wir als Palästinenser existieren, existiert die PLO. Wir unterstützen die PLO. Zu ihr gibt es keine Alternative. Ganz egal wie groß die militärische Stärke der PLO ist, wir unterstützen sie und arbeiten mit ihr zusammen.

FRAGE: Ist die israelische Militärverwaltung liberaler oder schärfer geworden seit dem ägyptisch-israelischen Friedensabkommen?

B. SHAKAA: Zweifellos ist sie viel unterdrückerischer geworden seit der Sadat-Initiative. Sie haben mich persönlich bedroht. Sie lehnen es ab, mir eine Ausreisegenehmigung nach Amman oder in die USA zu erteilen. Sie haben es sogar abgelehnt, mir einen schriftlichen Bescheid über die Ablehnung meines Visaantrages in die USA zu schicken. Ich war von der Vereinigung arabisch-amerikanischer Akademiker und dem Palästina-Menschenrechtskomitee in Washington dorthin eingeladen worden.

In den vergangenen 6 Monaten haben sie in Nablus mehr Menschen als je zuvor verhaftet. Sie haben unsere Schulen geschlossen und beschlagnahmten immer größere Teile unseres Bodens. (. . .)

FRAGE: Wieviele Einwohner der besetzten Gebiete sind während der Besatzung ins Gefängnis gekommen? Welche Verhörmethoden und Gerichtsverfahren benutzen die Israelis gegenüber den Gefangenen?

B. SHAKAA: Hunderte von Menschen sind ohne besondere Anklage im Gefängnis. In der Regel bleiben sie 3 Monate im Gefängnis und werden dann entlassen. Ich als Bürgermeister habe keine Erlaubnis, das Gefängnis zu besuchen. Ich erhielt ein Angebot von der Behörde, während der letzten Feierlichkeiten 4 Gefangene zu besuchen. Ich habe abgelehnt, weil sie darauf bestanden haben, die 4 Gefangenen selber auszusuchen.

Heute sind 600 Gefangene im Gefängnis von Nablus, das von Jordanien für höchstens 125 Gefangene gebaut worden war. Sie können sich vorstellen, welche Bedingungen dort herrschen.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 46/16.11.1979)



Jürgen Reusch

## „Modernisierung“ auf tönernen Füßen

Im Herbst 1979 besuchte der chinesische Parteivorsitzende und Ministerpräsident Hua Guofeng die Bundesrepublik und einige andere westeuropäische Staaten, also die imperialistischen Metropolen, mit denen sich die Pekinger Führung zur Realisierung ihres „Modernisierungsprogramms“ auf Gedeih und Verderb verbündet hat (siehe auch AIB, Nr. 4/1979). Huas Besuch bedeutete eine Ermunterung der reaktionären und aggressiven Kräfte, die gegenwärtig nach vorne drängen und mit der geplanten Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa die Entspannung unterlaufen und die strategische Weltlage nach rechts verschieben wollen.

Huas Besuch macht auch deutlich, welch großes Interesse imperialistische Führungskreise an dem haben, was die Pekinger Führung „Modernisierung“ nennt. Die Bundesregierung ist an der gemeinsamen Ausbeutung chinesischer Edelmetalle interessiert (vgl. auch den Besuch von Forschungsminister Hauff in China). Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Kultur- und Konsularabkommen wurden vereinbart. Die Bundesregierung versprach, bei der EG-Behörde in Brüssel weitere Handelserleichterungen für China durchzusetzen. Hua besuchte zahlreiche Konzerne, mit denen umfangreiche Projekte geplant sind, und ließ sich von DIHT-Chef Amerongen die Grundsätze eines sozialistischen Aufbaus erläutern, der auch den Unternehmerzentralen gefällt. Besonders eng gestalteten sich die Übereinstimmungen im CSU-regierten Bayern.

### Bonn-Besucher Hua: unter Freunden

Multis und imperialistische Führungskreise zeigten großes Interesse daran, ein maoistisches China als aktiven Bündnispartner in der Welt langfristig aufzubauen und zu stabilisieren.

Das vom X. Parteitag (1973) schon erstmals angedeutete aber damals noch sehr umstrittene „Modernisierungsprogramm“ wurde auf dem XI. Parteitag (1977) und der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses (1978) offiziell verkündet. Seither wird es unter Führung von Hua Guofeng und Deng Xiaoping vertreten.

Was ist nun eigentlich darunter zu verstehen? Hua sagte dazu auf dem XI. Parteitag, es handle sich im wesentlichen um die rasche Steigerung der Produktion und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall: „Um China bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einem modernen und starken sozialistischen Land aufzubauen, müssen wir auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, militärischem und außenpolitischem Gebiet hart arbeiten und kämpfen, wobei die rasche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft letzten Endes entscheidend ist.“<sup>1</sup>

Ein Zehnjahresplan (1976-1985) als erste Phase dieser „Modernisierung“ sah ursprünglich vor, eine jährliche Produktionssteigerung von 10% in der Industrie und 5% in der Landwirtschaft zu erreichen und 120 Großprojekte (u.a. 10 Stahlkombinate, 30 Kraftwerke, 10 Erdöl- und Erdgasfelder



Toast zwischen H. Schmidt und Bonn-Besucher Hua Guofeng

usw.) zu errichten. Dies alles sollte durch umfangreiche Kreditaufnahmen bei imperialistischen Ländern und eine enge Kooperation mit ihnen geschehen.

Ungeachtet der inzwischen vorgenommenen Abstriche an diesem Programm muß man dazu grundsätzlich feststellen: Mit Rückkehr zu marxistischen Prinzipien hat es nichts zu tun, auch wenn inzwischen in China gelegentlich wieder auf den VIII. Parteitag von 1956 Bezug genommen wird. Die „Modernisierung“ wird zum Hauptinhalt der Politik erklärt. Als Zweck der „Revolution“ wird keine soziale, auf die Bedürfnisse der Menschen gerichtete Zielvorstellung entwickelt, sondern die „Befreiung der Produktivkräfte“ angegeben.

Die Politik ist ein Mittel zur Realisierung der „Modernisierung“. Diese ist nicht für die Menschen da, sondern umgekehrt: die Menschen sind für die „Modernisierung“ da. Sie wird nationalistisch als Weg zur Weltmacht China ausgelegt. Als Sinn des Sozialismus betrachtet man mehr und mehr die erschöpfende Nutzung der Ressourcen des Landes unter Führung des maoistischen Staates als Eigentümer der Hauptproduktionsmittel. „Sozialismus“ ist nicht das Ziel der Politik – dazu müßte erst einmal genau gesagt werden, was er den Menschen bringen soll – sondern ein Vehikel zur Entwicklung der Produktivkräfte im Zusammenhang mit der „Modernisierung“. Nicht diese dient dem Sozialismus, sondern der „Sozialismus“ dient der „Modernisierung“, d.h. dem effektivsten Kurs des Großmachtchauvinismus.

Die hochtrabenden Ziele, bis 1980 die Grundlagen der „Modernisierung“ verankert zu haben, um bis zum Jahre 2000 zu den führenden Industrienationen der Welt aufzusteigen, erwiesen sich jedoch sehr rasch als völlig unrealistisch. Schon eine 3. Tagung des KPCh-Zentralkomitees im Dezember 1978 nahm radikale Kürzungen an dem Programm vor und ergänzte es durch eine Art Sanierungsplan für die krisengefährdete Wirtschaft. Eine – in der Öffentlichkeit kaum bekanntgemachte – Arbeitstagung des ZK im April 1979 befaßte sich vordringlich mit den ökonomischen Schwierigkeiten. Gegenüber dem CDU-Politiker Gerhard Schröder, der im Frühjahr 1979 Peking besuchte, sprach Vizeministerpräsident Li Xiannien von einer unumgängli-



chen „Revision der Planvorhaben“.<sup>2</sup> Eine 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Juni 1979 sprach das Scheitern des ursprünglichen „Modernisierungsprogramms“ ein Jahr nach seiner Verabschiedung offen aus und verordnete zur Vermeidung neuer Erschütterungen drastische Kürzungs- und Sparmaßnahmen. Davon wird weiter unten noch zu sprechen sein.

Wie sehr die „vier Modernisierungen“ auf tönernen Füßen stehen, wurde blitzartig sichtbar nach dem Pekinger Vietnam-Feldzug. Die großen Verluste, die rasche Erschöpfung der finanziellen Mittel, und die unfreiwillig aufgezeigte Rückständigkeit der maoistischen Armee beschleunigten eine Umorientierung: Stopp vieler Investitionen, Abstriche am Lebensstandard, verstärkte Aufrüstung. Die Rechtspresse fand es ganz normal, daß nun die Hauptanstrengungen auf die militärische Modernisierung verlegt wurden.<sup>3</sup>

So machte die Pekinger Führung nach dem Thatcher-Regierungsantritt in Großbritannien deutlich, sie sei auch weiterhin am Kauf des Senkrechtstarters „Harrier“ brennend interessiert und sei in der Lage, die Kosten in Höhe von rund 2,4 Mrd DM zu bezahlen. Auch die im März 1979 abgeschlossenen Lieferverträge mit dem Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Höhe von einigen Hundert Mio DM betrafen vorwiegend militärische Ausrüstungen. Die Pekinger Führung strebt weiterhin umfangreiche Käufe von Waffen und anderen militärischen Anlagen im kapitalistischen Ausland an.<sup>4</sup>

So sind die tatsächlich für Rüstung ausgegebenen Summen in Wirklichkeit höher als die offiziellen Etatposten für „Verteidigung“, die auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses erstmals bekanntgegeben wurden: 1978 rund 16,8 Mrd RMBY (1 Yuan RMB = 1,16 DM), d.h. 12,6% Steigerung gegenüber 1977; 1979 20,2 Mrd RMBY, d.h. 20% Steigerung!

Im Frühjahr 1979 wurden erste Befürchtungen geäußert, das große Geschäft könne ganz oder weitgehendst ausbleiben.<sup>5</sup> Vizepräsident Gu Mu kündigte eine drastische Reduzierung der industriellen und infrastrukturellen Investitionen an. Zahlreiche Aufträge an Konzerne kapitalistischer Länder, die mit Kreditaufnahmen in Milliardenhöhe verbunden waren, wurden auf Eis gelegt oder ganz rückgängig gemacht. Das betraf sämtliche Aufträge für den Import japanischer Industrieanlagen, besonders die ehrgeizigen Stahlwerkprojekte (davon waren auch deutsche Konzerne betroffen), und weitere Kreditabkommen, z.B. mit holländischen Konsortien über 2 Mrd Gulden, und eine Anleihe von 30 Mio Dollar bei der Chase Manhattan Bank in den USA, um nur einige wichtige zu nennen.

Inzwischen wird kein Zweifel mehr daran gelassen, daß man folgende wichtige Ziele des „Modernisierungsprogramms“ auf keinen Fall im vorgesehenen Zeitraum erreichen kann: die 85prozentige Mechanisierung der Landwirtschaft; die Produktion von 400 Mio t Getreide und 60 Mio t Stahl bis 1985; Errichtung von 120 industriellen Großprojekten usw. Schon im Verlauf des Jahres 1979 wurde entschieden, zahlreiche geplante Betriebe nicht zu bauen, sondern bestehende zunächst einmal zu rentableren Einheiten zusammenzulegen und dabei veraltete und ungünstig gelegene Betriebe zu schließen. Diese Umstrukturierung wird rund 20 Mio Menschen um ihre Arbeitsplätze bringen. Obwohl für sie angeblich Umschulungen geplant sind, wird sich dadurch das Arbeitslosenproblem weiter verschärfen, denn auch in anderen wirtschaftlichen Bereichen herrscht Arbeitsplatzmangel. Der Wohnungsbau stockt. Versprochene Lohnerhöhungen lassen auf sich warten, Grundnahrungsmittel sind – entgegen anderslautenden Ankündigungen – weiter rationiert und z.T. zunehmend knapp. So auch andere Güter des täglichen Bedarfs. Bei wichtigen Konsumgütern gibt es Preissteigerungen von 20-40%.

Nach offiziellen Regierungsschätzungen liegen die Reallöhne der Arbeiter heute niedriger als 1965. Allein im Bereich der sozialen Verbesserungen sah das „Modernisierungsprogramm“ bis zum Jahre 2000 Investitionen von 700 Mrd Dollar vor. Die Verwirklichung dieses Planes ist ernsthaft in Frage gestellt.

Auch die Landwirtschaft steckt weiter in einer tiefen Krise. Die Mechanisierung ist mit 15% nach wie vor sehr gering. Investitionen wurden unter der Mao-Gruppe jahrelang vernachlässigt, die Produktivität ist außerordentlich niedrig und sogar sinkend. 1957 wurden 286 kg Getreide pro Kopf produziert, 1978 noch 270 kg. Im gleichen Zeitraum ging die landwirtschaftliche Nutzfläche von 118 Mio ha auf 100 Mio ha zurück.

Nach offiziellen Angaben leiden 200 Mio Bauern an ständigem Hunger. Ihre mangelnde Kaufkraft behindert zusätzlich die Mechanisierung der Landwirtschaft. In ihrer Not lösen die Bauern zum Teil die Produktionsgenossenschaften – eine der größten Errungenschaften der Revolution auf dem Lande – eigenmächtig auf und suchen das Heil in der Rückkehr zur Einzelwirtschaft.

Die ganze Misere der maoistischen „Modernisierungs-Konzeption“ wurde auf der schon erwähnten 2. Tagung des Nationalen Volkskongresses deutlich.<sup>6</sup> Die Beschlüsse der Tagung standen dann gar nicht mehr im Zeichen hochstrebender „Modernisierungspläne“, sondern unter dem Motto „Regulierung, Reform, Ausrichtung und Erhöhung“. Mit einer erneuten „Regulierungsphase“, der dritten nach jenen beiden, die dem „Großen Sprung“ und der „Kulturrevolution“<sup>7</sup> folgten, wurde die Beseitigung der schlimmsten Mißstände als wichtigste Aufgabe aufgefaßt. Hua Guofeng gab zu, man habe allzu ehrgeizige Ziele revidieren müssen und das Ausmaß der Mißwirtschaft unterschätzt.

### Ausmaß der Mißwirtschaft unterschätzt

Der Kongreß legte längerfristige Pläne zunächst zu den Akten und beschloß stattdessen ein dreijähriges Sanierungsprogramm. Er räumt der Landwirtschaft und dem Militär die Prioritäten der Investitionen ein. Das heißt, daß zunächst einmal die Fundamente geschaffen werden müssen, bevor überhaupt die maoistische „Modernisierung“ begonnen werden kann. Hua betonte, es gehe jetzt nicht um weitere „Klassenkämpfe im Sozialismus“ (womit übrigens ein bekannter maoistischer Lehrsatz stillschweigend beerdigt wurde), sondern um die vorrangige Entwicklung der Produktivkräfte, um die Ausgleiche von Disproportionen, um rentablere Produktion, effektivere Leitung usw.

Gewisse, allerdings bescheidene Einkommensverbesserungen, vor allem der Bauern, wurden als erforderlich anerkannt – allerdings durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Hua sagte offen, die daraus folgenden deutlichen Preiserhöhungen würden den Lebensstandard vieler anderer Werktätiger senken. Die Bauern erhielten 1978 nur 1/9 des durchschnittlichen Jahreseinkommens der Arbeiter.

Der Kongreß beschloß des weiteren u.a. ein Strafgesetzbuch, ein Wahlgesetz und ein – sofort in Kraft getretenes Gesetz über Joint-Venture-Geschäfte mit ausländischen Unternehmen, das die Investitionen dieser Konzerne in China regeln soll. Die maoistische Führung ließ keinen Zweifel daran, daß sie trotz aller objektiven Schwierigkeiten an umfangreichen Kreditgeschäften mit kapitalistischen Ländern festhalten wolle. Die Gründe sind zu guten Teilen auch militärischer Natur: China soll in ein antisowjetisches Bündnis mit der NATO dauerhaft und stabil eingebunden werden.

Daher erklärt es sich, daß nach dem Scheitern vieler geplanter Kreditgeschäfte im Frühjahr 1979 die Pekinger Führung



nach und nach wenigstens einige festgefahrene Projekte wieder flott zu machen versuchte, und die angesprochenen Konzerne ihr dabei auch entgegenkamen. Im Juni 1979 wurde ein im Februar auf Eis gelegtes Kreditgeschäft mit drei japanischen Konzernen doch noch abgeschlossen. Es folgten Vereinbarungen mit weiteren japanischen Firmen. Dabei ging es um chemische Betriebe und das Stahlwerk Baoshan. Hua betonte auf der 2. Tagung des Nationalen Volkskongresses den Wunsch, weiter intensiv mit den kapitalistischen Ländern zu kooperieren. Allerdings werden Riesengeschäfte dabei vorerst die Ausnahme bleiben und eher Abschlüsse über kleinere Anlagen zustande kommen. Vom gigantischen China-Geschäft (Schätzungen bewegten sich zwischen 45 und 100 Mrd Dollar, die die Pekinger Führung in Form von Krediten, Anteilen und Kompensationsgeschäften aufbringen wollte), werden auf absehbare Zeit nur Bruchteile realisiert.<sup>8</sup>

### „Marktwirtschaftliche“ Elemente und neue Kriegsvorbereitungen

Aber auch das trägt – unter den gegebenen Bedingungen – durchaus dazu bei, dem Kurs der Pekinger Führung neue gefährliche Akzente zu geben. Sie jongliert immer mehr mit „marktwirtschaftlichen“ Elementen und öffnet der kapitalistischen Marktspontaneität den Zugang zur Wirtschaft Chinas. Wesentliche Konzernanteile an Joint-Venture-Unternehmen dürfen offiziell höher liegen als 50%!

Im Süden Chinas gibt es schon breite und immer noch wachsende Zonen mit hunderten von sog. „gemischten“ Betrieben, die anteilig (auch mehrheitlich) dem Hongkonger oder japanischen Auslandskapital gehören und eine Art imperialistischen Kapitalexporthafen in das „Billiglohnland“ China darstellen. Die chinesische Regierung hat dem Auslandskapital die Rechte zur Leitung der Betriebe voll übertragen. Insgesamt ist die Integration bestimmter Teile der chinesischen Wirtschaft in die kapitalistische Weltwirtschaft schon besorgniserregend weit gediehen. Aber nicht nur darin liegt die Gefährlichkeit der Pekinger Führung.

Sie trifft auch konkrete Vorbereitungen für einen zweiten Krieg gegen Vietnam. Sie festigt ihr Bündnis mit dem Imperialismus besonders den USA, und stützt sich dabei auf immer einflussreichere Kräfte, die die SALT-II-Ratifizierung verhindern und eine neue Phase des Wettrüstens und des Kalten Krieges einleiten wollen.

US-Vizepräsident Mondale besuchte China Anfang September 1979 und legte dabei eine politische Zeitbombe, die hochgehen kann, wenn die Wende zum Kalten Krieg mit aller Gewalt durchgesetzt werden soll.<sup>9</sup> Er erklärte dort die Interessen der USA und Chinas – das sich immer noch als sozialistisch bezeichnet – als identisch und gab eine militärische Beistandserklärung für China ab, wie sie Deng Xiaoping in den USA gefordert hatte. Die „chinesische Karte“ war gezückt. Mondale rechtfertigte auch nachträglich den Pekinger Vietnam-Feldzug. Wie Carter, Brzezinski und Mondale träumen auch die von Strauß repräsentierten Kräfte davon, mit Pekinger Hilfe das strategische Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verschieben und zurückliegende Niederlagen (Vietnam, Iran, die Nichtpaktgebundenen – Konferenz in Havanna usw.) auszugleichen.

Was China angeht, so sind die Arbeiter und Bauern die letzten, die an solcherlei „Modernisierung“ interessiert sind. Die geplagte Bevölkerung hat daher in den vergangenen Monaten häufig und unüberschbar ihre legitimen Rechte durch öffentliche Aktionen vertreten und sich gegen den maoistischen Kurs zur Wehr gesetzt. Solche Proteste waren wohl gemeint, als der stellvertretende Parteivorsitzende Ye Jianying davon sprach, in China gebe es „nur“ 5% Klassen-

feinde. Bei einer geschätzten Bevölkerungszahl von 950 Mio sind das immerhin 47 Mio Menschen.<sup>10</sup>

Schon im Januar 1979 hatten Tausende von Jugendlichen in verschiedenen Städten, z.B. Sian, gegen ihre Verschickung aufs Land protestiert und das Recht auf Arbeit und Ausbildung gefordert. Das wiederholte sich in den darauffolgenden Monaten, z.B. auch in Shanghai. Im Oktober protestierten 2.000 Studenten und Professoren in Peking gegen die militärische Reglementierung des Studiums. Bei vielen Demonstrationen gab es heftige Zusammenstöße mit der Polizei. Aber nicht nur Jugendliche und Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchende wehrten sich. Auch arme Bauern kamen wiederholt in die Städte und demonstrierten für die Aufbesserung ihrer ärmlichen Lebensverhältnisse.

Die Pekinger Vietnam-Aggression rief ebenfalls Unruhe in Teilen der Bevölkerung hervor. Es erschienen Wandzeitungen, die die „Strafaktion“ verurteilten, und im Zentralorgan Volkszeitung wurde vor Meinungsverschiedenheiten und Fraktionen in der Partei zu dieser Frage gewarnt. Offensichtlich war auch die Zahl der Deserteure in den nach Vietnam entsandten Verbänden relativ hoch.

Keime einer organisierten und betont antimaoistischen Opposition wurden offen sichtbar. Zahlreiche Klubs und Gesellschaften wurden zu diesem Zweck gegründet („Gesell des Lichts“, „Allianz der jungen Arbeiter zum Kampf für Demokratie und Wohlstand“ usw.) und hatten den Mut, an die Öffentlichkeit zu treten. Ein „Offener Brief an Deng Xiaoping“ im Januar 1979 erinnerte an die Erfolge des sozialistischen Aufbaus vor 1957 und kritisierte die Kontinuität des Maoismus unter Hua und Deng. Inzwischen kursieren in China Dutzende von oppositionellen Zeitschriften in hektographierter Form. Als sich der Protest auf weitere Städte (Kanton) und ganze Provinzen (Chekiang, Shantung, Heilungkiang) ausdehnte, wurde öffentliche Kritik, vor allem in schriftlicher Form, verboten und unter Strafe gestellt. Der illegale antimaoistische Rundfunksender „Erster August“ meldete, in den Wochen nach diesem Verbot seien im ganzen Land über 50.000 Personen verhaftet worden, darunter auch Führer der antimaoistischen Opposition.

Der bisher prominenteste Fall ist der des Oppositionellen Wei Jingsheng, der vor kurzem zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er hatte in Wandzeitungen und oppositionellen Zeitschriften die „Modernisierung“ scharf kritisiert, den niedrigen Lebensstandard und den Mangel an Demokratie angeprangert. Und er hatte unter Berufung auf Lenin eine Entwicklung der Wirtschaft im Interesse des Volkes und die Rückgabe der Macht an die Arbeiter und Bauern gefordert. Natürlich ist diese Opposition noch zu schwach, um den Maoismus als Ganzes gefährden zu können. Aber insgesamt wird auch hier eine Entwicklung sichtbar, die es zweifelhaft erscheinen läßt, ob die „Modernisierung“ dem Maoismus die ersehnte Stabilität bringen kann.

#### Anmerkungen:

- 1) Peking Rundschau, Nr. 35-36/1977; diese Ausgabe enthält die Dokumente des XI. Parteitag.
- 2) Zit. nach: China aktuell, Nr. 4/1979, S. 455
- 3) Die Welt, 20.4.1979; Rheinischer Merkur, 16.3.1979
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.7.1979 und Bayernkurier, 9.3.1979
- 5) Z.B. FAZ, 26.3. und 19.4.1979; Frankfurter Rundschau, 24.4.1979; Rheinischer Merkur, 16.3.1979
- 6) Die Dokumente der 2. Tagung des 5. NVK befinden sich in Beijing Rundschau, Nr. 27-29/1979, vgl. auch die Zeitschrift China aktuell, Hamburg, Juni, Juli und August 1979
- 7) 1958 bzw. 1966-69; detailliert siehe: AIB, Nr. 5/1979, S. 5
- 8) International Herald Tribune, Zürich, 7.6.1979; The Economist, London, 23.6.1979; Die Neue, 29.5.1979; Der Spiegel, 8.10.1979
- 9) Beijing-Rundschau, Nr. 36/1979; Deutsche Volkszeitung, 6.9.1979
- 10) Siehe: Unsere Zeit, 19.6.1979



Ungeachtet der deutlichen Brandmarkung und des Protestes durch das vietnamesische Volk und die fortschrittliche Weltöffentlichkeit sind die Herrschenden in Peking entschlossen, die Vorbereitungen für einen neuen Aggressionskrieg gegen die sozialistische Republik Vietnam auf allen Gebieten voranzutreiben.

## 1. Die Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen

Starke bewaffnete Streitkräfte wurden vom Innern des Landes zur Grenze verlegt und die Zahl der Divisionen, die sich an der Grenze befinden, wurde von 12 auf 15 erhöht. Auch die in Mannschafts- oder Zugstärke in den Enklaven entlang der Grenze postierten Truppen wurden auf Kompanie- oder Bataillonsstärke aufgestockt.

Große Mengen an Artillerie mit großer Reichweite, an Raketen, Panzern und anderen modernen Waffensystemen sind unter Einschluß von Berghöhen und strategischen Einfallspunkten, die Hoanh mo (Quang minh), Huu nghi quan und Ba son (Long son) und anderen Gebieten gegenüberliegend in Schlüsselpositionen verlegt worden.

Nachrichten- und Befehlszentren arbeiten ohne Unterbrechung, um den Aufmarsch der Truppen und die Verteilung des Kriegsmaterials zu überwachen. Der Transport von Truppen und von Kriegsmaterial zur Grenze wurde gesteigert. Statt des gewöhnlichen Durchschnitts von ca. 100 Lkw-Ladungen werden täglich 500 Lkw's benutzt. In der Vorbereitung tiefer Vorstöße durch Gebirgseinheiten wird das Kriegsmaterial mit Maultieren auch in die abgelegenen Gebirgszonen geschafft.

Wiederholt sind gemeinsame Übungen von Panzerverbänden, Artillerie und Luftwaffe durchgeführt worden. Zu Beginn dieses Monats (Oktober 1979; d. Red.) fand an der Grenze zwischen Quangninh und Longson auf einer Länge von mehr als 100 km eine Übung verschiedener Truppenverbände statt.

China stiftet auch politischen Aufruhr innerhalb Vietnams an. Chinesische Agenten sind in die Gebirgszonen in Caobang, Hoanglienson, Hatuyen und Laichau eingedrungen, um nationale Minderheiten zum Grenzübertritt nach China zu bewegen oder zu zwingen. Kleine Gruppen ethnischer Minderheiten haben die Grenze nach Vietnam überschritten und versucht, die Saat für die Spaltung der Bevölkerung auszustreuen und Stützpunkte für reaktionäre Aktivitäten aufzubauen. Antivietnamesische Flugblätter wurden verteilt.

**2. Die Verschärfung bewaffneter Provokationen, die die territoriale Souveränität Vietnams verletzen, verschlechtern die Beziehungen zwischen China und Vietnam und bedrohen Vietnams Sicherheit und den Frieden in Südostasien.**

**a) Auf dem Lande:** Die Aktivitäten der bewaffneten chinesischen Streitkräfte haben häufiger und mit wachsender Gefährlichkeit stattgefunden. In weniger als einem Monat führte China mehr als 100 Artillerie-, Raketen- und Infanterieangriffe auf die meisten Distrikte der sechs vietnamesischen Grenzprovinzen einschließlich der Bevölkerungszentren und der Grenzposten durch, wobei etwa 30 vietnamesische Zivilisten und Soldaten getötet und dutzende verwundet wurden. Feuerüberfälle hielten ununterbrochen über mehrere Stunden an. Einzelne Gebiete wurden immer wieder angegriffen, und es gab Tage, an denen viele Gebiete gleichzeitig angegriffen wurden. Viele Angriffe wurden von der Infanterie mit Feuerunterstützung aus China unternommen.

Eine Reihe typischer Fälle:

Am 23. September drang eine chinesische Kompanie unter-



stützt von Milizeinheiten gegen 9.30 diesseits der Grenze 1 km tief in das Gebiet um Lung Thoang bei dem Dorf Ngoackhe im Tralinh-Distrikt der Caobang-Provinz ein. Die chinesischen Truppen eröffneten das Feuer auf die mit der Ernte beschäftigten Bauern. Herr Tran van Lu wurde verwundet und anschließend erstochen, viele andere Personen wurden verletzt. Die Angreifer schossen wie wild auf das Dörfchen. (. . .)

Am 1., 2., 3. und 5. Oktober feuerte die chinesische Armee dutzende von schweren Geschützen und Maschinengewehrsalven auf die Dörfer Chica und Pavay (Hatuyen), das Dorf Caolau im Distrikt Caoloc (Lang son) und auf die Dörfer Phalong und Tungschung im Muongkuong-Distrikt (Hoanglienson) ab, wobei eine Reihe von Zivilisten getötet, viele Häuser zerstört und bei den Feldfrüchten großer Schaden verursacht wurde. (. . .)

Am 17. Oktober überschritt eine chinesische Kompanie mit Unterstützung der Artillerie die Grenze und griff eine vietnamesische Einheit an einer Stelle im Xinman-Distrikt (Hatuyen) an, die sich mehr als 1 km auf vietnamesischem Territorium befindet.

Gefährlicher waren die wiederholten Übertritte chinesischer Spätrupps in das Dorf Thuongphung im Meovac Distrikt (Hatuyen). Chinesische Streitkräfte drangen in das Dorf ein, schossen auf Zivilisten und Grenzwachern und verursachten Zerstörungen an Häusern und Feldfrüchten. Auch die chinesische Artillerie auf der anderen Seite der Grenze griff jenes und das naheliegende Dorf Xincanh über mehrere Stunden und auf einer Länge von 25 km an; zwei Vietnamesen wurden getötet, viele andere verwundet, davon drei schwer.

**b) Auf dem Meer:** Gemeinsam mit den bewaffneten Aktivitäten auf dem Lande haben die chinesischen Behörden wiederholt eine große Zahl von Militärschiffen und anderen Marineschiffen zum Eindringen in die vietnamesischen Territorialgewässer benutzt und dabei ernsthaft die Sicherheit Vietnams in diesen Gebieten wie auch in den Küstengewässern bedroht. Im September drangen chinesische Schiffe mehr als 600 mal in die vietnamesischen Territorialgewässer ein. In den ersten beiden Tagen dieses Monats stieg die Zahl drastisch auf über 100 an. (. . .)

Die Aufmerksamkeit muß auch auf die Tatsache gerichtet werden, daß viele dieser Grenzverletzungen auf dem Meer von Aktivitäten chinesischer Kampfflugzeuge begleitet waren. Die chinesischen Behörden haben sich auch angemaßt, vier „Gefahrenzonen“ über internationalen und vietnamesischen Gewässern um das Hoangsa-Archipel zu schaf-



fen. Dabei wurden alle Flüge über diesen Zonen in einer gewissen Höhe verboten. Das Verbot gilt unbegrenzt. Dies war eine dreiste Verletzung der territorialen Souveränität Vietnams und eine grobe Übertretung des Völkerrechts.

Erst kürzlich installierten sie zahlreiche militärische Einrichtungen auf dem Hoangsa/Archipel, das sie sich 1974 von Vietnam widerrechtlich angeeignet hatte. All dies sind unfehlbare Punkte der rasenden Kriegsvorbereitungen gegen Vietnam.

c) **In der Luft:** China hat kürzlich eine große Zahl von Bombern verschiedener Typen auf die Insel Hainan verlegt. Chinesische Kampfflugzeuge haben in der Zwischenzeit zahlreiche Übungen entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze ausgeführt, während Bomber auf Langstreckenflügen, über der See und während der Nacht Angriffe übten. Im September flog die chinesische Luftwaffe durchschnittlich 100 Feindeinsätze pro Tag. Erst kürzlich wurde diese Zahl auf fast 200 erhöht, von denen viele in vietnamesischem Luftraum stattfanden.

Am 18. Oktober drangen chinesische Kampfflugzeuge mehrfach in den Meovac-Distrikt (Hatuyen) ca. 10 km diesseits der Grenze ein.

Am 19. Oktober flogen chinesische Kampfflugzeuge neun Einsätze über Bachlongvi, während bei zwei anderen Einsätzen im Xinman-Distrikt (Hatuyen) 10 km weit nach Vietnam eingedrungen wurde.

Am 20. Oktober flogen chinesische Kampfflugzeuge zwei Einsätze über dem Dinhlap-Distrikt (Langson), mehr als 10 km hinter der Grenze.

### 3. Wiederholte Kriegsdrohungen

Seit Ende September haben einige chinesische Führer ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und die UN-Charta nehmend und ungeachtet des öffentlichen Protests in der Welt wiederholt für sich das Recht in Anspruch genommen, mit einer Invasion „Vietnam eine zweite Lektion zu erteilen“.

Am 18. Oktober machten der chinesische Vizepremier Deng Xiaoping und der chinesische Außenminister Huang Hua von Peking und Paris aus dreiste Angriffe und grobe Drohungen gegen Vietnam laut, indem sie sagten, daß China tun würde, was es sagte und niemals seinen Standpunkt ändern würde. Diese Drohungen sind im Zusammenhang mit den tatsächlichen Kriegsvorbereitungen darauf gerichtet, die Öffentlichkeit auf neue militärische Abenteuer gegen Vietnam vorzubereiten.

### 4. Psychologischer Krieg um das chinesische Volk und die Armee gegen Vietnam aufzupeitschen.

Am 1. September befahl die Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas die „Verleihung von Ehrentiteln“ an die 143 Einheiten und an Personen, welche während der Invasion in Vietnam im letzten Februar Verbrechen begangen hatten. (...)

Die chinesische Zeitschrift Hungtsi brachte in einer kürzlichen Nummer einen Artikel des chinesischen Verteidigungsministers, der die „Siege“ der chinesischen Armee preist und sie sogar drängt, sich auf den nächsten Krieg vorzubereiten, der früher als erwartet ausbrechen könne.

Die chinesischen Behörden benutzen jene chinesischen Truppen, die schwere Verbrechen an vietnamesischen Frauen, Kindern und alten Männern begingen auch dazu, das chinesische Volk und die Armee aufzuhetzen. Sie haben auch bestochene Schriftsteller dazu veranlaßt billige Geschichten und Dramen zu schreiben, um die Wahrheit zu verzerren, das Bild über Vietnam anzuschwärzen und das chinesische Volk irrezuführen.

Um ihre Kriegspläne und -handlungen gegen Vietnam zu bemänteln und um die Weltöffentlichkeit, die auf ihre neuen Verbrechen achtet, abzulenken, verstärken die chinesischen Behörden ihr geheimes betrügerisches Einvernehmen mit dem Imperialismus und anderen reaktionären Kräften,

indem sie äußerst böswillige Verleumdungen gegen Vietnam hervorbringen, während sie einen neuen Krieg gegen Vietnam vorbereiten und Vietnam mit Krieg bedrohen. Sie bezichtigen Vietnam, eine große Offensive in Kampuchea zu eröffnen, thailändisches Gebiet zu beschießen und Thailands Souveränität zu verletzen, während sie selbst die bewaffneten Provokationen, die die vietnamesische Souveränität zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft verletzen, verschärfen. Sie bezichtigen Vietnam bewaffneter Provokationen entlang der chinesischen Grenze, während sie die Verhandlungen mit Vietnam in die Länge ziehen und untergraben.

Sie bezichtigen Vietnam, die Gespräche zu blockieren, während sie Vietnamesen zur Flucht ins Ausland anstiften und dieselben Leute, die sie durch Überredung und Zwang nach China gelockt haben, reexportieren sie dann nach Hongkong und in südostasiatische Länder. Sie bezichtigen Vietnam weiterhin seine Bürger zu vertreiben, während sie selbst und die Pol Pot/Ieng Sary-Clique die Frage nach den Gründen der Hungersnot in Kampuchea beantworten müßten. Sie versuchen die Verantwortung auf Vietnam zu schieben, während sie mit den befreundeten Imperialisten und anderen reaktionären Kräften gegen das kampucheanische Volk zusammenarbeiten.

Das Volk und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam brandmarken und verurteilen die verbrecherischen Aktionen der chinesischen Führer in der jüngsten Vergangenheit energisch und unnachgiebig. Wir fordern entschlossen, daß China sofort die Kriegsvorbereitungen, alle provokatorischen Handlungen und alle Kriegsdrohungen einstellt. (...)

Falls die chinesischen Behörden wiederum leichtfertig einen Krieg gegen Vietnam beginnen sollten, werden sie sich selbst der Gefahr einer noch schwereren Niederlage aussetzen.

(Quelle: Memorandum by the Press and Information Department of the Ministry of Foreign Affairs of the Socialist Republic of Vietnam on the Chinese authorities' feverish preparations for war against Vietnam, Hanoi, 28.10.1979)

rote blätter Nr. 12/Dez. 1979

1,50

Was im Lischka-Prozess verschwiegen wird

Zur fidele Nutzung der Homosexualität im Sozialismus und Kapitalismus

100-facher Allgäu

**Nato-pläne: Spiel mit dem Feuer**

- Angeklagt: Kurt Lischka
- Gefährliche NATO-Pläne
- DDR-Serle, 4. Teil
- Kein Einstein mehr...





Interview mit Pen Sovan

## Seht, dieses Land lebt!

*Die konzertierten Versuche der USA und der VR China, ihre militärischen Niederlagen gegenüber den Völkern Indochinas auf der diplomatischen und propagandistischen Ebene wettzumachen, konzentrierten sich Ende letzten Jahres auf die Ausschlichtung des kampucheanischen Flüchtlingselends einerseits und den Versuch, in der UNO in die Offensive zu gelangen andererseits. Von den Westmächten inspiriert, verabschiedete die UN-Vollversammlung am 14. November 1979 mit einer Mehrheit von 91 Stimmen (bei 21 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen) eine vom neokolonialistischen ASEAN-Block beantragte Resolution „zur Lage in Kampuchea“. Darin wird unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts des kampucheanischen Volkes der sofortige Abzug der vietnamesischen Truppen verlangt, die sich auf ausdrückliches Ersuchen des Revolutionären Volksrates als des einzig legitimen Vertreters des kampucheanischen Volkes im Lande befinden.*

*Das ernsthafte Bemühen des Revolutionären Volksrates (dessen Vertretern die Teilnahme an der UNO-Debatte im Gegensatz zu den Repräsentanten der Pol-Pot-Clique verwehrt worden war), die Folgen des gestürzten Völkermordregimes zu überwinden und die Lage auf der programmatischen Grundlage der Beschlüsse der Nationalen Einheitsfront Kampuchreas für Nationale Rettung (FUNKSN) zu konsolidieren (vgl. AIB, Nr. 2/1979), verdeutlicht hingegen das Interview mit Pen Sovan, dem auf dem II. FUNKSN-Kongreß Anfang Oktober 1979 neugewählten Stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Volksrates. Pen Sovan ist zugleich Minister für Landesverteidigung und Oberkommandierender der Revolutionären Streitkräfte der Volksrepublik Kampuchea.*

FRAGE: Vor einiger Zeit erreichte uns die Nachricht, daß der Eisenbahnbetrieb in Kampuchea wieder aufgenommen wurde. Wie kommen die revolutionären Kräfte bei der Normalisierung des Lebens voran?

PEN SOVAN: Wir sind dabei, das Transportwesen und die Wasserwirtschaft zu reorganisieren. Wenn wir in der Lage sind, das Leben wieder zu normalisieren, kann jeder einzelne, wo immer er sich auch befindet, dann sehen, diese Staatsmacht hilft mit, sein Leben zu verbessern.

Was die Eisenbahn und die Landwege betrifft, so müssen wir dafür sorgen, daß die ganze Welt mit ihren Schiffen wieder den Hafen Kompong Som anlaufen kann und die Möglichkeit des Weitertransports von Gütern besteht. Das wird der Welt verkünden: Seht, dieses Land lebt, hier könnt ihr eintreten! Gegenwärtig laufen schon sowjetische und vietna-



Januar 1979: Siegesnachricht der FUNKSN in der Provinz Kampong Cham

mesische Schiffe den Hafen von Kompong Som an. Das kampucheanische Volk weiß, daß die sozialistischen Länder kommen, um ihm zu helfen, daß Kampuchea zur sozialistischen Welt gehört. Das ist unser Weg in die Zukunft, in der wir wieder mit der ganzen Welt in Verbindung stehen werden. (...)

FRAGE: Kürzlich versammelten sich in Phnom Penh die Delegierten zum 2. Kongreß der Nationalen Einheitsfront. Welche Probleme wurden beraten, und zu welchen Ergebnissen kamen die Delegierten?

PEN SOVAN: Dieser Kongreß wurde seit August (1979; d. Red.) von den gesellschaftlichen Organisationen unseres Landes vorbereitet. Gegenstand der Beratungen war z.B. das folgende Problem: Wir müssen das kampucheanische Volk darüber aufklären, wer seine Feinde und wer seine wirklichen Freunde sind, damit es die Verbrechen der Peking-Clique und die Gefährlichkeit des US-Imperialismus begreift. Des weiteren haben wir das Volk aufgerufen, im ganzen Land gemeinsam für einen höheren Lebensstandard zu arbeiten.

Drittens haben wir über die Notwendigkeit der Präsenz der Einheitsfront in allen Provinzen des Landes gesprochen. Wir haben erklärt, wie wichtig es ist, daß unser Volk die Solidarität untereinander verstärkt, besonders auch, weil am 6. August dieses Jahres in Peking durch Angehörige des gestürzten Pol-Pot-Regimes eine sog. Patriotische Nationale



Einheitsfront Kampuchreas gegründet worden ist. Dieser Pekinger Front müssen wir unsere gestärkte Einheit entgegensetzen, um die kampucheanische Revolution zu Ende zu führen.

Wir müssen an der Seite der sozialistischen Staaten in eine sozialistische Zukunft für Kampuchea voranschreiten. Darum ist es auch wichtig, die Kräfte der drei indochinesischen Länder zu vereinigen.

FRAGE: Warum wurde das Zentralkomitee auf dem Kongreß erweitert?

PEN SOVAN: Einmütig beschlossen alle Teilnehmer, das Zentralkomitee der Front um 35 Mitglieder zu erweitern, um mit größerer Kraft der Gruppe in Peking entgegenzutreten zu können und in den Provinzen die Arbeit zu intensivieren.

## 2. Kongreß der Nationalen Einheitsfront

Die Bevölkerung in den Provinzen muß erkennen: Die Clique Pol Pot/Ieng Sary hat die Intellektuellen und die buddhistischen Würdenträger als „Feinde“ bekämpft. Die wahren Revolutionäre tun dies nicht, sondern sie verbünden sich mit ihnen.

FRAGE: Erläutern Sie uns bitte den Inhalt des verabschiedeten 5-Punkte-Programms.

PEN SOVAN: Der erste Punkt befaßt sich mit innenpolitischen und außenpolitischen Fragen. In den Provinzen muß die Bevölkerung in solidarischer Einheit zusammenstehen, um die revolutionären Errungenschaften zu sichern. Nach außen ist es wichtig, die Freundschaft und die Solidarität zwischen Kampuchea, Vietnam und Laos zu verstärken und sich mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, und den anderen Ländern, die den Frieden lieben und für den sozialen Fortschritt eintreten, zu verbünden.

Mit dem zweiten Punkt stellen wir uns wirtschaftliche Aufgaben. Nach reichlich drei Jahren Pol-Pot-Herrschaft ist die Ökonomie des Landes total zerstört. So haben wir den Appell an das Volk gerichtet, alle eigenen Kräfte zu mobilisieren und mit Hilfe der sozialistischen Länder und anderer Staaten den Lebensstandard allmählich zu erhöhen. Das heißt für uns, alle Seiten der Wirtschaft mit Leben zu erfüllen: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Punkt drei befaßt sich mit der Entwicklung des Gesundheitswesens. Es ist dringend erforderlich, alle Krankenhäuser und medizinischen Einrichtungen umgehend zu rekonstruieren und zu reorganisieren. Viertens müssen unbedingt größere Anstrengungen unternommen werden, um den Unterricht in allen Schulen wieder aufzunehmen, nicht nur in Phnom Penh, sondern in allen Gegenden des Landes. Die Jungen und Mädchen müssen so schnell wie möglich wieder Gelegenheit zum Lernen bekommen.

Der fünfte Punkt endlich betont die Wichtigkeit der Verdopplung der revolutionären Wachsamkeit. Unsere Staatsmacht ist eine wahre Volksmacht, sie ist eine revolutionäre Macht für das Volk und vom Volk gewählt. Ihr Prinzip ist: Vertrauen gegen Vertrauen. Die Wachsamkeit jedoch darf nicht erlahmen, gerade heute nicht, da sich die Pekinger Clique thailändischen Territorismus bedient, um uns zu bekämpfen.

FRAGE: Auf dem Kongreß der Einheitsfront wurden auch Maßnahmen zur Stärkung der Streitkräfte beschlossen, um die Überreste der Pol-Pot-Armee zu vernichten. Was können Sie zum Kampf gegen noch im Lande operierende Banden der gestürzten Clique sagen?

PEN SOVAN: Lenin schrieb, das Hauptproblem der Revolution ist die Frage der Macht, und diese Macht muß verteidigt werden, weil sie eine Macht des Volkes ist. Diejenigen, die heute in die Armee eintreten sind Söhne und Töchter des Volkes.

Es existieren noch Reste der Pol-Pot-Armee. Sie bestehen aus etwa 22 000 Mann, haben aber keine Bevölkerung hinter sich. Sie haben sich in die Wälder und in die Gebirge zurückgezogen und besitzen keine Möglichkeit, die Macht wieder an sich zu reißen.

Sechs Monate nach der Befreiung des Landes Anfang dieses Jahres führten wir Operationen durch, um die Reste der Armee des gestürzten Regimes zu schlagen. Bevor ich nach Berlin abgereist bin, habe ich alle Vorbereitungen getroffen, damit unsere Armee zusammen mit den Verbänden der vietnamesischen Armee die noch bestehenden Banden vernichten kann.

FRAGE: Wie wurde in Ihrem Land die auf der XXXIV. UN-Vollversammlung getroffene Entscheidung beurteilt, den Vertretern der Pol-Pot-Clique den Verbleib in der Organisation der Vereinten Nationen zu gestatten?

PEN SOVAN: Obwohl es diese 71 Stimmen gibt, die uns unser legitimes Recht vorenthalten, werden wir unseren Weg weitergehen, indem wir uns auf unsere eigenen Kräfte stützen. Wir wissen, daß diejenigen, die Pol Pot anerkennen, auch mit den Pekinger Führern sympathisieren.

FRAGE: Wie werden in Kampuchea die Aktivitäten Sihanouks gewertet, der sich außerhalb des Landes als Sachwalter der kampucheanischen Nation aufspielt?

PEN SOVAN: Sihanouk ist von der Pekinger Führung als Kader für Kampuchea vorgesehen. Was ihn selbst betrifft, so interessiert sich in meiner Heimat keine mehr für ihn, das Volk glaubt seinen Worten nicht mehr. Es weiß, daß sich Sihanouk zum Lakaïen des Imperialismus und derer macht, die in Peking die Macht haben. (. . .)

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 45/1979)

# IRAN oder

## Das Ende von 1001 Nacht

Der erste authentische Bericht über den Verlauf der Revolution im Iran von Dezember 78 bis Februar 79. Er zeigt, wie die Bevölkerung zum einen den Widerstand organisierte und zugleich die Versorgung mit Lebensmitteln, Brennstoff und Informationen in die eigenen Hände nahm. Besonders die Rolle der Frauen wird dabei hervorgehoben.

Außerdem: das erregende Tondokument mit der Geheimrede des Schahs vor seinen Generälen kurz vor seiner Vertreibung, das man allen vorspielen sollte, die den Schah zum unschuldigen gejagten Emigrantenerklären wollen.

deutsche Fassung  
16 mm - 87 Minuten  
Regie: Masud A. Rajai

im Verleih bei:

**UNIDOC**  
Film für  
den Fortschritt

Donitzstr. 29 Postfach 45  
8000 München 19 Tel. 089/15 60 01



# Wolfgang Ritter Der Sturz des Park Chung Hee

Am 26. Oktober 1979 wurde der südkoreanische Staatspräsident Park Chung Hee nach über 18jähriger brutaler Diktatur<sup>1</sup> von seinem eigenen Geheimdienstchef erschossen. Recht reibungslos übernahm sein bisheriger Stellvertreter Choi Kyu Ha das Amt und erhielt auf der Beerdigung Parks von Außenminister Vance das Vertrauen der USA ausgesprochen. Allgemein wurde der Eindruck erweckt, als habe Kim aufgrund einiger Meinungsverschiedenheiten mit Park ausschließlich aus persönlichem Antrieb gehandelt. Daß dem nicht so war, beweist ein Blick auf die aktuelle wirtschaftliche und politische Situation in Südkorea.

War man bislang gewohnt, ausschließlich imponierende Wachstumswahlen bei innenpolitischer „Stabilität“ als typisch für Südkorea angepriesen zu bekommen, so geriet dieses Bild seit einigen Monaten ins Wanken. Zunächst war nicht mehr zu verheimlichen, daß das Park-Regime den Aufschwung praktisch auf Pump finanzierte und sich trotz aller Orientierung auf den Export die Handelsbilanz defizitär gestaltete. So war Südkorea 1978 mit 9,14 Mrd Dollar im Ausland verschuldet, während gleichzeitig Güter des täglichen Bedarfs nicht zu erhalten waren, weil sie ausgeführt wurden.

## Abbröckeln des südkoreanischen „Entwicklungswunders“?

Darüber hinaus griff man zu dem einfachen Mittel der Vermehrung des in Umlauf befindlichen Geldes – 1977/78 um bis zu 40%. Dieses riskante Verfahren funktioniert eigentlich nur so lange, wie die Wachstumsraten selbst hoch sind. Tatsächlich stand Südkorea schon während der Krise 1973/74 kurz vor der allgemeinen Zahlungsunfähigkeit. Außerdem schuf man eine Inflationsrate, die offiziell zwar nur bei 25%, nach Ansicht von Experten aber über 40% beträgt.

Die enorm hohen Lebenshaltungskosten treffen die ärmsten Schichten der Bevölkerung besonders hart, erzeugen aber auch in den Mittelschichten Unmut. Selbst Ärzte, Richter usw. müssen an der Universität oftmals das vielfache eines Monatsgehaltes an ausschließlich Einschreibgebühren für ihre Söhne entrichten. Nicht selten werden Töchter zur Prostitution angehalten, um einem Sohn das Studium zu ermöglichen.

Die in der Mehrzahl noch aus der Landbevölkerung rekrutierten Industriearbeiter leben nach einem Report der Weltbank im Elend. Um für das Auslandskapital weiter attraktiv zu bleiben, werden die Löhne in Südkorea bis zum absoluten Existenzminimum gedrückt. Ein südkoreanischer Arbeiter erhält knapp 1/10 dessen, was sein Kollege in Japan verdient. Nach offiziellen Angaben liegt der Verdienst von ca. 50% der 13 Mio Werkstätigen unter 200 DM im Monat, und das bei einem zehnstündigen Arbeitstag mit nur einem freien Sonntag.

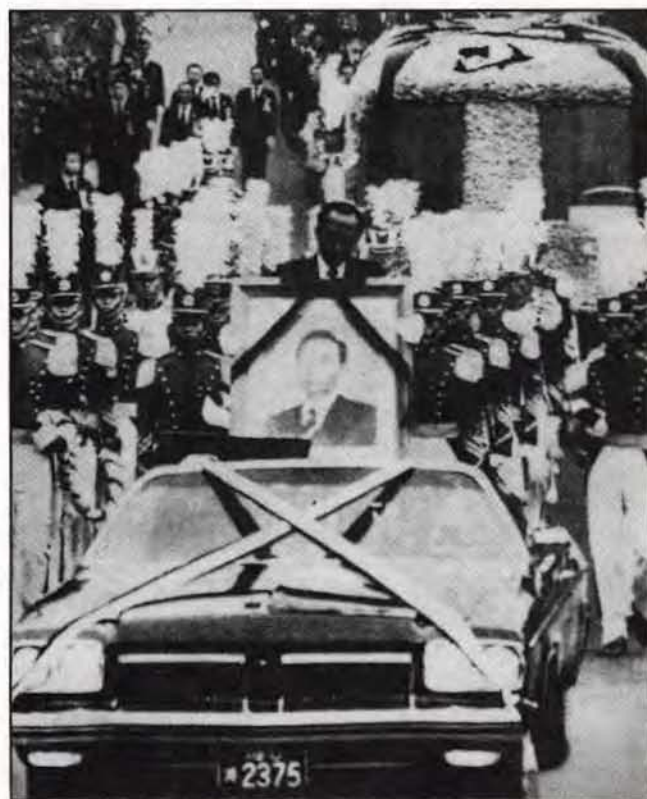
Zynisch erklärt ein Industrieller aus der BRD: „Um ein solches Wachstum zu erreichen, kan man eben nicht anders, als erst einmal drei Generationen von Arbeitern zu verheizen.“<sup>3</sup> Daß dieses durchaus wörtlich gemeint ist, zeigt ein Beispiel aus der optischen Industrie, wo Mädchen nach einem bestimmten Zeitraum automatisch entlassen und durch neue

Arbeitskräfte ersetzt werden, weil sie bis dahin aufgrund ihrer Tätigkeit erblinden. Eine Sozial- und Unfallversicherung existiert nur in Ausnahmefällen.

Das trotz aller Exportorientierung chronische Außenhandelsbilanzdefizit und die Jagd auf Devisen ließen die Regierung auf einen neuen Exportschlag verfallen: Menschen. Gepriesen als billige und zuverlässige Arbeitskräfte arbeiten Südkoreaner heute in aller Welt, darunter allein 100.000 in Saudi Arabien; in der BRD sind es etwa 9.000 südkoreanische Krankenschwestern und 1.000 Bergleute beschäftigt. Neueste Errungenschaft des Systems ist der Export von Babies in die USA, die dort nach Katalog bestellt und mit vielen Dollars bezahlt werden.

Dieses sind einige der sozialen Widersprüche, die die Basis bilden für die aufkommende Unzufriedenheit und die in den jüngsten Massenprotesten ihren Ausdruck fanden.

Ziel dieser Proteste war in erste Linie das Regime des Expräsidenten Park, der sich auf die direkte militärische Präsenz der USA, das ausländische und einheimische Großkapital (d.h. die 0,3% der Bevölkerung, die 43% des gesamten Volksvermögens besitzen), die Armee und den Geheimdienst KCIA stützen konnte, der an ca. 300.000 Südkoreaner Gehälter zahlt. Park selbst legitimierte seine Machtausübung mit der 1972 unter Kriegsrecht erlassenen „Yusin“-Verfassung, die ihm praktisch das Präsidentenamt auf Lebenszeit verlieh, und Gesetzen wie der „Notstandsverordnung Nr. 9“ von 1975, nach der Kritik am Präsidenten mit der Todesstrafe geahndet wird. Gerechtfertigt wurde das alles unter dem Vorwand der „Gefahr aus dem Norden“. Bis heute gelten alle oppositionellen Personen als Spione des



Staatsbegräbnis Parks in Seoul



Kommunismus. Erst im September d.J. wurden 7 Mitglieder der Christlichen Akademie Koreas mit dieser Begründung nach Folter und Terrorprozessen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Eine bürgerliche Oppositionspartei, die Neue Demokratische Partei (NDP), wird nur geduldet, solange sie kontrolliert werden kann, d.h. ihre Führer unter Hausarrest stehen und die entscheidenden Gremien vom Geheimdienst unterwandert sind.

Dieses von Park errichtete System geriet im Frühjahr 1979 gefährlich ins Wanken. Angesichts der wachsenden Unruhe schlossen sich 15 bürgerlich-demokratische und kirchliche Organisationen zur Nationalallianz für Demokratie und nationale Vereinigung zusammen. In der NDP war deutlich ein Radikalisierungsprozeß zu konstatieren. Ende Mai wurde mit Unterstützung des einst aus Japan entführten Oppositionellen Kim Dae Jung ganz entgegen den Vorstellungen Parks Kim Yong Sam zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Als Park daraufhin Kim gerichtlich von diesem Posten und generell aus dem Parlament entfernen ließ, geschah etwas für Südkorea höchst Außergewöhnliches: Kim kündigte öffentlich an, er „wolle eine Volksbewegung zum Sturz des Staatspräsidenten und zur Wiederherstellung der Demokratie anführen“.<sup>4</sup>

### Massenproteste seit Frühjahr 1979

Die das südkoreanische Kleinbürgertum und die mittlere Bourgeoisie repräsentierende NDP bezieht in der Frage der ökonomischen Abhängigkeit von den USA, Japan und der BRD, der hohen Verschuldung und der starren antikommunistischen Doktrin andere Positionen als die herrschenden Regierungskreise. Im August 1979 ging man dann von allgemeinen Forderungen zu konkreten Aktionen über und unterstützte den Sitzstreik von 300 fristlos entlassenen Frauen einer pleite gegangenen Firma in der eigenen Parteizentrale. Waren es in der Vergangenheit vor allem Studenten und Geistliche, die gegen das Kriegsrechtsregime opponierten, so stellen gegenwärtig auch die Arbeiter ihre Forderungen immer energischer. Diese Entwicklung veranlaßte die Politik der NDP, sich entschiedener für grundlegende Rechte der Bevölkerung und gegen Parks Herrschaftsmethoden auszusprechen. Dadurch verbreiterte sie ihre soziale Basis ganz wesentlich.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten die Aktionen gegen Park Mitte Oktober 1979 mit Massendemonstrationen und Aufständen in Pusan, Taegu und Masan, an denen Studenten führend beteiligt waren. Ihr Protest richtete sich vor allem gegen die diktatorischen Maßnahmen Parks.<sup>5</sup>

In dieser Situation entschied sich Park für die Durchsetzung einer „harten“ Linie, also für die brutale Unterdrückung der Opposition. Das Hauptquartier der NDP wurde von Polizisten überfallen, wobei eine Frau erschlagen und mehrere Parlamentarier schwer verletzt wurden. In den genannten Städten wurde das Kriegsrecht verhängt, mit Panzern ausgerüstete Truppenverbände eingesetzt, 4.200 Demonstranten verhaftet und fünf getötet. Dennoch gelang es Park nicht, die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Mit Hinblick auf die demonstrative Unterstützung Parks durch den Besuch des US-Präsidenten Carter im Juni 1979 und das Fehlverhalten der US-Botschaft im Iran, die die Schwäche des Schah-Regimes nicht frühzeitig erkannte, erklärte daher Kim Yong Sam: „Der Iran war Amerikas schlimmstes diplomatisches Desaster, ich möchte verhindern, daß die US-Botschaft hier den gleichen Weg verfolgt.“<sup>6</sup>

Spätestens beim Stichwort Iran war man sich in den USA offenbar darüber im klaren, welch ein Sicherheitsrisiko Park für sie darstellte. Da er aufgrund seiner wenig flexiblen Hal-

tung gegenüber dem Norden auch den von Washington mit Unterstützung der VR China angestrebten „Wandel durch Annäherung“ nicht erreicht hatte und an der konsequenten Position der Koreanischen Volksdemokratischen Republik gescheitert war, wurden sehr schnell die Konsequenzen gezogen. Bevor der Volkszorn gegen Park das gesamte System in Gefahr bringen konnte, wurde er selbst beseitigt.

Mit Kim Jae Kiu war sehr bald die zur Ausführung der Tat geeignete Person gefunden, hatte der Geheimdienstchef einerseits als eine von wenigen Personen steten Kontakt zu Park und sollte andererseits im Zuge der Durchsetzung einer „harten“ Linie entlassen werden, weil er eher für integrationistische Maßnahmen plädiert hatte. Soweit heute erkennbar ist, lief die gesamte Aktion faktisch unter Aufsicht des in den USA ausgebildeten und mit Waffen versorgten höheren Offizierskorps ab. Der jetzige Kriegsrechtsverwalter und mächtigste Mann in Südkorea, General Chung Seung Hwa, war während des Attentats keine 50 m vom Schauplatz entfernt und fuhr anschließend mit dem Attentäter ins Hauptquartier des Heeres. Von hier aus rief man die amerikanischen Freunde an und bat um Rat.<sup>7</sup>

Man kam zu dem Entschluß, Kim Jae Kiu festnehmen zu lassen, damit die weiße Weste des Militärs in dieser Angelegenheit gewahrt blieb und der Abschied von Park, den man zur Stabilisierung der Lage als toten Mann noch würdigte, nicht zu abrupt erfolgte. Um ihren „Herr im Haus“-Standpunkt zu unterstreichen, schickten die USA zahlreiche Flottenverbände nach Südkorea und warnten Ironischerweise zugleich vor einer „ausländischen Einmischung“.

Am Charakter des Systems hat sich bislang nichts geändert. Das Kriegsrecht wurde ausgerufen und ein Verbot jeglicher „politischer Agitation“ erlassen. Innerhalb der herrschenden Kreise ist der Einfluß der Armee noch gewachsen. Sie muß heute als der unumstrittene Machtfaktor in Südkorea angesehen werden. Von ihr hängt es auch letztlich ab, welche politische Fraktion sich durchsetzen wird. Dabei dominiert noch die „alte Garde“ der Generäle, die schon in Vietnam für die USA gekämpft haben und mit ihnen fest verbunden sind.

Nach Meinung des NATO-Militärexperten A. Weinstein gibt es aber eine weitere wichtige Gruppe von jungen Offizieren: „Sie sind selbstbewußt. Sie sind kritisch – und nationalistisch. Ein Nasser könnte eines Tages aus ihren Reihen kommen. Von zwanzig Divisionskommandeuren muß die Hälfte dieser aufbegehrenden Generation zugerechnet werden.“<sup>8</sup>

Nicht außer Acht gelassen werden dürfen jedoch die 40.000 in Südkorea stationierten US-Soldaten, die außer zur Bedrohung des sozialistischen Nordens wohl auch als Garantie für die Erhaltung des bisherigen Investitionsklimas eingesetzt werden.

Trotz dieser Machtmittel ist aber nicht zu übersehen, daß die USA im Verbund mit der einheimischen Führungselite das politische Leben nicht mehr so beherrschen können wie in den Jahren zuvor. Und selbst wenn man sich zu einer begrenzten „Liberalisierung“ käme, so wären damit die grundlegenden Widersprüche keineswegs behoben.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB, Nr. 2 und 7-8/1976
- 2) M.Kirchmann, Südkorea - Legende und Wirklichkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11/1979, S. 1295 - 1298
- 3) Neue Berliner Illustrierte, Berlin, Nr. 37/1979
- 4) Süddeutsche Zeitung, 11.9.1979
- 5) Insbesondere die Entfernung Kim Yong Sams aus dem Parlament war aktueller Anlaß für die allgemeine Empörung. Siehe Pyongyang Times, 20.10.1979
- 6) International Herald Tribune, Zürich, 17.9.1979
- 7) Dies bestätigt die offensichtlich aus Geheimdienstquellen gut versorgte Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.1979
- 8) Ebenda



In den Teilwahlen zum Senat und Zwischenwahlen zum Parlament, die am 14.10.1979 in der Türkei stattfanden, erlitt die Regierungspartei des Premierministers B. Ecevit, die Republikanische Volkspartei (CHP), mit 29,3% (1977: 40,7%) eine verheerende Niederlage. Die Gerechtigkeitspartei unter S. Demirel hingegen errang 47,8% (1977: 36,8%) der Stimmen. Dieses Ergebnis besiegelte das Scheitern der Ecevit-Regierung. Bei der Bildung seiner neuen Minderheitsregierung hat Demirel vermieden, durch ihren Rechtsdrang exponierte Namen in sein Kabinett aufzunehmen. Dieses Täuschungsmanöver wurde jedoch spätestens mit der Bekanntgabe der Regierungserklärung völlig entlarvt. In seiner Regierungserklärung, die im allgemeinen als ein Generalangriff auf die ohnehin eingeschränkten demokratischen Rechte kommentiert wurde, formulierte Demirel folgende „dringende politische Ziele“:

Der Kriegsrechtszustand wird bis zur eindeutigen Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit fortgesetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Notstandsgesetze vorbereitet und in kürzester Zeit verabschiedet. Die Regierung wird von Notstandsmaßnahmen Gebrauch machen. Ein Gesetzentwurf zur Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten wird vorbereitet. Die Gewerkschafts- und Vereinsgesetze werden in wesentlichen Punkten geändert. Diese Organisationen werden „keine Aktivitäten entfalten dürfen, die die Geschlossenheit des Staates und der Nation, sowie die nationale Sicherheit, öffentliche Ordnung und allgemeine Sitten gefährden. Das Gesetz über Versammlungs- und Demonstrationsrecht wird umgestaltet. Es wird verhindert, daß der Gebrauch des Versammlungs- und Demonstrationsrechts die öffentliche Ordnung gefährdet oder verletzt“.

Bei der wirtschaftlichen Entwicklung soll das ausländische Kapital stärker als bisher zur Hilfe gezogen, der 4. Fünfjahresplan abgeändert und die Beziehungen zur EG und ähnlichen Institutionen neu gestaltet werden. Demirels Regierungserklärung spricht, vor allem was sein innenpolitisches Vorhaben betrifft, eine deutliche Sprache: Es geht ihm darum, die Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit grundlegend einzuzengen und die ohnehin eingeschränkten Rechte weiter abzubauen.

## Ecevits Scheitern

Vor den letzten allgemeinen Wahlen hatte Ecevit die zentralen Forderungen und Hoffnungen der breiten Massen in seinen programmatischen Erklärungen immer wieder aufgegriffen und sich schließlich zueigen gemacht. Er entwickelte somit eine Wahlplattform, die sich als eine Alternative zu den reaktionär-faschistischen Regierungen der Nationalistischen Front Demirels darstellen ließ. So bekam er auch von breiten Teilen der Arbeiterbewegung und den antifaschistisch-antiimperialistisch eingestellten Schichten massive Unterstützung. Es ging dabei vor allem um das Herbeiführen einer günstigeren politischen Atmosphäre für die dringlichsten Forderungen:

- Sofortige Unterbindung des faschistischen Terrors und Zurückdrängung der drohenden faschistischen Gefahr.
- Erweiterung der demokratischen Grundrechte und Freiheiten, wie Abschaffung der berüchtigten Paragraphen 141-142 des türkischen Strafgesetzbuches, die, vom Mussolini-Italien wortwörtlich übernommen, immer noch die größte Barriere bei der Verwirklichung der Meinungs- und

Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse darstellen.

- Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte und der Koalitionsfreiheit, Aufhebung des Verbots der KP der Türkei.
- Kampf gegen den Druck des US-Imperialismus; für eine neutrale Außenpolitik.
- Zurückdrängung des Einflusses der in- und ausländischen Monopole und der Großgrundbesitzer.
- Für eine demokratische Bodenreform im Interesse der breiten Bauernmassen.

Keine dieser so wichtigen Forderungen wurde jedoch während der 22-monatigen Regierungszeit Ecevits ernsthaft in Angriff genommen. Ecevit war nicht bereit, die Wurzeln der tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise zu bekämpfen, obwohl selbst seine Minister sogar häufig den Wunsch äußerten, die Probleme gründlicher anzugehen.

Wie selbst zuständige Minister zugaben, so z.B. der Finanzminister Muezzinoglu vor dem Senat, hatte die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft vom Imperialismus einen unvermeidbaren Stand erreicht.<sup>1</sup> Es kam natürlich nun darauf an, diese Abhängigkeit zu brechen, und nicht etwa, wie der Finanzminister meinte, sie auf das „notwendige Maß“ zu reduzieren.

Gerade in diesem Punkt scheiterte die Ecevit-Regierung kläglich. Sie wählte den Weg, ihre Politik den Interessen des Imperialismus zu unterwerfen. So wurde zum Beispiel die Bestimmung der Richtlinien zur Wirtschafts- und Finanzpolitik vollends dem Internationalen Währungsfonds (IMF) überlassen. Die vergeblichen Versuche der Ecevit-Regierung jedoch, vom IMF und anderen internationalen Finanzorganisationen Unterstützung zu bekommen, in dem sie sich ihrem Diktat unterwarf, halfen lediglich die immense Staatsverschuldung aufrechtzuerhalten, die jede tolerierbare Grenze überschritten hatte. Somit scheiterten die rechten CHP-Kreise bei ihren Operationen, die Gunst der in- und ausländischen Großkonzerne durch Wohlwollen zu ergattern.

Mit der schweren Last der Militärausgaben trägt das Land zugleich ein erhebliches Sicherheitsrisiko. In ganz Anatolien liegen amerikanische Militärbasen, Atomwaffenstützpunkte und Luftwaffendepots. Sie alle sind gegen die Sowjetunion, gegen die benachbarten, antiimperialistischen arabischen Länder und gegen den Iran gerichtet. Den Wert des anatolischen Pulverfasses schätzt die US-Zeitschrift *Fortune* im September 1979 folgendermaßen ein: „Beim Transport einer speziellen 100.000 Soldaten umfassenden Armee für den Schutz der Ölfelder im Nahen Osten, wird die Türkei als Basis verwendet.“

## MHP: Zentrum des Terrors

Der CHP-Regierung unter Ecevit wurde aber vor allem zur Last gelegt, daß sie zu keinem Zeitpunkt energische Schritte unternahm, die auf ein Verbot der neofaschistischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP) und ihrer Nebenorganisationen abzielten, obwohl eine Fülle von Beweismaterial und Zeugenaussagen nicht den geringsten Zweifel an der Urheber- und Komplizenschaft des MHP-Jugendverbandes, Graue Wölfe (vgl. AIB, Nr. 6/1979; d. Red.), an dem organisierten Terror ließen.

Diese zwiespältige Zurückhaltung ermöglichte den faschistisch-reaktionären Kräften, ihre Pläne mit Mord- und Bombenattentaten durchzusetzen. Das von ihnen bejubelte Kriegsrecht sowie die offiziöse Haltung der CHP, „sowohl



gegen rechte wie linke Strömungen außerhalb der CHP" Stellung zu beziehen, hatten in der Regierungspolitik die eindeutige Praxis zur Folge gehabt, die Unterdrückung der fortschrittlichen Organisationen weiter zu verschärfen.

So wurden eine Reihe von legitimen Streiks von der Regierung „aufgeschoben“, die Demonstrationen zum 1. Mai wurden in allen vom Kriegsrecht beherrschten Provinzen verboten. Mehrere Gewerkschaftsführer wurden mit fadenscheinigen Begründungen verhaftet. Die Aktivitäten der fortschrittlichen Organisationen wie des Progressiven Frauenverbandes (IKD) und des Progressiven Jugendverbandes (IGD), wurden untersagt. Zahlreiche demokratische Presseorgane (Savas Yolu, Ürün, Roja Welat, Genc Öncü u.a.) wurden verboten. Die Kriegsrechtskommandanten in Ankara und Istanbul verboten sogar das Vortragen von Gedichten Bertolt Brechts und Nazim Hikmets.

Der gezielten Eskalation der faschistischen Angriffe vor den Teilwahlen am 14. Oktober 1979 folgte eine Periode der relativen Unsicherheit in den Reihen der MHP. In den Sommermonaten war es gelungen, eine Reihe von Gewalttättern festzunehmen, die an Mord- und Bombenanschlägen beteiligt gewesen waren.



Neuer türkischer Premierminister S. Demirel

Auch wurde der gesamte Vorstand der MHP-Organisation Konföderation Nationalistischer Arbeiter (MISK) wegen Gründung einer bewaffneten, kriminellen Vereinigung verhaftet, später jedoch wieder entlassen. Bei der Durchsuchung der Räume dieser Konföderation wurden Belege über Anzahlungen von 600.000 Türkischen Liras an Terroristen sichergestellt. Zahlreiche Morde, die den MHP-Mitgliedern nachgewiesen werden konnten, erzeugten eine Panikstimmung unter den „Grauen Wölfen“. Daraufhin wurden zunächst die „Verräter“ in den eigenen Reihen gesucht und getreu dem Türke-Spruch „Schlagt die Umkehrer tot! Wenn ich umkehren sollte, schlägt auch mit tot!“ nach und nach umgebracht. So z.B. Celal Cilvan, der ehemalige MHP-Kreisvorsitzende der Provinz Kars, der am 24. 7. 1979 ermordet wurde. „Die Polizei fand bei ihm sein Rücktrittsgesuch an die MHP, datiert vom 29. 3.“, meldete die Tageszeitung Milliyet am 25. 7. 1979. Selbst in Strafanstalten wurde diese „Säuberung“ fortgesetzt. Der siebenfache Mörder Veli Can Oduncer, ebenfalls ein „Grauer Wolf“, beging seinen achten Mord im Gefängnis an seinem Komplizen, mit dem er zuvor ein wegen „linker Aktivitäten“ verhaftetes Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is, ermordet hatte. Durch diese Strafaktionen, sowie aufgrund eines Schreibens der MHP an alle verhafteten „Grauen Wölfe“, in dem „ihnen spätestens 1981 eine Amnestie“ garantiert wird, leiteten die MHP-Strategen die neue Terrorwelle ein. Während der Wahl-

kampagne heuerte ihr Führer Türke seine „Grauen Wölfe“ sogar mit einer Amnestie sofort nach den Teilwahlen an: „Nach dem Regierungswechsel am 14. 10. werden wir selbstverständlich auch den Gewalttätern Amnestie gewähren, denn wir betrachten sie auch als Opfer der Ecevit-Politik.“ 2

Herausragende Merkmale des MHP-Terrors sind:

- Alle für den Aufstieg der MHP gefährlichen Kräfte, Arbeiter, Gewerkschaft, Lehrer, Wissenschaftler oder Rechtsanwälte, werden systematisch „ausgeschaltet“.
- Attentate und Bombenanschläge auf Cafes und Gaststätten, in denen der MHP nicht genehme Leute verkehren, nehmen zu. Die Anschläge werden teilweise am helllichten Tag ausgeübt.
- Mehrere der gefaßten Mörder sind Jugendliche im Alter von 15-16 Jahren, die sich alle als „Grauer Wolf“ bezeichnen und mit einer relativen Strafmilderung rechnen können.
- Die MHP verfügt über unerschöpfliche finanzielle Quellen, denn allein die bisher sichergestellten Waffen haben einen Gesamtwert von 2 Mrd Türkischen Lira (ca. 660 Mio DM), wobei sie nur die Spitze des Eisberges darstellen dürften. In diesem Zusammenhang wird in türkischen Zeitungen auf die Konten führender MHP-Funktionäre hingewiesen, auf denen sich mehrere Mio DM befinden sollen. Allein der Kaufwert der MHP-Filiale in Ulm wird auf 1 Mio DM angegeben.

### Die eigentlichen Macher des Regierungsprogramms

Noch bevor Demirel seine Regierung gebildet hatte, schrieben die eigentlichen Machthaber in der Türkei ihm in aller Öffentlichkeit vor, welche Punkte sein Programm umfassen sollte. Der IMF sowie mehrere prominente Vertreter großer US-Konzerne, die sich zu „Beratungsgesprächen“ in der Türkei aufhielten, veröffentlichten in den großen Zeitungen ihre Bedingungen an die neue Regierung. Drei Tage vor der Bekanntgabe der neuen Demirel-Regierung trat diesmal der türkische Arbeitgeberdachverband (TISK) mit seinem Forderungskatalog an die Öffentlichkeit.

Wie sich einige Tage später herausstellte, war damit die Regierungserklärung vorweggenommen. Denn mehrere Passagen nahm Demirel fast Wort für Wort in sein Programm auf. Er erklärte diesen Umstand später mit seinen angeblich umfangreichen Vorbereitungen, bei denen er selbstverständlich auch Ratschläge der Industriellen und Großfirmen eingeholt habe. Demgegenüber meldete die von der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is herausgegebene Tageszeitung Politika diese Nachricht unter der Überschrift: „Die Forderungen der Monopole wurden als Regierungsprogramm im Parlament verlesen.“

In einem Kommentar stellte Politika am 21.11.1979 fest: „Diese Demirel-Regierung stellt eine große Gefahr dar, weil sie dem Faschismus den Weg ebnet. Sie befindet sich bereits im Angriff auf alle demokratischen Kräfte. Alle gemäßigten Beamte und Angestellte in den staatlichen Behörden werden weggesäubert. Die proamerikanische, kriegsrechtthörige Demirel-Regierung pflanzt die faschistisch-reaktionären Kräfte in staatlichen Stellen, in Schulen, Universitäten und anderen wichtigen Stellen ein. Sie erklärt offen, daß sie die Gewalttaten der faschistischen Mörder und der sog. Konterguerilla unverfolgt lassen will.“

Deshalb sagt unser Volk 'Nein!' zur Demirel-Regierung! Deshalb ist jede Stimme, die die Regierungserklärung Demirel bejaht, eine Stimme für den Faschistenführer Türke. Deshalb müssen alle CHP-Abgeordneten, deren Parteiführung eine 'wohlwollende' Opposition angekündigt hat, gewarnt werden.“

(Quelle: Autorisierter Beitrag der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e. V. (FIDEF), Düsseldorf, 1.12.1979)

#### Anmerkungen:

- 1) Milliyet, Istanbul, 18.5.1978
- 2) Politika, Istanbul, 6.9.1979



Lothar A. Heinrich

## Bourguiba hält das Spiel



Generalstreik vom 26. 1. 1978 in Tunis: Opfer der Polizeieinsätze

Wer von einem ereignisreichen Jahr spricht, erzeugt leicht die Vorstellung, es müsse sich eine Menge geändert haben in dieser Zeit. Das Jahr 1979 war in Tunesien zweifellos ein politisch ereignisreiches Jahr: Vom 4.-8. September führte die regierende Sozialistische Destur Partei (PSD) ihren 10. Parteitag durch. Am 12. September wurde Verteidigungsminister Abdallah Farhat überraschenderweise durch den bis dahin kaum bekannten Rachid Sfar ersetzt. Am 4. November fanden Parlamentswahlen statt, und am 7. November wurde die Regierung umgebildet.

All diese Ereignisse standen unter der von Ministerpräsident Hede Noura auf der Sitzung des PSD-Zentralkomitees vom 2./3. März 1979 angekündigte politische Öffnung, die sich in den folgenden Monaten durch die bedingte Haftentlassung des nach dem Generalstreik vom 26. Januar 1978 inhaftierten Generalsekretärs des tunesischen Gewerkschaftsverbandes UGTT, Habib Achour, am 24.5.1979 und durch die Freilassung eines Teils der im vergangenen Jahr verurteilten Gewerkschafter sowie von 10 Mitgliedern der marxistisch-leninistischen Gruppe El Amal Tounsi scheinbar konkretisierte.

Formales Zeichen dieser Öffnung, bei der es – so Ministerpräsident Noura – darum gehe, die größtmögliche Zahl „Gutwilliger“ am politischen Prozeß teilnehmen zu lassen und mit allen einen Dialog zu führen, „die über die langfristigen Ziele übereinstimmen und sich um die Grundprinzipien scharen“, war die am 31. Juli 1979 beschlossene Wahlrechtsänderung. Diese Wahlrechtsänderung sah vor, daß bei den diesjährigen Wahlen am 4. November erstmalig in jedem Wahlkreis zwei Kandidaten aufgestellt werden sollten, zu denen außer PSD-Mitgliedern auch andere „gutwillige Persönlichkeiten“ gehören könnten. Die Pariser Abendzeitung *Le Monde* schloß daraus, daß sich nun bislang noch nicht offiziell zugelassene aber tolerierte Oppositionsgruppen, wie die Bewegung demokratischer Sozialisten des Ahmed Mestiri und die Bewegung der Volkseinheit (MUP) des ehemaligen Wirtschaftsministers Ahmed Ben Salah an diesen Wahlen beteiligen könnten.

Die linkssozialdemokratische MUP wandte sich jedoch in

einem offenen Schreiben an *Le Monde* umgehend gegen diese Vorstellung. Sie schrieb: „Die MUP ist weit davon entfernt, toleriert zu werden. Wenn auch alle unsere Genossen in Tunesien im vergangenen September bedingt freigelassen worden sind, konnten doch die meisten von ihnen nicht wieder ihren Arbeitsplatz einnehmen und sind ständig Schikanen seitens der Behörden ausgesetzt, während diejenigen, die im Ausland leben, immer noch nicht in ihr Land zurückkehren dürfen. Darüber hinaus hat der formelle Antrag einiger Genossen im vergangenen Jahr, die Zeitung *Al Quahda* (Die Einheit) herausgeben zu dürfen, eine kategorische Ablehnung seitens der zuständigen Behörden unter Mißachtung der Verfassung des Landes gefunden. Daß die MUP die Möglichkeit habe, an den nächsten Wahlen teilzunehmen, entspricht daher keineswegs der Realität“.

Da es sich unter diesen Umständen bei den „gutwilligen Persönlichkeiten“ ohnehin nur um Kandidaten handeln kann, die entweder die Destur-Partei im Zuge der permanent stattfindenden Clan- und Fraktionskämpfe einmal verlassen haben oder eher technokratisch als im engeren Sinn politisch interessiert sind, die aber auf jeden Fall die politische Linie des Regimes in keiner Weise in Frage stellen, hat sich sowohl die MUP als auch die liberale Bewegung demokratischer Sozialisten (sie darf zwar die Zeitungen *Er-Rai* und *Democratie* herausgeben, wurde aber nicht als Partei legalisiert) für einen Boykott der November-Wahlen ausgesprochen. Die Vielzahl anderer konsequent oppositioneller Parteien und Gruppen, angefangen von der Tunesischen KP über die Revolutionäre Partei des Tunesischen Volkes (PRPT) und die youseffistische Nationalbewegung waren als seit Jahren verfolgte, tief illegale Organisationen ohnehin in diesem Zusammenhang nicht im Gespräch.

Diese sog. „Öffnung“ war also von Anfang an nicht nur äußerst begrenzt, sondern gleichzeitig auch von einer ungebrochenen Repression gegen die wirkliche Opposition im Lande begleitet. In diesem Zusammenhang sind die politischen Prozesse in diesem Sommer 1979 gegen Mitglieder der PRPT, der Nationalbewegung und der Gruppe Ash-Shaab zu erwähnen. Diese Gruppe, angeblich einer ML-Organisation namens Ash-Shoola verbunden, hat nach dem Verbot der UGTT-Zeitung *Ash-Shaab* (Das Volk) eine illegale Zeitung gleichen Namens veröffentlicht, die für die Solidarität mit den verhafteten UGST-Kadern und die Aktivierung der gewerkschaftlichen Basis gegen die von der PSD eingesetzte neue Führung um Tijani Abid eintritt.

### Destur-Parteitag: Zufriedenheit mit dem Erreichten

Obwohl die von Ministerpräsident Noura eingeleitete „Politik der Öffnung“ im wesentlichen der Versuch ist, das Image des Landes im Ausland aufzupolieren und die Basis des Regimes durch die Integration bisher nicht zugunsten des Regimes aktiver bürgerlicher Schichten zu verbreitern, ist diese Politik innerhalb des Parteiestablishments keineswegs ohne Widerspruch geblieben.

Das wurde exemplarisch während des 10. Parteitages der PSD deutlich. Soweit die Darstellung der offiziellen Politik



der Partei, die „liberale“ Sozial- und Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Schaffung einer nebulösen „intermediären Gesellschaft“ (d.h. einer klassenlosen Mittelstandsgesellschaft) gemeint ist, herrschte bei den Rednern – in vorderster Front Ministerpräsident Nouira – offizielle Zufriedenheit mit dem Erreichten und unerschütterlicher Optimismus für die Zukunft.

Die Ereignisse des 26. Januar 1978 (siehe AIB, Nr. 4/1978; d. Red.) wurden wie bisher als Ergebnis der Verschwörung einer Minderheit von Vaterlandsverrätern dargestellt und die Grenzen der „Öffnung“ wurden von Hedi Nouira so deutlich gemacht, daß auch diejenigen, die sich bis dahin unbegründeter Illusionen hingegeben hatten, sie nun nicht mehr übersehen konnten. Insofern konnte sich der „Bunker“ der Partei um den Parteidirektor Mohamed Sayah über das Ergebnis nicht beschweren, wenn es ihm und seinen Anhängern auch offensichtlich unangenehm aufstieß, Leute wie den früheren Innenminister, Taher Belkhouja, den ehemaligen Gesundheitsminister, Mongi Koolo, und den seinerzeit für die Verbindung zum Parlament zuständigen Minister Moncef Belhajamor als gewählte Delegierte auf dem Kongreß vorzufinden. Sie waren als Repräsentanten des liberalen Flügels der PSD Ende 1977 von ihren Ämtern zurückgetreten, da sie sich mit ihrer Tendenz zu einer integrativen Politik angesichts der immer militanteren Arbeiterbewegung gegenüber denjenigen, die am 26. Januar 1978 dann den Generalstreik blutig niederschlugen, nicht durchsetzen konnten. Der Grund zur Zufriedenheit kam jedoch nach den Wahlen zum 80 Mitglieder umfassenden ZK der PSD abhandeln. Mohamed Sayah, dessen Parteimitglieder einen wesentlichen Anteil an der Niederschlagung des Generalstreiks hatten, erreichte gerade noch den 80. Platz während mehrere seiner politischen Freunde zugunsten von als „Technokraten“ geltenden Delegierten ganz durchfielen. Andererseits hatte allerdings Verteidigungsminister Abdallah Ferhat, der bei der Entscheidung für die gewaltsame Zerschlagung der UGTT eine bedeutende Rolle gespielt hatte, scheinbar seine Macht gefestigt. Er hatte die Vorbereitung des Parteitages gemacht und dessen Ablauf mit Hilfe von Leuten aus seinem Ministerium geleitet. Abdallah Ferhat, der 8 Jahre lang Direktor des Kabinetts von Präsident Bourguiba war, galt als einer seiner engsten Vertrauten. Umso größer war die Überraschung als Präsident Bourguiba am 12.9.1979 mit Rachid Sfar einen neuen Verteidigungsminister einsetzte und Abdallah Ferhat ohne Ministerposten zurückließ.

### Parlamentswahlen 1979 – ein Plus für Bourguiba

So haben denn schließlich auch die Wahlen vom 4. November und vor allem die Regierungsumbildung vom 7. November 1979 die Position Nouiras, der noch nie durch eigenständige Positionen gegenüber Präsident Bourguiba aufgefallen ist, weiter verstärkt.

Die Wahlen, die sich immerhin durch eine mit 81,1 % für tunesische Verhältnisse niedrige Wahlbeteiligung auszeichneten (in Tunis enthielten sich sogar 31,5 % der Wähler der Stimme), haben das Parlament zu 2/3 erneuert und einige besonders unpopuläre Kandidaten, wie den Sozialminister Mohamed Jomaa und zwei Mitglieder der von der Regierung eingesetzten UGTT-Führung, zu Fall gebracht. Insgesamt ist eine sicher nicht unbeträchtliche Zahl von neuen Kandidaten in das Parlament eingezogen, auf die die Bezeichnung „Technokraten“ angewandt wird. Die Regierungsumbildung schließlich hat einen weiteren Verbündeten Mohamed Sayahs, den Innenminister Dhaoui Hannablia, sein Amt gekostet.

Da der staatskapitalistische PSD-Flügel um Ben Salah seit nunmehr 10 Jahren aus der Partei entfernt ist, steht Mini-

sterpräsident Hedi Nouira nunmehr mit einer auf Figur gearbeiteten Regierung mehr den je der Weg frei, seiner Utopie der „mediären Gesellschaft“ zu folgen, jedenfalls solange Präsident Bourguiba noch die verschiedenen – bürgerlichen – Fraktionen der Partei untereinander auszuspüren vermag. Es ist offensichtlich, daß die neokoloniale Politik der offenen Türe zwar verstärkt wieder auf das Interesse des Auslandskapitals stößt, das im vorigen Jahr zunächst beunruhigt war. Es ist aber ebenso offensichtlich, daß sie die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Explosion am „Schwarzen Donnerstag“ (26.1.1978) nicht erfolgreich anzugehen vermag. So kann die Anhebung der Mindestlöhne am 1. Mai 1979 um 8 % nicht einmal die Inflation auffangen, zumal am 2. Mai bereits die Preise für Grundnahrungsmittel wie Öl, Brot und Gries zwischen 6 % und 25 % angehoben wurden. Die Außenorientierung der tunesischen Wirtschaft bringt es auch mit sich, daß die bevorstehende Südausweitung der Europäischen Gemeinschaft (EG) den tunesischen Agrarexport deutlich in Mitleidenschaft ziehen wird und die Situation sich entgegen der offiziellen Siegesmeldungen eher verschlechtern wird, verschlechtern allerdings, das darf nicht außer Acht gelassen werden, auf einer Basis eines für ein Entwicklungsland relativ hohen Entwicklungsstandes.

### Der neokoloniale Kurs verbaut alle Chancen

Es wäre falsch zu behaupten, die aktuelle wirtschaftliche Situation des Landes sei vergleichsweise besonders schlecht. Das Problem besteht vielmehr darin, daß die seit 10 Jahren offen eingeschlagene neokoloniale Strategie der Regierung, dem Land die Chancen verbaut, die Unterentwicklung in einem umfassenden Sinn zu überwinden.

Diese Aufgabe kann zweifellos auch nicht mehr vom Destur-Regime als einem Bündnis so gut wie aller bürgerlichen Schichten erfüllt werden. Das ist vielmehr eine historische Aufgabe der proletarischen Organisationen des Landes. Diese haben zwar einerseits durch ihr beträchtliches intellektuelles Niveau gute Voraussetzungen dafür, sind auf der anderen Seite jedoch offensichtlich zu schwach in der werktätigen Bevölkerung verankert und daher in eine Vielzahl von Parteien und Gruppen gespalten.

Ein wesentlicher Grund dafür scheint der zu sein, daß es den marxistischen Organisationen nur schwer möglich ist, den Klassenkampf in Tunesien mit einem antiimperialistischen nationalen Kampf zu verbinden.

Es ist nämlich die regierende Destur-Partei, die als klassen-umfassende nationale Befreiungsbewegung die Unabhängigkeit des Landes erkämpft hat und die von daher keineswegs mit den vielen von der Kolonialmacht eingesetzten Regimes in Afrika zu begleichen ist. Aus der Zeit des antikolonialen Kampfes verfügt die PSD darüber hinaus über ein das gesamte Land überziehendes engmaschiges Organisationsnetz.

Das Verbot aller oppositionellen Parteien und die teilweise physische Liquidierung von Oppositionellen macht es sehr schwer, eine auch nur annähernd so funktionstüchtige Organisation in Tunesien aufzubauen. Es wird daher vermutlich zumindest bis zum Tode Bourguibas und den nachfolgenden innerparteilichen Machtkämpfe dauern, bis das tunesische Proletariat und die eine oder andere seiner Organisationen ihr soziales Gewicht wieder politisch werden nutzen können.

**Adressenänderungen  
bitte rechtzeitig bei der Redaktion,  
nicht bei der Post, bekanntgeben!**



Interview mit Omar C. Garcia und R. Valladares

## Mittelamerika nach dem nikaraguanischen Sieg



*Mit dem Siegeszug der Befreiungskämpfer Nikaraguas und anderen sehenswerten Erfolgen der antiimperialistisch-demokratischen Kräfte Lateinamerikas (Grenada, Bolivien, El Salvador, Mexiko u.a.) ist im Jahr 1979 Bewegung in die Szenerie des Halbkontinents gekommen. Unverkennbar erfuhr insbesondere die Region Zentralamerikas und der Karibik bedeutende Veränderungen, die in AIB 1/1980 eingehender untersucht werden sollen. Anfang November 1979 fand das AIB Gelegenheit zu einem Gespräch mit den beiden Repräsentanten der honduranischen Linken, O.C. Garcia und R. Valladares, vorrangig zur aktuellen Lage auf der zentralamerikanischen Landbrücke. Omar C. Garcia hat bis zu seiner Ausreise aus Honduras im Sommer 1979 eine führende Rolle in der Studentenbewegung und der Solidaritätsarbeit mit den Sandinistas gespielt, R. Valladares ist Redakteur der Wochenzeitung Patria und der Zeitschrift Trabajo. In AIB 3/1980 folgt ein Gespräch mit guyanischen Journalisten Moses Nagamootoo, das sich speziell mit den Veränderungen in der Karibik beschäftigen wird.*

FRAGE: Gemeinhin wird Lateinamerika als „Hinterhof der USA“ bezeichnet. Trifft dies nicht in besonderem Maße für den mittelamerikanischen Raum zu?

R.VALLADARES/O.C. GARCIA: Seit Ende des 19. Jahrhunderts stellen unsere Länder eines der wichtigsten Ziele des US-Imperialismus dar. In der mittelamerikanischen Region ist die Dichte der US-Direktinvestitionen im Ausland eine der höchsten; auf sie entfallen in Zentralamerika 90 % der gesamten ausländischen Investitionen. Die Monopole der US kontrollieren die Ausbeutung der Rohstoffen, der Mineralien, die Hauptzweige der Produktion, das Transportwesen, den Handel, die Banken usw.

Die militärisch-strategischen Interessen der USA rühren in der Hauptsache von der für sie lebenswichtigen Bedeutung der Verkehrswege in der karibischen Zone, vor allem des Panamakanals her. Dieses Gebiet wird in der Globalstrategie der USA als das für die Beherrschung Südamerikas notwendige Sprungbrett begriffen.

FRAGE: Spielen hier nicht auch aktuelle Ölinteressen hinein?

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: Oh ja. Ein Beispiel hierfür lieferten kürzlich die Pläne der USA, im zentralamerikanischen Isthmus zwischen den Küsten des pazifischen und des atlantischen Ozeans eine Pipeline zu bauen, um das Erdöl, das man bei großen Projekten in Alaska gewinnen wird, an die Ostküste der USA zu bringen. Das Problem der Energieversorgung war der Anlaß für Carters letzte Reise nach Mexiko (im Februar 1979; d. Red.) und für die Konsultationen auf Regierungsebene zwischen Mexiko und seinem nördlichen Nachbarn.

Aus demselben Grund wurde der Konflikt zwischen Guatemala und Belize von den nordamerikanischen petroche-

mischen Monopolen, die in Belize reiche Erdölvorkommen vermuten, angeheizt.

FRAGE: Aus ähnlichen Gründen können die USA wohl auch seit der Formulierung der Monroe-Doktrin 1832, in der sie Lateinamerika zum „US-amerikanischen Interessensgebiet“ deklarierten, auf eine „stolze“ Interventionsbilanz zurückblicken. . .

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: In der Tat. Die USA haben immer eine Politik der Kontrolle über die Regierungen dieses Gebiets angewandt, um das Fortbestehen von Marionettenregimes zu sichern. Zwischen 1821 und 1939 haben sie 25 direkte militärische Interventionen in Panama, Honduras, Guatemala, El Salvador und Nicaragua vorgenommen. Nach der US-Söldnerinvasion 1961 in Kuba marschierte die US-Marineinfanterie 1965 in die Dominikanische Republik ein. Auf dem ganzen Kontinent installierten die USA repressive Regierungen und Militärdiktaturen. Nach der kubanischen Revolution 1959 wandte Washington eine Politik der Reformen, der wirtschaftlichen Entwicklung und der regionalen Integration an. Sie wurde aber aufgrund der starken inneren Widersprüche des Systems des abhängigen Kapitalismus, der zur Zeit eine tiefe strukturelle Krise durchmacht, zum Mißerfolg.<sup>1</sup>

### „Stolze“ US-Interventionsbilanz in Zentralamerika

FRAGE: Ist eine Rückkehr der US-Administration zur traditionellen Interventionspolitik vorstellbar? Man denke an die jüngsten Konflikte mit Kuba oder Panama . . .

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: Die sog. „Mini-Kuba-Krise“ im letzten September hatte folgende Ziele: SALT II zu torpedieren, die kubanische Regierung angesichts des VI. Gipfeltreffens der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu diffamieren, und schließlich stand dahinter die Absicht, die Pläne Washingtons, die Militärpräsenz der USA im karibischen Meer zu verstärken, hinter einem Nebelvorhang verschwinden zu lassen.

In diesem Kontext ist auch die Landung von US-Truppen auf Guantanamo am 17. Oktober d.J. zu sehen, die als eine Machtdemonstration seitens des Imperialismus zu verstehen ist. Die militärischen Manöver der USA in der Karibik wurden von Francisco Pena Gomez, dem Generalsekretär der Regierungspartei der Dominikanischen Republik, von Raul Castro, dem kubanischen Verteidigungsminister, und von der Delegation aus Grenada vor der letzten Vollversammlung der Organisation Lateinamerikanischer Staaten (OAS) als eine Bedrohung für Lateinamerika verurteilt.

Ähnlich in Panama. Hier begann zwar am 1. Oktober 1979 nach einem langen Kampf um die souveränen Rechte des panamaischen Volkes mit der Unterstützung seiner progres-



siven Regierung unter Präsident Aristides Royo der Prozeß der Dekolonisierung der Kanalzone. Die Carter-Torrijos-Verträge<sup>2</sup> sind ein Sieg im Kampf um die Befreiung, aber sie enthalten einige Einschränkungen: Der panamaische Staat wird ein Einkommen von etwa 80 Mio Dollar jährlich aus dem Gebrauch des Kanals haben und erlangt die Souveränität über ein Gebiet wieder, das sich durch eine sehr gute Infrastruktur, Bauten und Häfen von einem auf mehrere Mrd Dollar geschätzten Wert auszeichnet, jedoch werden die USA ihre Präsenz bis zum Jahre 2000 aufrechterhalten. Sie haben die sog. Neutralitätsklausel des Kanals in den Vertrag aufgenommen und behalten sich das Recht vor, „zum Schutze“ des Kanals militärisch zu intervenieren. Die Carter-Regierung befürchtete, daß in den USA die Ver-

Lucia und Dominika. Puerto Rico, eine Kolonie der USA, und Belize, eine Kolonie Großbritanniens, kämpfen um ihre Unabhängigkeit. Die Militärdiktaturen im Norden Zentralamerikas leiden unter dem Ansturm des Volkes und ihre Situation ist sehr prekär geworden. Die nichtdiktatorischen Regierungen in Kostarika und der Dominikanischen Republik sehen sich angesichts der Forderungen des Volkes gezwungen, immer mehr Konzessionen zu machen und die demokratischen Freiheiten zu respektieren. Mexiko und Venezuela verfolgen eine würdige und nationalistische Politik gegenüber den Forderungen der USA bezüglich ihres größten Reichtums, des Erdöls. In diesen beiden Ländern haben die linken Einheitskräfte wichtige Siege bei den Wahlen im Laufe des Jahres 1979 errungen.<sup>3</sup>



Demonstration anlässlich der panamaischen Übernahme der Kanalzone im Oktober 1979

träge Ende September 1979 nicht ratifiziert werden würden und das panamaische Volk am 1. Oktober 1979 den Kanal mit oder ohne US-Ratifizierung in Besitz nehmen würde. Deshalb mobilisierte sie militärische Einheiten der „Rangers“, um notfalls das panamaische Volk zu unterdrücken. Dies rief auf dem ganzen Kontinent Protest hervor. Von allen Staaten, sogar von der Sandinistischen Front für die Nationale Befreiung Nikaraguas (FSLN), erfolgten sofortige Erklärungen, der Regierung des Präsidenten Royo jegliche Art von Unterstützung zukommen zu lassen.

FRAGE: Nach dem Sturz des Somoza-Regimes in Nicaragua hob Fidel Castro die historische Bedeutung der nikaraguanischen Revolution hervor. Er sprach auch von der Bedeutung der Tatsache, daß sich in der Solidarität mit Nicaragua in Lateinamerika eine „antiinterventionistische Front“ formiert habe. Ist Ihrer Meinung nach eine derartige Einschätzung berechtigt?

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: Der Sieg der Revolution in Nicaragua stellt für unsere Völker, so meinen wir, das wichtigste historische Ereignis seit dem kubanischen Befreiungskampf dar. Die sandinistische Sache ist ein großartiges Beispiel, das die demokratischen und revolutionären Sektoren Lateinamerikas anspricht.

Zudem haben sich alle demokratischen, progressiven und revolutionären Persönlichkeiten und Organisationen des Subkontinents in der praktischen Solidarität mit Nicaragua zusammengetan. Diese antidiktatorische und die Unabhängigkeit verteidigende Bewegung zeigt sich auf verschiedenen Ebenen: Im karibischen Raum gibt es große Fortschritte bei der Beseitigung der kolonialen Abhängigkeitsverhältnisse und es entstanden junge Staaten, die eine antiimperialistische Richtung eingeschlagen haben, in Grenada, St.

Unter diesen Umständen haben viele kommunistische Parteien und andere demokratisch-revolutionäre Kräfte die Legalität errungen und Einheitsfronten mit anderen progressiven Kräften geschlossen, so in Panama, Kostarika, Mexiko und Venezuela.

Dieser Trend der Vereinheitlichung der progressiven Kräfte läßt sich auch regional feststellen: Im August 1979 fand in Guyana ein Beratungstreffen der kommunistischen, proletarischen und demokratisch-revolutionären Organisationen und Parteien aus 10 Ländern des karibischen Raums statt. Nach einer Analyse der Lage in diesem Raum kam man überein, die Zusammenarbeit zwischen diesen Parteien und Organisationen im Interesse des antiimperialistischen Kampfes zu verstärken.

### Aufschwung der demokratisch-revolutionären Bewegung

FRAGE: Würden Sie auch die vom 10.-12. Oktober 1979 in Oaxaca (Mexiko) abgehaltene Konferenz lateinamerikanischer Parteien, an der 22 Parteien aus 16 Ländern teilnahmen, hier einordnen? Kann man in den Ergebnissen dieser Konferenz eine antiimperialistische Grundhaltung feststellen?

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: In der Erklärung von Oaxaca drückt die Konferenz aus, daß sie die wirtschaftliche, politische und kulturelle Dekolonisierung Lateinamerikas anstrebt und für demokratische Systeme kämpft, für allgemeine Abrüstung, für eine atomfreie Zone und gegen ausländische Militärbasen. Sie unterstützt die demokratischen Kräfte in Chile, Argentinien und Uruguay. Sie sieht in



der Freiheit Nikaraguas und der Übergabe des Panamakanals Ausgangspunkte für eine Zukunft der Unabhängigkeit und Entwicklung des Kontinents.<sup>4</sup>

In Anbetracht alldessen können wir von einer breiten Bewegung für die wirkliche Unabhängigkeit unserer Völker sprechen, der verschiedene Regierungen und viele politische Organisationen angehören.

FRAGE: In den USA wurde nach dem Nicaragua-Debakel intensiv über eine Neuorientierung der US-Politik in Mittelamerika diskutiert. Wohin zielt sie?

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: Beispielsweise präsentierte im September 1979 der stellvertretende Sekretär für interamerikanische Angelegenheiten der USA, V.P. Vaky, der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Kongresses einen Bericht mit dem Titel „Amerika am Scheideweg“. In diesem Bericht nennt V.P. Vaky die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Spannungen in unseren Ländern das Resultat eines „ungleichen und ungerechten Wirtschaftswachstums, einer nationalen Armut und einer unangemessenen Verteilung des Einkommens“; andererseits erwähnt V.P. Vaky, daß „die politischen Institutionen in der Vergangenheit eine Tendenz zum Autoritären sowie einen Widerstand gegen jedwede Veränderungen gezeigt haben“.



Lateinamerikanische Parteienkonferenz von Oaxaca

Nach V.P. Vaky entstehe daraus unweigerlich ein Druck zur Veränderung der Verhältnisse, der durch die Revolution in Nicaragua noch unterstützt worden sei. Angesichts dessen sieht er für die USA die Notwendigkeit, politische und soziale Reformen durchzuführen, dabei aber „die individuellen Rechte und demokratischen Werte“ in dieser Region zu erhalten

FRAGE: Geht nicht auch der Sturz des salvadorianischen Diktators Romero mit auf diese veränderte Haltung der USA zurück?

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: Der Protest des salvadorianischen Volkes gegen die Romero-Diktatur hatte Züge angenommen, die für einen revolutionären Verlauf typisch sind. Die Diktatur versuchte, sich mit dem gescheiterten „Nationalen Dialog“ zu retten, und die USA präsentierten im September 1979 einen Plan zur Lösung der explosiven Situation in El Salvador.

Dieser vom damaligen Sonderbotschafter und jetzigen Staatssekretär für Lateinamerika der USA, W. Bowdler, vorgelegte Plan enthielt folgende Punkte: 1. Vorgezogene Präsidentschaftswahlen, 2. politische Amnestie und Rückkehr der im Exil Lebenden, 3. wirtschaftliche und soziale Reformen.

W. Bowdler hatte schon in Nicaragua versucht, einen ähnli-

chen Plan durchzusetzen, und genau wie dort der Somoza-Clan so widersetzte sich auch in El Salvador die Oligarchie diesen Maßnahmen.

Mit Zustimmung der USA wurde am 15. Oktober 1979 Romero durch eine Regierungsjunta ersetzt, die sich aus den Obersten Mejano und Abdul Gutierrez sowie den Zivilisten Mario Andino, einem Vertreter der Privatwirtschaft, dem Sozialdemokraten Guillermo Manuel Ungo und dem Rektor der Universidad Privada, Roman Mayorga Quiroz, der die christdemokratische Tendenz vertritt, zusammensetzt. Die neue Regierung weist innere Widersprüche auf. In ihr sind einerseits junge Offiziere mit progressiven, patriotischen Auffassungen und einige Personen mit engen Verbindungen zur revolutionären Bewegung vertreten, andererseits aber auch reaktionäre Elemente, die die Großgrundbesitzer vertreten.

FRAGE: Könnte man die salvadorianische Junta demnach alles in allem als Regierung bezeichnen, die demokratische Züge trägt?

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: Die Grundtendenz der neuen Regierung ist reformistisch, und die Carter-Administration will mit ihrer Hilfe beschränkte Reformen und eine gewisse demokratische Öffnung durchführen, um den revolutionären Sturz des Regimes und damit die Abschaffung des Systems des abhängigen Kapitalismus zu verhindern. D.h. der Plan der USA besteht im Ergreifen von Vorsichtsmaßnahmen. Aber die Situation in El Salvador ist immer noch (Stand Anfang November 1979; d. Red.) gespannt und es gibt noch bewaffnete Auseinandersetzungen.

Die Regierungsjunta hat zwar eine Amnestie, wirtschaftliche und soziale Reformen und die Säuberung des Staatsapparats und der Streitkräfte von allen faschistoiden Elementen und Anhängern des besiegten Diktators Romero angekündigt, aber gegenwärtig ist noch keine dieser Versprechungen in die Praxis umgesetzt worden (zur Haltung der demokratischen Opposition siehe Kasten; d. Red.). Die salvadorianische Wirklichkeit verlangt nach unaufschiebbaren Veränderungen, und die von den demokratischen und revolutionären Kräften erlangte Macht kann einen Prozeß der radikalen gesellschaftlichen Veränderungen in Gang setzen. Hierfür ist es aber auch nach dem Sturz der Diktatur wichtig, daß diese Kräfte zusammenarbeiten.

## Einheitsfronten auch in Guatemala, Honduras

FRAGE: Welche Auswirkungen haben die Revolutionsergebnisse in Nicaragua auf die anderen Nachbarländer Guatemala und Honduras gezeitigt? Hat man aus dem dortigen Erfolg der antidiktatorischen Einheitsfront irgendwelche praktischen Konsequenzen gezogen?

R. VALLADARES/O.C. GARCIA: In Guatemala führte die Massenbewegung Ende Oktober 1979 die bisher größte



Straßenkämpfe in San Salvador im Oktober 1979



## El Salvador: Haltung der Linken zur Junta

Die Ankündigung begrenzter Reformen seitens der Junta hat innerhalb der demokratischen Opposition zu einer Neuorientierung geführt.

Setzte der Revolutionäre Volksblock (BPR) nach der Machtübernahme der Junta zunächst seinen Kampf gegen die Junta fort, so schloß er Anfang November 1979 ein Abkommen mit der Junta, das bedeutende Zugeständnisse an den BPR beinhaltet. Neben der Reduzierung der Preise für Massenkonsumgüter, der Erhöhung der Löhne für Arbeiter, der Freilassung aller politischer Gefangener sagte die Junta Informationen über das Schicksal Hunderter Verschwundener zu. Während der Verhandlungen über das Abkommen demonstrierten zur Unterstreichung der Forderungen des BPR 30.000 Menschen vor dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium. Die Besetzung dieser Ministerien wurde unter dem Vorbehalt der Erfüllung des Abkommens zunächst aufgehoben. Mütter und Angehörige von Gefangenen und Verschwundenen traten in Hungerstreiks ein.

Die Kommunistische Partei El Salvadors (PCES) macht die Unterstützung der Junta von der Verwirklichung ihrer Versprechen abhängig. Sie orientiert auf einen Zusammenschluß aller revolutionären und demokratischen Kräfte im Land, um über die angekündigten Reformen hinaus eine radikale Säuberung des Staatsapparates von Faschisten und Romero-Anhängern zu erreichen. Generalsekretär Jorge Chafic Jandal nannte die Auflösung der Terrororganisation ORDEN ein „ermutigendes Anzeichen für Veränderungen“, doch habe die Junta nicht eindeutig mit der Vergangenheit gebrochen. Wenn die Junta nicht bereit sei, dies zu tun, müßten sich zivile und demokratische Kreise, die die Regierung unterstützen zurückziehen und zum Mittel des Kampfes greifen.

Als Basis für einen Zusammenschluß der Oppositionskräfte könnte die Nationale Union der Opposition (UNO) dienen, die schon im Wahlprogramm 1977 eine längst fällige Agrarreform, eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens, und die Beendigung der Kor-



Salvadorianische Junta-Mitglieder (v. l. n. r.): Andino, Oberst J. Abdul Gutiérrez, Ungo, Oberst Adolfo Majano, Mayorga

ruption forderte sowie gegen die Armee als Besatzungsmacht im eigenen Land auftrat. Sie ist jedoch seit dem Eintritt zweier Mitgliedsorganisationen, der Nationalen Revolutionären Bewegung (MNR) und der Christdemokratischen Partei (PDC), in die Regierung geschwächt. Das Interesse der PDC besteht laut Aussage ihres Führers Napoleon Duarte darin, durch eine „demokratische Revolution ein zweites Nikaragua in Mittelamerika abzuwenden“. Die Einheitliche Volksaktion (FAPU) lehnt einen Dialog mit der Regierung ab. Sie kündigte an, ihren Kampf für die Befreiung des ganzen Landes fortzusetzen und hält die Besetzung von Kirchen weiter aufrecht. Ebenso wollen die Kräfte für Nationalen Widerstand (FARN) ihren Kampf fortführen „bis eine volksdemokratische und revolutionäre Regierung eingesetzt ist, die den Weg zum Sozialismus und zu einer wahren Volksvertretung gebnet hat“. Die Revolutionäre Volksarmee (ERP) und die Volksliga 28. Februar haben den bewaffneten Kampf eingestellt.

Mobilisierung unter dem Motto „Nieder mit der Diktatur“ und „Die Revolution an die Macht“ durch. An diesen Massendemonstrationen nahm die Demokratische Front gegen die Unterdrückung teil, der mittlerweile 250 Arbeiter-, Bauern, Studenten- und andere Organisationen angehören.<sup>5</sup> Die Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT) meint, daß der bewaffnete Kampf, der auch Ausdruck des Bewußtseinsstandes und Organisationsgrades der Massen ist, als Mittel eingesetzt werden muß, um den Sturz der Diktatur und den revolutionären Prozeß voranzutreiben.

Wie für Guatemala so sehen wir auch für Honduras die wichtigste Lehre aus dem Kampf des nikaraguanischen Volkes und der FSLN in ihrer Bündnispolitik über ideologische Differenzen hinweg. Dieses Vorbild hat ohne Zweifel in der Bildung der Nationalen Patriotischen Front in Honduras seinen Niederschlag gefunden. Ihr gehören die Christdemokratie, die Partei für Erneuerung und Einheit (PINU), die Revolutionäre Partei sozialdemokratischer Orientierung, die Sozialisten, die Kommunisten und viele andere gesellschaftliche Organisationen wie z.B. die stärkste Arbeiterorganisation Allgemeine Arbeiterzentrale (CGT), die Nationale Union der Bauern (UNC) und die Schüler- und Studentenföderation (FEUH und FESE) an.<sup>6</sup>

Das Programm der Patriotischen Front beinhaltet die Forderungen nach Freiheit für die politischen Gefangenen und nach Legalisierung der oppositionellen politischen Parteien. Es beinhaltet den Kampf gegen den Wahlbetrug sowie gegen die Unterdrückung und das Komplizentum mit der somozistischen Konterrevolution. Gerade von Honduras aus operieren z.B. Somoza Portocarrero, Sohn des Ex-Diktators Somoza, und die somozistischen Agenten Sanchez, Lanuse und Bravo.

Eine wichtige Lehre für unsere Völker stellt der Aufbau einer neuen Gesellschaft dar, den wir mit zahlreichen Soli-

daritätsaktionen unterstützen, einer Gesellschaft von antiimperialistischer, antioligarchischer, demokratischer und volksnaher Prägung, in der eine Landreform sowie Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen durchgeführt werden, in der die Banken und nationalen Reichtümer verstaatlicht werden und eine wirklich souveräne Außenpolitik betrieben wird.

### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Ausdruck dieser Reformpolitik war die 1961 von Kennedy ins Leben gerufene „Allianz für den Fortschritt“, die mittels eines sozialreformistischen Programms (Investitionshöhe rund 20 Mrd Dollar) einer Wiederholung des kubanischen Revolutionsexempels auf dem lateinamerikanischen Subkontinent vorbeugen sollte. Siehe AIB, Nr. 6/1976, S. 22 ff.
- 2) Die Vertragsunterzeichnung fand am 7.9.1977 statt. Zum weiteren Fortgang der bilateralen Verhandlungen und der Panamakanal-Debatte im Kongreß bzw. Senat in Washington siehe AIB, Nr. 1 und 6/1978, und 11-12/1979
- 3) In Venezuela konnte die erstmals wieder vereint kandidierende Linke (Bewegung zum Sozialismus—MAS, Kommunistische Partei, MIR und Volkswahlbewegung—MEP) bei den Gemeindewahlen im Juni 1979 ihren Stimmenanteil auf 18,5% hochschrauben (Parlamentswahl 1978 ca. 12% zusammengerechnet). Die traditionelle Zweiparteienherrschaft von Christlichsozialen (COPEI) und der sozialdemokratischen Demokratischen Aktion (AD) konnte damit aufgebrochen werden. In Mexiko errangen die vereinten drei Linksparteien (MKP, Authentische und Sozialistische Volkspartei) im Juli 1979 einen ähnlich spektakulären Erfolg mit 12% der Stimmen.  
Siehe zu den beiden Ländern AIB, Nr. 3 und 10/1979
- 4) Text der Erklärung der Konferenz lateinamerikanischer Parteien in: La Republica, Mexiko, Nr. 404/Okttober 1979, S. 38-41
- 5) Wortlaut des Grundsatzdokuments der Demokratischen Front gegen die Unterdrückung in: AIB, Nr. 11-12/1979
- 6) Siehe Honduras-Analyse in: ebenda



Peter Jacobs

## Sandino lebt! Beobachtungen im neuen Nicaragua (1. Teil)

*Peter Jacob, für AIB-Leser durch seine Reportage über das befreite Südvietnam „Die Racheengel von Saigon“ (AIB, Nr. 10/1975) ein Begriff, bereiste nun in Begleitung des Fotografen Thomas Billhardt das befreite Nicaragua. P. Jacobs Reisereportage stellt in eindrucksvollen Szenenausschnitten das Nicaragua von gestern dem des revolutionären Wiederaufbaus gegenüber. Der Situationsbeschreibung des 1. Teils der Reportage werden in den nächsten Heften solche zur Lage der Zuckerarbeiter und zur Agrarreform folgen.*

Nicaragua heute: Die Erben des „Generals der freien Männer“ haben die Macht ergriffen. Man braucht nicht mehr in Urwaldverstecken nach ihnen zu suchen. Die älteste lateinamerikanische Diktatur ist zerbrochen. Und Sandino, vor 35 Jahren auf Befehl von Anastasio Somoza I. ermordet, lebt weiter. „Sandino vive“ erinnern die verblässenden Mauerinschriften aus der Kampfzeit.

„Sandino presente“ rufen die Leute auf Demonstrationen. In den Barrios der Städte und auf den Dörfern werden Sandinistische Verteidigungskomitees gebildet. Der ehemalige Hafen Puerto Somoza heißt nun Puerto Sandino, und auch der Flugplatz der Hauptstadt Managua trägt den Namen des großen Vorkämpfers der Freiheit Nicaraguas. Auf diese Weise erhält ein Satz aus der AIZ vom September 1928 neue Gültigkeit: „Sandino ist überall.“ Beim Vergleich der Fotos von damals mit den Hinterlassenschaften der Somoza-Diktatur tut sich eine beklemmende Parallele auf. Damals die zerbombten Straßenzüge von Chinadega, heute die zerschossenen Stadtzentren von Masaya, Esteli, Leon. . . Wie sich die Bilder gleichen!

Das Wüten amerikanischer Marineinfanterie vor fünf Jahrzehnten ist noch übertroffen worden von der Raserei der Nationalgarde Anastasio Somozas II., der sein geistiges Rüstzeug an der amerikanischen Militärakademie Westpoint erworben hat. Die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus schätzt die Zahl der Toten auf 40.000, auf mehr als zehnmal soviel, als General Sandino einst bewaffnete Mitkämpfer hatte. Jeden Tag erscheinen in Nicaragua Zeitungsseiten mit den Fotos Verschwundener und Vermißter. Jeden Tag werden neue Gräber gefunden. Die Leichen sind kaum noch zu identifizieren.

Indessen bestimmen nicht Trauer und Schmerz die Gefühle des nikaraguanischen Volkes, sondern Triumph und Hoffnung. Die Barrikaden sind abgebaut, das Straßenpflaster ist wieder am alten Platz. Die Felder werden wieder bestellt, nachdem in weiten Teilen des Landes eine ganze Ernte ausgefallen ist. Die wenigen intakt gebliebenen Fabriken – ausnahmslos Leicht- und Lebensmittelindustrie – kommen wieder in Gang.

Von Normalisierung des Lebens ist die Rede, womit die Frage aufgeworfen wird: Was ist eigentlich „normal“ nach 43 Jahren Diktatur und jahrelangem erbitterten Kampf? Somozas Luftwaffe hat 5 Minuten vor 12.00 fast drei Dutzend Fabriken der einzigen Industriezone des Landes entlang der Carretera Norte zwischen dem Zentrum Managuas und dem Flughafen in Schutt und Asche gelegt und nur solche ausgelassen, die Insignien von Firmen wie Coca Cola oder Siemens tragen. Sorgfältige Schonung von Auslandskapital – eine konterrevolutionäre Spekulation auf morgen und übermorgen. Die Märkte beleben sich wieder. Nicht nur



Siegreiche FSLN-Guerilleros, jetzt Soldaten der Sandinistischen Volksarmee



mit dem, was die Bauern den Städtern zu bieten haben, sondern auch mit Gestohlenem und Schieberware. Restaurants eröffnen neu, auch die teuren. Als die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus die Banknoten im Werte von 500 und 1000 Cordoba für ungültig erklärte, sie einziehen und auf Konten gutschreiben ließ — eine Maßnahme, die sich von selbst ergab, weil der Somoza-Clan vor der Flucht nicht versäumt hatte, die Tresore der Banken auszuräumen —, bildeten sich vor den Bankfilialen erstaunlich lange Schlangen. Woher kam plötzlich das viele Geld in dem ausgeplünderten Land? Offensichtlich hatte so mancher Somozist, der mit Auto und Bargeld in eine der asylgewährenden lateinamerikanischen Botschaften geflüchtet ist und noch auf die Ausreise wartet, Mittelsmänner gefunden, die sich gegen gute Beteiligung seiner plötzlichen Geldsorgen annahmen. Noch ist in Managua nicht Zeit gewesen, eine Verfassung für das neue Nicaragua auszuarbeiten. Die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus stützt sich auf Dekrete. Der gesamte Besitz des Somoza-Clans und seiner geflüchteten Anhänger ist nationalisiert worden und bildet einen guten Grundfonds für einen staatlichen Sektor in der Industrie und für die Bodenreform.

Der Außenhandel ist weitgehend dem staatlichen Institut für Export und Import übertragen worden. Das läßt hoffen, daß die vom Diktaturregime hinterlassene Auslandsverschuldung — allein im laufenden Finanzjahr sind 800 Mio Dollar abzu-

Mitglieder des Regierungsrates, eine begeisterte Menge, „müssen wir nun unseren Schweiß dem Wiederaufbau des Landes geben.“

Die Grenzstation Peñas Blancas an der Panamericana (große Autostraße, die Latein- und Nordamerika verbindet; d. Red.), früher Stützpunkt der Nationalgarde, wird von jungen Soldaten der Sandinistischen Volksarmee bewacht. Einige haben in dieser Gegend gekämpft und Flüchtlingen über die Grenze (nach Kostarika; d. Red.) geholfen. Nun hocken sie plaudernd und rauchend bei den Rückkehrern. Man tauscht Erinnerungen aus, und es herrscht die familiäre Atmosphäre eines Partisanenlagers nach dem Sieg.

### Tränen des Wiedersehens

Samuel Morazan, 24 Jahre alt, kurze Zeit Student in Managua, dann wegen Geldmangel Bürogehilfe bei einer Versicherung und schließlich Guerillero im Süden, hat nach 11 Monaten Trennung seine Mutter wiedergefunden. Mit ihrem sechsjährigen Enkel Edgar ist sie aus Panama zurückgekehrt. Die Tränen des Wiedersehens sind keine Freudentränen. Der Vater, Amaro, herzkrank, ist an den Strapazen der Flucht gestorben. Samuels Schwester, Petronila, ist in Panama geblieben. Sie hat dort eine Anstellung als Hausmädchen gefunden.

Endlich kommt der Bus, der die Leute in die 19 km entfernte Stadt bringt. Dort residiert das Sandinistische Verteidigungskomitee, ein Organ der lokalen Selbstverwaltung. Überall in Nicaragua sind solche Komitees entstanden. Sie befassen sich mit den dringendsten Problemen am Ort: auch mit dem Wiederaufbau zerstörter Wohnhäuser, mit der Wasserversorgung, mit der Beschaffung von Arbeitsplätzen, mit dem Schutz vor versprengten Banditen der somozistischen Nationalgarde.

In Peñas Blancas ist das Komitee zugleich Meldestelle für Rückkehrer, Sanitätsstützpunkt und Zentrum für Lebensmittelverteilung. Die Rückkehrer werden registriert und geimpft. Für die Kinder gibt es Kekse und Büchsenmilch.

Von Rivas aus müssen sich die Rückkehrer allein weiterhelfen. Samuel hat Glück. An der Texaco-Tankstelle trifft er auf den Fahrer eines Kleintransporters, der die Familie mitnimmt. Zwischen Mangos, Melonen und Pitayafrüchten sitzend, fahren die Morazans Managua entgegen. Linkerhand Zuckerrohrfelder, rechterhand Viehweiden, Savannengestrüpp und manchmal ein Schimmer des Nikaraguasees, dessen jenseitiges Ufer im Dunst der Ferne nicht zu erkennen ist.

„Der Natur eigener Traum wurde Wirklichkeit in Nicaragua“, liest Samuel aus einem alten Werbeprospekt vor, den er an der Tankstelle mitgenommen hat. „Hier finden romantische Naturen alles, was sie von den Tropen erwarten: Palmenstrände und Bergdschungel, Jaguare und Süßwasserhaie, Hahnenkämpfe, indianische Folklore und ein Volk mit freundlichen Willkommensgesichtern.“

Eine verlogene Idylle. Samuel läßt den Prospekt im Fahrtwind davonflattern. Denn er weiß es besser. Die Hälfte seines Volkes war arbeitslos, zwei von drei Nicaraguanern sind Analphabeten geblieben, auf den Haciendas herrschte mittelalterliche Ausbeutung, Zehntausende von Kleinstbauern arbeiten noch mit dem Holzpflug, und es gibt so gut wie keine Industrie. Nicaragua ist ein unterentwickeltes Agrarland geblieben, eines der rückständigsten in ganz Lateinamerika.

Davon steht nichts in dem Prospekt. Denn Texaco, von Somoza ausgestattet mit dem Benzinmonopol, hat von Nicaraguas Rückständigkeit kräftig mitprofitiert. Andere USA-Unternehmen kontrollieren 90 % der Erzförderung — Kupfer, Gold und Silber —, fast die gesamte Holzindustrie



Die Barrikaden werden abgebaut, das Straßenpflaster wieder eingesetzt

tragen — in Grenzen gehalten werden kann. Die wichtigsten Kliniken sind in Staatsbesitz übernommen worden. In verlassenen Luxusvillen sollen Schulen und Kindergärten eingerichtet werden. Zum erstenmal werden Richter für Zivilgerichte ernannt. Neue Zeitungen und Rundfunkstationen werden zugelassen mit einer einzigen Auflage: Sie dürfen keine Somozapropaganda treiben.

Vieles, was jetzt in Nicaragua gesprochen und getan wird, ist noch von Emotionen überlagert und manchmal auch mit Illusionen belastet, die sich in den Träumen während der Kampfpausen aufgebaut haben. In der Hymne der Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront aus der Zeit des Kampfes heißt es, daß eines Tages eine neue Sonne das Land beleuchten werde, eine Sonne, „die uns die Helden und Märtyrer mit reichen Strömen von Milch und Honig hinterlassen haben“.

Doch unter den Siegern des 19. Juli wächst die Erkenntnis, daß die neuen Realitäten neue schwere Aufgaben stellen und ebensogroße Anstrengungen erfordern wie der Kampf. „Nachdem wir unser Blut für die Revolution geopfert haben“, ermahnte Commandante Daniel Ortega, eines der fünf



und den größten Teil des Fisch- und Fleischexportes. Agrarkonzerne wie die Standard Fruit spezialisierten die nikaraguanische Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu einer Plantagenwirtschaft für den Export in die USA. Baumwolle, Zuckerrohr, Kaffee und Bananen verdrängte Mais, Yuca und schwarze Bohnen. So wurde Nicaragua eine der mittelamerikanischen „Bananenrepubliken“ und mußte trotz zweier Ernten im Jahr Lebensmittel einführen. Auch aus den USA.

Den Somozas war es recht. Als größte Grundbesitzer profitierten sie vom einen wie vom anderen. Sie waren größtenteils an US-amerikanischen Colleges oder Militärschulen erzogen und setzten ein dunkles Kapitel nikaraguanischer Geschichte willfährig fort.

## Die Plage aus dem Norden

Seit mehr als 100 Jahren haben Profitjäger aus den USA ihre Blicke auf Nicaragua gerichtet. Einer der ersten ist William Walker gewesen, ein verkrachter Mediziner, Abenteurer aus Nashville, der 1855 mit 65 Banditen an der Atlantikküste landete. Er nutzte Streitigkeiten zwischen dem liberalen Bürgertum von Leon und der konservativen Pflanzeraristokratie von Granada, plünderte, erpreßte, betrog, kollaborierte, und ernannte sich schließlich zum Präsidenten von eigenen Gnaden.

Walkers Banditenherrschaft ging allerdings zu Ende, als er versuchte, einen mächtigeren Landsmann zu schröpfen. Cornelius Vanderbilt, ein Rockefeller des vorigen Jahrhunderts, beförderte damals, als es noch keinen sicheren Landweg durch den Wilden Westen der USA gab, Goldsucher über Nicaragua nach Kalifornien. Der Glücksrittertransit war ein einträgliches Geschäft, an dem Walker gern teilgehabt hätte. Aber das litt Vanderbilt nicht. Er ließ den Desperado aus Nashville einfangen und nach Honduras verschleppen, wo Walker wegen verschiedener anderer Untaten hingerichtet wurde.

Doch Nicaragua wurde die Plage aus dem Norden nicht mehr los. In Washington war die Idee aufgetaucht, auf der Vanderbilt-Route einen Kanal zu bauen – den San-Juan-Fluß hinauf durch den Nikaraguasee und mit einem Durchstich von Rivas nach dem Pazifik. Zwar gab man zunächst dem Panamakanal den Vorzug, aber kaum war dieser 1911 fertiggestellt, befand man ihn schon für zu klein. Nicaraguas Isthmus blieb im Blickfeld, und 1912 nahm amerikanische Marineinfanterie Walkers Spuren auf. Erst Anfang der 30er Jahre, bedrängt von der Befreiungsbewegung des Generals Sandino, zogen die Ledernacken wieder ab.

Sie hatten vorgesorgt und eine einheimische Putschisten-truppe aufgebaut, die sog. Nationalgarde. An die Spitze hatten sie den ehemaligen Kaffeeplanzer und Falschmünzer Anastasio Somoza gesetzt, der 1934 Sandino ermordete und 1936 seine Familiendiktatur errichtete. Er war der Vater von Anastasio Somoza II., der nun der Befreiungsbewegung mit knapper Not nach Miami entkommen ist.

Erst am 19. Juli 1979, als die Frente Sandinista in Managua die Macht übernahm, hat Nicaraguas Geschichte aufgehört, ein Räuberroman zu sein.

„Es war ein politisches Erdbeben“, sagte der Kämpfer Samuel. „Das Terremoto 79 hat die alten Strukturen so gründlich zerschlagen, daß sie nicht wieder zusammengefügt werden können. Wir werden nie wieder abhängig sein. Wir werden Nicaragua von Grund auf neu errichten. Und wenn es eines Tages einen Nikaraguakanal geben sollte, dann wird er dem Volk gehören.“

Spätnachmittags erreichen die drei Morazans Managua. In der östlichen Vorstadt, in ihrem ärmlichen Barrio, das wie

zum Hohn den Namen Eden trägt, suchen sie ihre Hütte vergeblich. Nichts ist davon übriggeblieben nach den Straßenkämpfen Anfang Juli (1979; d. Red.). Deshalb bringt Samuel seine Mutter und seinen Neffen Edgar in die Obhut des Komitees der Sandinistischen Verteidigung. Dort erhalten sie fürs erste Asyl; in der Villa eines geflohenen somozistischen Advokaten. Sie soll später, wenn für die Obdachlosen neue Hütten gebaut sind, in einen Kindergarten umgewandelt werden.

Samuel verabschiedet sich. Er muß zurück nach Peñas Blancas auf seinen Posten. Langen Schrittes begibt er sich hinüber zur Carretera Norte. Bald findet er einen Lastwagenfahrer, der ihn mitnimmt. Sie passieren das alte Stadtzentrum. Es ist nach dem schrecklichen Erdbeben im Dezember 1972 eingeebnet worden. Nur der Nationalpalast und zwei Bankhochhäuser, in denen jetzt die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus arbeitet, das Theater Ruben Darió und ein paar Halbruinen sind stehengeblieben. Kilometerweit schadhafte Asphaltbänder und grüne Steppe. Nichts wurde wiederaufgebaut. Der Somoza-Clan hat mehr als 1 Mrd Dollar Auslandsspenden auf seine Privatkonten gerafft.

Jetzt sollen auf diesem Gelände Spiel- und Sportplätze angelegt werden, hat Samuel in der Zeitung La Barricada gelesen. Ein Provisorium, aber ein Anfang. Es mußte erst das Terremoto 79 geschehen, damit Managua von den Wunden des Terremoto 72 geheilt werden kann, denkt er, als die letzten Lichter der Stadt hinter ihm zurückbleiben.

(Quelle: Neue Berliner Illustrierte, Berlin, Nr. 38 und 43/1979)

### Hinweis an unsere Leser:

Anfang Januar 1980 erscheint:

AIB-Sonderheft 1/80

# „F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU“

Das Sonderheft bringt Beiträge zu folgenden Themen:

- Reinhard Kühnl: Konzeption und Funktion des F. J. Strauß
- Rainer Falk: Weltpolitik und Entwicklungspolitik von CDU/CSU
- Jürgen Ostrowsky: Kontinuität imperialer Afrikapolitik
- José Soto: Das Verhältnis der CDU/CSU zum chilenischen Faschismus
- Jürgen Reusch: Ausreizen der „chinesischen Karte“
- Jutta von Freyberg: Vietnam-Flüchtlingskampagne und CDU/CSU
- FIDEF: Zusammenarbeit mit türkischen Faschisten
- Außerdem: Dokumentarisches zur Weltpolitik des F. J. Strauß und zur Politik der CDU/CSU in Afrika, Asien und Lateinamerika

Das Sonderheft umfaßt ca. 40 Seiten und kostet 2,— DM. Bei Interesse benutzen Sie bitte die Bestellkarte in der Mitte des Hefts!



Jürgen Ostrowsky

## Multis in Südafrika

Mit dem Ziel, die Rolle der internationalen Konzerne in Südafrika zu erörtern und einen Beitrag für die Stärkung der Boykottbewegung gegen das Rassistenregime in Südafrika zu leisten, fand vom 2.-3. November 1979 in London ein internationales Seminar statt, organisiert von der britischen Anti-Apartheid-Bewegung in Zusammenarbeit mit dem UN-Sonderausschuß gegen Apartheid. Etwa 100 Teilnehmer folgten unter dem Vorsitz des algerischen Botschafters in Frankreich, Mohamed Sahnoun, den Eröffnungserklärungen, Beiträgen und Wortmeldungen, darunter die Vertreter der Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalkongreß Südafrikas (ANC), Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und Patriotische Front Zimbabwes, B. Akporode Clark, der Vorsitzende des UN-Sonderausschusses, Repräsentanten der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der Frontstaaten des Südlichen Afrika, internationaler Organisationen wie des Weltfriedensrates, nationaler Komitees sowie eine Anzahl von renommierten Experten.

### Orientierung auf eine Boykottkampagne gegen Südafrika

Zu Themenbereichen wie „Rolle der internationalen Konzerne in der Apartheid-Wirtschaft“, „Finanzierung der Apartheid“, „Südafrikas militärische und nukleare Aufrüstung“, „Die internationale Kampagne gegen die Zusammenarbeit der internationalen Konzerne mit Südafrika“ wurden umfangreiche Analysen, Dokumentationen und Vorschläge unterbreitet. Umfassende Darstellungen wie „Neue Entwicklungen in der Politik der internationalen Konzerne“ von Christabel Gurney standen neben speziellen Fallstudien, etwa zur Rolle des Shell-Konzerns in Südafrika. Die Auswirkungen auf das Apartheidsystem und seine Festigung wurden ebenso untersucht wie die sozialen Folgen der Politik der internationalen Konzerne für die afrikanischen Arbeiter, deren Position durch John Gaetsewe, den Generalsekretär des südafrikanischen Gewerkschaftsverbandes SACTU, vertreten wurde.

Aus den zahlreichen Beiträgen ergab sich eine Fülle von Informationen, wichtigen Analysen und interessanten Details, die einen Ansatzpunkt für weitere Arbeiten liefern. In der Abschlusserklärung des Seminars wurde die Rolle der internationalen Konzerne eindeutig verurteilt. Entschieden wurde auch die These zurückgewiesen, die in Südafrika operierenden Firmen leisteten einen Beitrag zur Überwindung des Systems der rassistischen Ausbeutung und Unterdrückung in Südafrika – eine Legende, derer sich vor allem auch die Bundesrepublik bedient, um das Engagement westdeutscher Firmen in Südafrika zu legitimieren.

Einen besonderen Akzent erhielt das Thema der Konferenz durch die kurz zuvor durch die Weltpresse gegangene Nachricht von einem wahrscheinlichen südafrikanischen Atombombenversuch. „Das Seminar“, so heißt es in der Abschlusserklärung, „anerkannte die Notwendigkeit – insbesondere angesichts der aggressiven Haltung des südafrikanischen Regimes und der nuklearen Bedrohung – einer dringenden Kampagne für umfassende Sanktionen gegen Südafrika. Weder begrenzter Druck noch verzögerte Maßnahmen,

die es dem rassistischen Regime ermöglichen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, sind angebracht. Es müssen bindende Sanktionen gemäß Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen vom Sicherheitsrat beschlossen werden, und sie müssen weltweit angewandt und effektiv kontrolliert werden.“

In diesem Zusammenhang begrüßten die Seminarteilnehmer die Initiative des UN-Sonderausschusses – unterstützt von der OAU und der Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Havanna (die durch den kubanischen Botschafter vertreten wurden) – 1980 eine internationale UNO/OAU-Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika durchzuführen. Für koordinierte internationale wie für nationale Kampagnen gab das Seminar wichtige Ansatzpunkte, Ideen und Impulse. So ging die Abschlusserklärung noch einmal auf die verschiedenen Bereiche ein, in denen Sanktionen gegen Südafrika ergriffen werden müssen und Kampagnen durchgeführt werden können: den Bereich der militärischen und nuklearen Unterstützung, die trotz des UN-Sicherheitsratsbeschlusses von 1977 keineswegs beendet wurde; die Ölversorgung Südafrikas; die Finanzierung der Apartheid durch Kredite und Anleihegeschäfte.

Im nationalen wie im internationalen Rahmen können Ziele von Boykottkampagnen eine Anzahl besonders intensiv in verschiedenen Bereichen in Südafrika engagierten Unternehmen darstellen. Die Erklärung listete neben anderen auch BRD-Konzerne auf: Steag, Linde, Siemens, Metallgesellschaft, Volkswagen, Hoechst, Bayer, Klöckner und die Deutsche Bank. Den Seminarteilnehmern ging überdies die Bitte der OAU zu, Informationen über die Tätigkeit internationaler Firmen in Südafrika dem OAU-Generalsekretariat sowie dem OAU-Sanktionsausschuß zukommen zu lassen.

Im Rahmen der Organisierung einer internationalen Kampagne für einen Boykott Südafrikas stellt das Londoner Seminar einen wichtigen Schritt dar. Zur Bedeutung eines solchen von der internationalen Solidaritätsbewegung zu erzwingenden Boykotts nahm im abschließenden Beitrag der Sprecher des ANC, Yeyeda „Cap“ Zungu, Stellung: „Die Erfolge, welche die internationale Solidaritätsbewegung erzielt hat und erzielen wird, können die schließliche Zerstörung des Apartheidsystems nur näher bringen. Diese wird allein durch den revolutionären Kampf unseres eigenen Volkes vollendet werden. Deshalb rufen wir zur größtmöglichen Unterstützung für und Solidarität mit dem Afrikanischen Nationalkongreß auf, der Speerspitze der nationalen Befreiungsbewegung in unserem Lande.“

### IRAN-SOLIDARITÄT

Die US-Interventionsdrohungen gegen die iranische Revolution sind eine Herausforderung für alle demokratischen Kräfte, eine Herausforderung zur Solidarität. Die AIB-Redaktion unterstützt den Appell des Sprechers des bundesdeutschen Iran-Solidaritätskomitees und AIB-Autors, Michael Opperskalski, zur politischen und materiellen Solidarität mit den antiimperialistischen Kräften und der demokratischen Massenbewegung im Iran.

Wenden Sie sich bitte an:

Iran-Solidaritätskomitee, c/o, M. Opperskalski, Niehlerstraße 101, 5000 Köln 60; Tel.: 0221-769935

Spendenkonto: M.Danesch, Iran-Solidaritätskomitee, Konto Nr. 9506-627/01, Dresdner Bank, Köln



Auf der Londoner Konferenz zu Zimbabwe (siehe auch AIB-Aktuell in AIB, Nr. 11-12/1979) scheint über die grundsätzlichen Positionen zwischen den Verhandlungsteilnehmern Großbritannien, der Patriotischen Front und dem Smith/Muzorewa-Regime nach dem Abschluß der Diskussion über den Waffenstillstand Anfang Dezember 1979 Einigung erzielt worden zu sein. Die Durchsetzung der daraus resultierenden Ergebnisse steht jedoch noch aus.

Entgegen der Absicht Großbritanniens erfuhr der Konflikt in Zimbabwe im Oktober/November 1979 allerdings erneut eine Tendenz zur Internationalisierung. Das Vordringen größerer Guerillaverbände, insbesondere der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU), seit September 1979 veranlaßte das rhodesische Regime mit aktiver Unterstützung Südafrikas seine Angriffe auf Sambia und Mocambique zu intensivieren. Die Zerstörung der empfindsamen Transportverbindungen Sambias mit der Küste und die nachfolgende Blockierung der erst kürzlich von Sambia wiedereröffneten Eisenbahnlinie nach Südafrika brachte dieses Land an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und führte zu einer Generalmobilmachung. Laut sambianischen Berichten befinden sich nach wie vor rhodesische und südafrikanische Truppen auf dem Territorium dieses Frontstaates.

In einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats Ende November 1979 wurden diese Aggressionsakte einhellig verurteilt und Großbritannien aufgefordert, weitere Angriffe sofort und wirksam zu unterbinden. Die britische Regierung hat dieser Aufforderung bislang nicht Folge geleistet. Währenddessen trifft die südafrikanische Regierung Botha – wie aus der regierungsnahen südafrikanischen Zeitschrift *To the Point* hervorgeht – erste Vorbereitungen, um ihre Drohung einer großangelegten militärischen Intervention in Zimbabwe und den angrenzenden Frontstaaten wahrzumachen. Dieser vorläufig letzte Versuch der Rassisten und ihrer schwarzen Kollaborateure, jedwede Lösung des Rhodesienkonflikts, die ihre Interessen verletzt, zu verhindern, war von einer Lockerung der 1965 von Großbritannien verhängten Wirtschaftssanktionen begleitet. Nachdem sich die USA bislang nicht zu dieser Maßnahme entschließen konnten und offensichtlich momentan noch eine vorsichtigeren Haltung im Rhodesienkonflikt einnehmen, laufen auch dort Vorbereitungen zur Aufhebung der Sanktionen.

Der Druck auf die Patriotische Front, noch vor Weihnachten der von London antizipierten Verhandlungslösung zuzustimmen, hatte damit stark zugenommen. Dies wird auch aus den zahlreichen die Konferenz begleitenden Gesprächen mit den Frontstaaten, führenden Vertretern des Commonwealth oder an der Reise des sambischen Präsidenten K. Kaunda zu Anfang November 1979 nach London ersichtlich.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge einer Erklärung des Direktors für politische Angelegenheiten der ZAPU und Mitglied der PF-Verhandlungsdelegation auf der Londoner Konferenz, Inos Malandu, die dieser auf einer Pressekonferenz des Antimperialistischen Solidaritätskomitees am 20. November 1979 vortrug. Sie gibt über die Grundhaltung der Patriotischen Front zu den Verhandlungen und ihren einzelnen Aspekten Aufschluß.



Inos Malandu (l.) und J. Nyamu (SWAPO)

Inos Malandu

## Grundsatzposition der Patriotischen Front zur Londoner Konferenz

(. . .) Unser Kampf ist in Wahrheit ein sehr langer Kampf, obwohl es vielen Leuten so erscheint als ob das Volk von Zimbabwe erst in den letzten paar Jahren einen Kampf auf Leben und Tod begonnen habe. Tatsächlich haben wir eine Kolonialgeschichte, die mehr als 80 Jahre zurückreicht und aus diesem Grund meinen wir, daß es korrekt ist, daß wir der Tatsache Rechnung tragen, daß unser Kampf im Verlauf der Jahre unterschiedliche Formen angenommen hat. Das Ziel war immer den Kolonialismus zu verjagen und in Zimbabwe neue Verhältnisse zu schaffen, besser gesagt eine neue sozialökonomische Ordnung.

### Paket von 3 Streitfragen

Wir haben dabei verschiedene Wege des Kampfes eingeschlagen. Erst in den letzten Jahren haben wir festgestellt, daß, um den von uns bekämpften Feind zu besiegen, die Intensivierung des revolutionären bewaffneten Kampfes geeignet ist, und aus diesem Grund haben wir uns in den letzten 6 oder 7 Jahren auf einen sehr intensiv geführten revolutionären bewaffneten Kampf eingelassen. In der Zwischenzeit hat natürlich das Problem von Zimbabwe von internationaler Seite eine starke Unterstützung gefunden. (. . .)

Ich muß sagen, daß wir von der Patriotischen Front (PF) den bewaffneten Kampf immer und nach wie vor als den Schlüssel für die Befrei-

ung Zimbabwes angesehen haben. Wir haben jedoch die Tatsache begrüßt, daß die Commonwealth-Konferenz (vom August 1979 in Lusaka; d. Red.) die Initiative zur Einberufung einer Konferenz ergriffen hat, die im Augenblick in London stattfindet, obwohl wir natürlich bezweifelt haben, ob die Konferenz Großbritannien das Mandat übertragen hatte, zu versuchen der PF gegen den Willen des Volkes von Zimbabwe seine Positionen aufzuzwingen. Wir waren von dieser britischen Herangehensweise natürlich nicht überrascht, weil Großbritannien bereits vor der Commonwealth-Konferenz offen zugunsten des rhodesischen Regimes aufgetreten ist.

Nichtsdestoweniger begrüßten wir die Gelegenheit des Gesprächs, weil wir diese Gesprächsrunde in London als eine Fortsetzung unseres Kampfes angesehen haben. Es gibt diesbezüglich überhaupt keine Trennung. Wir haben diesen Kampf nicht als eine einfache Übung angesehen, als eine Abkürzung auf dem Weg zur Macht. Wir haben die Sache nicht so betrachtet. Wir haben darin ein Mittel gesehen unseren Feind bloßzustellen und – falls möglich – ein Mittel zu verhandeln, um eine echte Dekolonisierung zu erreichen. (. . .)

Als wir am 10. September 1979 in London ankamen, machten wir, als die Briten am 2. Tag ihre Verfassungsvorschläge vorlegten, sofort deutlich, daß wir nicht hauptsächlich nach London gekommen waren, um ein Abkommen über die Verfassung zu diskutieren. Wir haben in London, um eine Reihe von Streitfragen anzugehen, die zu einem dauerhaften Frieden und schließlich zu einer echten Unab-



hängigkeit Zimbabwes führen könnten. Wir machten augenblicklich unsere Absichten bekannt und sagten, daß es uns, anstatt die rhodesische Verfassung zu beleuchten, geeignet erscheinen würde, eine Tagesordnung für die Diskussion aufzustellen.

Wir hoben einige Streitfragen hervor, auf deren Basis ein Übereinkommen erzielt werden könnte. Wir wiesen 3 Punkte aus: der erste war die Unabhängigkeitsverfassung, der zweite war die Übergangsverwaltung und der dritte war das Waffenstillstandsabkommen.

Was uns betraf, so war es gleich, welcher der Punkte auf der Tagesordnung zuerst diskutiert werden würde. Dagegen war es wichtig, daß nach der Diskussion jedes einzelnen Punktes kein Abkommen getroffen werden konnte. Es konnte sich nur um eine Übereinstimmung in den jeweiligen spezifischen Punkt handeln. Ein Abkommen könnte nur als Ergebnis eines Pakets, also als ein Übereinkommen über ein Paket, das die 3 erwähnten Streitfragen beinhaltet, erzielt werden. (. . .)

## Die Unabhängigkeitsverfassung

Es gab einige Punkte innerhalb der vorgeschlagenen Unabhängigkeitsverfassung, so etwa die Grundrechte, die Frage des Eigentums und Punkte wie ein exekutives oder ein konstitutionelles Staatsoberhaupt, mit denen wir uns auseinandergesetzt hatten. Es gab auch andere Punkte bei denen wir meinten, daß sie innerhalb der Übereinkunft zur Unabhängigkeitsverfassung nicht endgültig diskutiert werden könnten: die Armee, die Polizei, die Justiz und der öffentliche Dienst. Wir äußerten, daß diese Punkte nur bei der Behandlung der Übergangsregelungen bestimmt werden könnten.

In diesem sehr frühen Stadium sagten wir, weil Großbritannien scheinbar die Rolle eines voreingenommenen Verhandlungsführers spielte, konnte es nicht mit der Funktion einer „Dritten Kraft“ im Dekolonisierungsprozeß betraut werden. Wir machten unmittelbar deutlich, daß wir eine Anwesenheit der UNO in Zimbabwe wollten, die hauptsächlich auf 3 Gebieten eingesetzt werden sollte: Im Bereich der Armee, um den Waffenstillstand zu überwachen, im Bereich der Polizei um sicherzustellen, daß während der Wahlen Recht und Ordnung aufrechterhalten bleiben, und auch für den Wahlvorgang selbst wollten wir eine UNO-Präsenz. Wie Sie wissen wurde dies in Beobachter des Commonwealth oder eine Commonwealth-Truppe modifiziert.

### a) zur Rolle der Europäer:

Es stellt sich so dar, daß die 20 Weißen (die in einem unabhängigen Zimbabwe im Parlament vertreten sein sollen; d. Red.) keine Gesetzgebung blockieren können, noch können sie Gesetzgebung zusammen mit irgendwelchen anderen Parteien blockieren. Sie sind nur da um ihre Interessen zu repräsentieren, nicht mehr. Wenn es zur Verabschiedung von Gesetzen kommt, so dürfen sie nicht blockieren oder mit der Minderheitspartei eine Regierung bilden. Sie können jedoch – es ist ihnen verfassungsmäßig erlaubt – zusammen mit der Mehrheitspartei abstimmen. Sie können die Mehrheitspartei im Parlament unterstützen, aber nicht die Minderheitspartei. (. . .)

### b) zur Landfrage:

Nach unserer ideologischen Überzeugung waren wir der Ansicht, daß die neue Regierung von Zimbabwe das Land kontrollieren müßte. Wir benutzten nicht das Wort Nationalisierung, aber wir sagten, daß wir das Land für die Nutzung durch das Volk streng kontrollieren wollten.

Viele aus unserem Volk waren von diesem Land vertrieben worden. Wir meinten, daß falls es eine neue vom Volk gewählte Regierung geben sollte und falls diese Regierung von der PF gestellt werden würde, würde diese Regierung nicht lange Bestand haben, wenn sie nicht die Landfrage lösen könnte. Wir mußten sie sofort lösen, um in der Lage zu sein, das Land entsprechend der Politik, für die wir gekämpft haben, entwickeln zu können. Nach mehreren Diskussionen wurde darin Übereinstimmung erzielt, daß ein internationaler Fonds eingerichtet werden muß, der bei der Übergabe jener Leute, die das Land verlassen wollen, hilft. Wir würden dem nicht zustimmen, falls dieser Fonds von uns kontrolliert und finanziert werden müßte, wie im Kissinger-Plan (von 1976, vgl. AIB, Nr. 10/1976; d. Red.) vorgesehen. Wir meinten, daß dieser international verfügbar gemacht und von außerhalb bezahlt werden muß. (. . .)

## Die Übergangsregelung

Was die Übergangsregelung betrifft, so haben wir darin den Hauptaspekt für unseren Befreiungskampf gesehen. Sie steht gleich an zweiter Stelle hinter dem Waffenstillstandsabkommen, das wir für noch wichtiger erachten als die Übergangsregelung. (. . .)

Wir sagten, es wäre, selbst wenn wir die Wahlen gewannen, sehr



Londoner Verhandlungsführer Lord Carrington und Bischof Muzorewa

schwierig eine Regierung zu bilden, solange die Armee eine bereits bestochene Armee wäre, solange der öffentliche Dienst gegen uns wäre, solange alle Institutionen in diesem Land gegen die nationale Befreiungsbewegung eingestellt sind. Wir verdeutlichten, daß substantielle Veränderungen stattfinden müßten, insbesondere in den Sicherheitskräften. Auch bezüglich der Zeit verdeutlichten wir, daß 2 Monate für die Durchführung der Wahlen nicht ausreichend sein würden. Wir wollten eine Zeitbeschränkung von einem Minimum von ca. 6 Monaten . . . Momentan hat man diese Position auf ca. 3-4 Monate abgewandelt, die jedoch die Zeit für den Waffenstillstand nicht einschließen.

Es gab auch andere Details innerhalb der Übergangsregelung, die wir angingen. Zur Frage der Wahlen meinten wir, falls die UNO einbezogen werden sollte, müßten wir nichtsdestoweniger an der zu schaffenden Wahlkommission beteiligt werden. Wir müßten in einem Regierungsrat, der die Übergangsadministration betreibt, beteiligt werden. Es stört uns nicht, wenn die Briten 2 Personen zur Verfügung stellen und wir 4 und Muzorewa dann weitere 2. Wir haben auf eine 50:50-Repräsentation hingearbeitet. Wir haben die gleichen Vorschläge für den Regierungsrat gemacht. Wir haben dieselben Vorschläge für den Verteidigungsrat gemacht.

## Der Waffenstillstand

Wie bei jedem anderen Waffenstillstandsabkommen müssen wir auf die zentralen Grundsätze, die davon betroffen sind, schauen. Beide Seiten, die an den Kämpfen beteiligt waren, müssen zusammenkommen und eine Vereinbarung treffen. . . Eine Vereinbarung muß von beiden Seiten gleichzeitig getroffen werden. Es muß auch ein weiteres Abkommen geben, das die dritte Kraft, die Commonwealth-Kraft, bindet, die als Beobachter in das Land kommen wird. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, gibt es keinen Waffenstillstand. Großbritannien kann nicht so tun, als ob es die Gründe des Krieges und wie dieser Krieg über Jahre geführt wurde, nicht kennen würde, und dann ein Papier verfassen, um zu sagen, wir müßten dem zustimmen.

Eines der wesentlichsten in dem britischen Dokument fehlenden Elemente ist beispielsweise die Position Südafrikas, das die Invasion Zimbabwes beabsichtigt, sollte die Patriotische Front siegreich hervorgehen. Während wir über den Waffenstillstand sprachen, haben wir gesagt, daß wir unter allen Umständen sicherstellen müssen, daß Südafrika direkt in die Beobachtung des Waffenstillstands miteinbezogen wird, sei es durch direkte Bezugnahme oder durch irgendwelche andere Mittel, weil Südafrika eine Invasion unseres Landes intendiert. (. . .)

Wir haben hier einige Grundsätze ausgesprochen. Unter diesen sind: unsere Streitkräfte müssen gleichrangig mit den Streitkräften des Regimes behandelt werden. Einige unerwünschte Elemente innerhalb des rhodesischen Regimes müssen entfernt werden. Wir würden den Oberbefehl über unsere Armeen nicht abgeben. (. . .) Das Waffenstillstandsabkommen muß unseres Erachtens für einen Zeitraum von 2 Monaten andauern.



Heiner Blasenbrenn

## No Pintcha – Reiseeindrücke (2. Teil)

Für die Entwicklung der Industrie Guinea-Bissaus gilt der gleiche politische Grundsatz wie für alle übrigen gesellschaftlichen Bereiche, der während des antikolonialistischen Krieges ausgearbeitet wurde. „Damals lautete die Losung: Mit der Befreiung im Dorf beginnen! Jetzt heißt die Losung: Mit der Entwicklung im Dorf beginnen! Der Kurs von Partei und Regierung ist also: Dezentralisation und harmonische Entwicklung. Keine große Kluft zwischen Stadt und Land zulassen, um eine Landflucht der Bevölkerung zu vermeiden – das ist die Aufgabe. Damit möchte die Führung der Republik die Bauern – die in der Kolonialperiode am meisten ausgebeutete Schicht und die Hauptkraft im Befreiungskampf – entschädigen.“<sup>4</sup>

Zwar sind die Bemühungen zur praktischen Umsetzung dieses Grundsatzes unverkennbar, doch ist die Kluft zwischen den Städten – ganz besonders der Hauptstadt – und den abgelegenen Dörfern nach wie vor ungeheuer groß. Während das Warenangebot in Bissau sehr vielfältig war, gab es im Armazens do Povo (Volksladen) während eines mehrtägigen Aufenthalts in Buba – ca. 100 km südöstlich von Bissau – nichts außer Baumwollstoff und Reis. Trotz relativ günstiger Witterungsverhältnisse waren wir zur Überwindung dieser 100 km zunächst im zwei Landrover fassenden Landungsboot den Rio Geba hinauf und dann im Landrover, der bei der Landung bis über die Türen im Schlick versank, ca. 6 Stunden unterwegs.

Die einzige mehr oder weniger regelmäßige Verkehrsverbindung wird hier durch ein holländisches Entwicklungshilfe-Projekt aufrechterhalten. Bei der Rückfahrt werden wir am Geba von dreimal so vielen Leuten erwartet wie das Boot zu fassen vermag, die alle mit nach Bissau wollen, um ihre Waren auf den Markt zu schaffen. Als das Boot bedenkliche Schlagseite bekommt und zu kentern droht, müssen nach halbstündiger hitziger, aber friedlicher Diskussion mehrere Reisende samt ihren quiekenden Schweinen, Hühnern und einigen Säcken Reis und Mais wieder von Bord.

### Desolate Gesundheitsversorgung

Die Engpässe beim Transport sind zweifellos die Hauptursache für die Versorgungsschwierigkeiten, jedoch ist das vielfach unkontrollierte Wirken der vielen Privathändler ein weiterer Grund. Trotz des staatlichen Monopols auf den Import von Massenbedarfsgütern und dem Vorrang des weitverbreiteten Systems der Volksläden werden die Privaten von der Regierung unterstützt, um ein Gleichgewicht zwischen staatlichem und privatem Handel aufrechtzuerhalten. Die Privathändler verfügen oft über gute Kontakte zum Senegal und sichern ihren Warennachschub über die grüne Grenze; oder sie haben einen Günstling im Hafen und anderen staatlichen Einrichtungen, worüber offen gesprochen wird. Die Folge ist ein besseres Warenangebot, spekulative Preise – trotz der staatlichen Preiskontrolle – und die Konzentration vieler Waren in den Städten, wo die Vermarktungsbedingun-

gen profitabler sind. Die offene Sabotage durch den privaten Handel unmittelbar nach der endgültigen Befreiung ist jedoch überwunden.<sup>5</sup>

Die elementarsten Probleme im Bereich der Gesundheitsfürsorge und Hygiene erfahren wir bereits in den ersten Tagen am eigenen Leib. Die ständig schweißnassen Kleider sind nur mit Mühe wieder einigermaßen trocken zu bekommen, Kleidungsstücke aus Leder verschimmeln, trotz aller Prophylaxe werden wir der Insektenplage nicht Herr. Verfügt die einheimische Bevölkerung auch über mehr Erfahrung, Geschicklichkeit und Geduld in der Bewältigung der Unbill der Tropen, so ist es schlicht leichtsinnig, anzunehmen, die Eingeborenen seien von Natur aus resistenter als wir Europäer. Selbst wer die Malaria und die vielen anderen Infektionskrankheiten im Säuglingsalter überwunden hat, ist keineswegs zeitlebens gefeit. Die meisten Infektionskrankheiten werden über das Trinkwasser übertragen. Im ganzen Land gibt es keine Trinkwasserversorgung, die kontinuierlich hygienisch einwandfrei wäre. Selbst in der Hauptstadt gibt es weder eine mechanische, geschweige denn eine chemische Trinkwasseraufbereitung. Besonders während der Regenzeit dringen mit dem versickernden Regenwasser Fäkalien ins Grundwasser oder in undichte Rohrleitungssysteme ein. Eines der Hauptaufgabengebiete des Staatsministeriums „Recursos naturais“ (natürliche Hilfsquellen) ist deshalb die Schaffung von Trinkwasserversorgungssystemen im ganzen Land.

### Beachtliche Bildungsanstrengungen

Neben dem Ausbau und der Renovierung vorhandener Versorgungssysteme in den Städten liegt der Schwerpunkt auf der Versorgung der Dörfer. In Buba arbeitet ein vorbildliches Projekt der holländischen Entwicklungshilfe an diesem Problem. Eine studentische Solidaritätsgruppe an holländischen Universitäten war der Keim dieser Einrichtung. Nach langen Kämpfen gelang es, die Finanzierung durch die holländische Regierung zu erreichen. Mit einfachsten Mitteln werden in der ganzen Region Brunnen gebaut und manuelle Pumpen installiert: Drei Tage in der Woche praktische Arbeit in den Dörfern, zwei Tage theoretische und praktische Ausbildung für die Helfer aus den Dörfern, die später die Unterhaltung und den weiteren Ausbau der Brunnen gewährleisten sollen.

Heute werden die eingeborenen Helfer noch aus Projektgeldern bezahlt. Angestrebt wird, daß die Dörfer Wassergenossenschaften bilden, die dann die Brunnenbautruppe finanzieren werden. Zum Unterrichtsprogramm gehören Geologie, Hydraulik, Rechnen, Mechanik, Hygiene und praktischer Unterricht im Grundbau, Betonbau und der Metallverarbeitung. Unter der Herrschaft der Portugiesen gab es nur in der Hauptstadt ein einziges Krankenhaus und in der ganzen Stadt nur zwei Zivilärzte, die nach Abzug der Kolonialtruppen überhaupt die einzigen waren, während es in den



befreiten Gebieten mehr Ärzte gab als bei den Portugiesen. Heute gibt es in den größeren Bairros (Stadtvierteln) und Dörfern Stützpunkte, die von medizinischen Fachkräften betreut werden, die entweder in sozialistischen Ländern oder mit Hilfe von Fachkräften aus Kuba, der Sowjetunion und Jugoslawien ausgebildet wurden. Lehrgänge zur Ausbildung von mittlerem medizinischem Personal werden organisiert und das Ziel ist, in jedem Bezirk Krankenhäuser zu errichten.

Der Mangel an finanziellen Mitteln und an ausgebildeten Kadern ist für die rasche Entwicklung der Gesundheitsfürsorge wie für das Bildungswesen die größte Schwierigkeit. So konnte z.B. die Regierung 3 Monate lang ihren Angestellten keine Gehälter bezahlen und in vielen Dörfern ist weder die materielle Grundlage noch das Bewußtsein vorhanden, um einen Lehrer über die Dorfgemeinschaft zu finanzieren. Unabhängig von der Bildungsarbeit der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverden (PAIGC) schon in den befreiten Gebieten und sporadischen Einsätzen von jugendlichen Grundschulabsolventen gibt es noch keine systematische, die ganze Gesellschaft erfassende Alphabetisierungskampagne, wie das z.B. aus Kuba bekannt ist. Außerdem wird noch diskutiert, in welcher Sprache, portugiesisch oder kreolisch – selbst französisch stand schon zur Diskussion – und mit welchen Methoden eine solche groß angelegte Kampagne durchzuführen sei.

Ungeachtet der beschriebenen Probleme sind die Leistungen in diesem Sektor, gemessen an dem, was die Portugiesen hinterlassen hatten, beachtlich. Amilcar Cabral sagte dazu: „Hier müssen wir unseren Stand zu Beginn des Kampfes vergegenwärtigen: 99 % Analphabeten und im ganzen Land nur etwa ein Dutzend an portugiesischen Universitäten ausgebildete Kader. Wir haben also große Schwierigkeiten. Eines der Probleme im Kampf ist für uns – und für die Völker in der gleichen Situation – das Problem der Kader. Aber wir müssen sie schmieden, deshalb darf man in jeder Phase des Kampfes nicht mehr von ihnen verlangen als sie leisten können. Morgen werden sie mehr leisten als heute. Das ist unser Prinzip.“<sup>6</sup> Daß diese Voraussage heute Wirklichkeit geworden ist, spürt man in der Stadt wie im entlegensten Dorf.

Durch die Parteschule der PAIGC in Conakry während des Befreiungskampfes, die Errichtung von Schulen in den befreiten Gebieten, die Bildungsarbeit in den Volksbefreiungs-Streitkräften und durch Stipendien an Hochschulen sozialistischer Länder wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß heute die von der PAIGC programmatisch verkündete „Entwicklung von höherer und technischer Bildung, Ermöglichung akademischer Bildung und Schaffung wissenschaftlicher und technischer Institute“ in die Tat umgesetzt wer-



den kann. Nahezu 100.000 Kinder erhalten heute eine Grund- und Oberschulbildung, in drei Bezirken gibt es Oberschulen, die Stipendien an ausländischen Fach- und Hochschulen nehmen zu und die Lehrer, die in den befreiten Gebieten tätig waren, erhalten eine Fortbildung. Im Bildungswesen wurde eine enge Zusammenarbeit mit Kuba entwickelt.

Selbstverständlich wurden die kümmerlichen Relikte des portugiesischen Bildungssystems auch inhaltlich grundlegend reformiert, was hin und wieder durch die Reiselektüre der mehreren Dutzend Anhalter dokumentiert wird, die an jeder Kreuzung und in jedem Dorf auf Mitfahrgelegenheiten warten. Die häufigsten Autoren im einzigen Buchladen der Hauptstadt sind Marx, Engels, Lenin, Makarenko, Dimitroff, Allende, Castro, Cabral, Sekou Touré, Bloch und Sartre. Neben No Pintcha sind die sowjetische Zeitschrift Neue Welt, die kubanisch Granma und Avante, die Zeitung der portugiesischen KP, regelmäßig zu erhalten. Die internationalen Beziehungen Guinea-Bissaus haben nach der Befreiung des Landes eine neue Dimension erhalten. Während des Krieges gehörten zu den befreundeten Nationen des guineischen Volkes – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur sozialistische Länder, während die meisten NATO-Länder den Krieg der Portugiesen ökonomisch, politisch und militärisch unterstützten.

### Bissau – nicht mehr das „Saigon von Afrika“

Amilcar Cabral erklärte dazu im Oktober 1965 auf der zweiten Konferenz der Nationalen Organisationen der Portugiesischen Kolonien (CONCP) in Daressalam: „Wir haben in den sozialistischen Ländern sichere Verbündete. Wie alle wissen, daß die afrikanischen Völker unsere Brüder sind. Unser Kampf ist auch ihr Kampf. Jeder Blutstropfen, der auf unseren Boden fällt, kommt gleichermaßen aus dem Körper und dem Herzen unserer afrikanischen Brüder. Aber wir wissen auch, daß seit der sozialistischen Revolution und mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges die Welt endgültig ihr Angesicht verändert hat. Es entstand das sozialistische Lager. Das hat die Kräfteverhältnisse von Grund auf verändert, und das sozialistische Lager hat gezeigt, daß es sich seiner internationalen Pflichten bewußt ist, historischer, nicht moralischer Pflichten. Denn die Völker der sozialistischen Länder haben niemals Völker in den Kolonien ausgebeutet. Sie sind sich ihrer Verpflichtungen bewußt und deshalb ist es mir eine Ehre, Euch hier offen zu sagen, daß wir wesentliche und wirksame Unterstützung von Seiten dieser Länder erhalten, die die Unterstützung unserer afrikanischen Brüder verstärkt. Wenn es Leute gibt, die dies nicht gern hören, dann sollen sie nur kommen und uns auch in unserem Kampf unterstützen. Aber sie können sicher sein, daß wir stolz sind auf unsere Souveränität . . .“

Wir nehmen die Hilfe der sozialistischen Länder an, weil sie den Weg anzeigen, der dem Menschen dient, den Weg der Gerechtigkeit.“<sup>7</sup>

Bereits 1974 wurde Guinea-Bissau von über 80 Staaten der ganzen Welt anerkannt. Eine Reihe westlicher Länder – vor allem Schweden – hatten schon früh erkannt, daß die Zeit des portugiesischen Kolonialismus bald abgelaufen sein würde und stellten sich auf die zu erwartenden neuen Realitäten ein, um zunächst durch relativ großzügige Entwicklungshilfe ihre langfristigen politischen und wirtschaftlichen Interessen einzubringen. Guinea-Bissau ist dringend auf die finanzielle Hilfe gerade der westlichen Länder angewiesen, die auch von jedem angenommen wird, der nicht eigennützige Bedingungen daran knüpft. Besteht die Hilfe der kapitalistischen Länder hauptsächlich aus Finanzierungen, so diejenige aus den sozialistischen Ländern – die selbst Man-



gel an Devisen haben – vorwiegend aus Warenlieferungen und Bereitstellung von Ausbildungskapazitäten und hochqualifizierten Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern.

Zweifellos haben auch heute die Beziehungen zu sozialistischen Ländern in politischer Hinsicht Vorrang, während die attraktive Finanzkraft der kapitalistischen Länder bei Teilen des Kleinbürgertums innerhalb der PAIGC und dem Staatsapparat ihre politischen Auswirkungen hat. Es wäre vermessen anzunehmen, die PAIGC wäre eine Avantgarde- oder Arbeiter-Partei, die unbeirrbar den Aufbau des Sozialismus anstreben könnte; die PAIGC ist eine breite Massenpartei, in der alle Schichten des Volkes repräsentiert sind, und nur so konnte sie den Erfordernissen des nationalen Befreiungskampfes gerecht werden.

Entsprechend ihrer Rolle in diesem Kampf ist die Kleinbourgeoisie auch heute in der PAIGC vertreten und der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, den Amilcar Cabral folgendermaßen charakterisierte: „Das revolutionäre Kleinbürgertum ist aufrichtig. Das bedeutet, daß es sich trotz aller feindseligen Bedingungen mit den fundamentalen Interessen der Masse identifiziert. Das mag Selbstmord bedeuten, aber er wird nicht umsonst gewesen sein. Indem es sich selbst opfert, kann es wieder zum Leben zurückkehren, aber in Gestalt von Arbeitern und Bauern.“<sup>8</sup> Sichtbar wird die politische Heterogenität dann in Schaufenstern von Bissau, wo die Porträts von Luis Cabral, Eanes und Lenin in trauriger Eintracht nebeneinander prangen, oder in dem bunten Kinoprogramm von Antonionis „Zabrisky Point“ über einen Agi-

tationsfilm der SWAPO zu Werner Herzogs „Aguirre, der Zorn Gottes“ und „Sandoan“, oder den beiden Jugendlichen, Arm in Arm auf dem Fußballfeld, der eine mit einem T-Shirt, auf dem die Marionette Mobutu und sein Regime in Zaire glorifiziert werden, und der andere mit einem FDJ-Hemd bekleidet.

Trotz aller ungelösten Probleme und Widersprüche steht fest: Wie Havanna nicht mehr das Paradies amerikanischer Millionäre ist und Saigon heute Ho-Chi-Minh-Stadt heißt, so ist Bissau nicht mehr das „Saigon von Afrika“, wie es einst von kolonialistischen Abenteurern getauft wurde. „Wir werden eine neue Gesellschaft aufbauen. Eine solche Gesellschaft, wo“ – wie der Vorsitzende des Staatsrats, Luis Cabral, unlängst sagte – „unser Volk weder durch Weiße noch durch Schwarze ausgebeutet werden wird, denn die Ausbeutung hat keine Farbe, und wir wissen, daß es auch Schwarze gibt, die gern an die Stelle der Portugiesen treten möchten. Wir wollen einen starken und fortschrittlichen Staat, eine starke Volkswirtschaft schaffen, wir wollen, daß unser Volk zum Herrn seines eigenen Landes wird.“<sup>9</sup>

#### Anmerkungen:

- 4) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 5/Mai 1976, S. 648
- 5) Vgl. hierzu: AIB, Nr. 5/1976, S. 11–14
- 6) Zit. nach: Politisches Handbuch der PAIGC, hrsg. vom Komitee Südliches Afrika, Heidelberg 1974, S. 32
- 7) Nach: ebenda
- 8) Nach: A. Cabral, Die Revolution der Verdammten, Westberlin 1974, S. 27/28
- 9) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 5/Mai 1976, S. 650

## Alvaro Cunhal Zur portugiesischen Revolution



**Marxismus aktuell**

239 Seiten, Reihe Marxismus aktuell, 12,80 DM  
ISBN 3-88012-556-2

## Goldberg/Judick Rische Afrika im Wandel



**Marxismus aktuell**

164 Seiten, Reihe Marxismus aktuell, 8,50 DM  
ISBN 3-88012-572-4

# Verlag Marxistische Blätter

Hedderner Landstraße 78a · 6000 Frankfurt/Main 50 · Telefon (06 11) 57 10 51



## Ende des Biafrakrieges vor 10 Jahren

Der am 11. Januar 1970 durch die Kapitulation der Armee „Biafras“ beendete Bürgerkrieg in Nigeria reiht sich ein in die Serie jener Konflikte in der jüngeren Geschichte Afrikas, in denen imperialistische Interessen sich die Probleme der kolonialen Deformationen Afrikas zunutze machten.

Das regionale Entwicklungsgefälle im Bundesstaat Nigeria, die damit verbundenen gesellschaftlichen Strukturunterschiede und politischen Differenzen, ethnische und religiöse Gegensätze zwischen den Großregionen Nord, Südwest und Südost sowie zwischen den in ihnen dominierenden Volksgruppen der Haussa bzw. Yoruba und Ibo, die separatistischen Tendenzen im Südosten – all dies sind Faktoren, die in diesem komplizierten Prozeß eine Rolle gespielt, die das Bild des Konflikts mitgeprägt haben. Dennoch vernebeln Deutungen, die sich hierauf beschränken (oder gar einen Befreiungskrieg des „fortschrittlichen“ Südens gegen den feudalistisch-reaktionären Norden unterstellen), die entscheidende Dimension des Konflikts.

Schon vor der Unabhängigkeit Nigerias am 1. Oktober 1960 prägten Konflikte zwischen dem von den Briten zielstrebig entwickelten („christlichen“) Süden und dem muslimischen Norden (in dem jedoch die Bevölkerungsmehrheit lebt) die Entwicklung des Landes. Ihre zahlenmäßige Überlegenheit sicherte den Haussa des Nordens die führenden politischen Positionen, während vor allem im Südosten bedeutende Rohstoffvorkommen entdeckt wurden, darunter 1965 große Ölreserven. Streitigkeiten über die Verteilung der hieraus gewonnenen Einnahmen bildeten zusammen mit Kämpfen um die politische Macht zwischen den Bevölkerungsgruppen den Hintergrund für die Staatsstreich des Jahres 1966, aus denen mit General Gowon ein „Kompromißkandidat“ als Regierungschef hervorging. Der Streit um die Aufteilung der Abgaben der Ölkonzerne ging indessen weiter.

Der Befehlshaber der Ostregion, Oberstleutnant Ojukwu, Sohn eines der reichsten Männer Nigerias, forcierte seit Oktober 1966 die Ausrüstung seiner Einheiten zur stärksten schwarzen Armee südlich der Sahara. Obwohl General Gowon mit einer regionalen Neugliederung des Landes (statt 4 Regionen nunmehr 12 Provinzen) einen Versuch unternahm, die bestehenden Ungleichgewichte zu beseitigen, proklamierte Ojukwu am 30. Mai 1967 die Loslösung und Unabhängigkeit der Ostregion unter dem Namen „Biafra“ (nach dem Ostteil des Golfes von Benin, an dem Nigeria liegt). Nur wenige Wochen später – die militärische Auseinandersetzung hatte noch nicht begonnen – überwies die Ölkonzerne Shell und British Petroleum (BP) ihre Abgaben an die separatistische Regierung statt an die Zentralregierung in Lagos.

„Im Zentrum der Auseinandersetzung steht natürlich das Erdöl“, schrieb die britische Financial Times am 31. Mai 1967. Die Hilfe der Konzerne und westlicher Regierungen für „Biafra“ war es, die den Krieg zweieinhalb Jahre dauern und große Opfer kosten ließ. Sie war das Resultat rivalisierender Interessen.

Das nigerianische Erdöl wurde vor allem von BP und Shell gefördert; beide Firmen beherrschten etwa 85% der Ausbeutung, 10% förderte die amerikanische Gulf Oil, 5% blieben französischen Interessen (vor allem ELF/ERAP-Aquitaine). Weitere amerikanische Konzerne und die italienische ENI versuchten ebenfalls ins lukrative Geschäft zu kommen, wobei sich die US-Interessen weitgehend mit den britischen arrangierten. Frankreich blieb dagegen in seiner schwachen Position; die Zentralregierung bevorzugte die britischen (und in gewissem Maße auch die amerikanischen) Firmen. Frankreichs Rivalität zu Großbritannien gab den Ausschlag dafür, daß die französischen Ölgesellschaften ELF und CFP sowie die französische Regierung den Separatstaat unterstützten, der den Firmen dafür Bohrrechte versprach.

In geringerem Maße unterstützten Italien und die USA offen Ojukwu Staatsgebilde, obwohl die Interessen der USA ebenfalls auf die Verdrängung Großbritanniens gerichtet waren, die Erdölinteressen jedoch noch nicht dominierten.

Die Regierung Gowon stieß bei den Westmächten mit ihren Bitten um Waffenhilfe gegen die zunächst übermächtige Armee Ojukwus auf taube Ohren. Sie wandte sich daher an die sozialistischen Staaten, die das separatistische Abenteuer ebenso wie die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ablehnten – mit Erfolg. Dies zwang die britische Regierung dazu, sich auf die Seite der Zentralregierung zu stellen, nachdem sie vorher geschwankt hatte.

„Biafra“ erhielt Waffenhilfe von Portugal, dem rassistischen Südafrika sowie von Frankreich; Söldner wurden angeworben. Zahlreiche nationale Organisationen, teilweise auch internationale wie das Rote Kreuz, spielten in der nun beginnenden Unterstützungs-



O. Ojukwu, Separatistenführer „Biafras“

kampagne für die Opfer des Bürgerkrieges in „Biafra“ eine zwielichtige Rolle. Kirchliche Organisationen etwa aus den USA lieferten Waffen an die Armee Ojukwus; Flüge von Roten-Kreuz-Gütern wurden für Waffentransporte mißbraucht; das Angebot Gowons, Hilfsflüge von nigerianischem Gebiet aus nach „Biafra“ zu unternehmen, wurde abgelehnt – stattdessen startete man von Dahomey (dem heutigen Benin) oder der portugiesischen Kolonie Sao Tome – Principe.

Ojukwu ließ parallel hierzu eine gewaltige Propagandakampagne entfachen. Dieser – inszeniert von der Genfer Agentur Markpress – ist es zu verdanken, daß die Öffentlichkeit in den „westlichen“ Ländern ein Bild vermittelt erhielt, das die Wirklichkeit auf den Kopf stellte. Von einem Religionskrieg des muslimischen Norden gegen den christlichen Süden war nun die Rede, in welchem ersterer an den Ibos einen totalen Völkermord zu verüben beabsichtige. Ojukwu war es indessen gewesen, welcher von Anbeginn die Annexion weiter Teile Nigerias propagiert hatte, die mit dem Separatstaat nichts zu tun haben wollten, sowie die Ausrottung ganzer Städte gefordert hatte. Das Elend – Krankheiten und Hungertod zahlreicher Menschen – hat seine Armee zu verantworten, die es mit Terror zu verhindern suchte, daß die Bewohner der Regionen, die von den Regierungstruppen zurückerobert wurden, sich aus dem Busch wagten.

Die Massivität der Propagandakampagne verfehlte ihre Wirkung nicht. Humanitäre Besorgnis und Mitleid wurden zynisch für ein Unternehmen mißbraucht, das letztlich nur den Interessen internationaler Ölkonzerne diente, die sich sämtlich von einem Separatstaat „Biafra“ Vorteile erhofften. Die fatale Lüge vom „Religionskrieg“ führte dazu, daß kirchliche Stellen und sich kirchlich nennende Organisationen Waffenlieferantendienste für Ojukwus Armee übernahmen. Die westliche Presse verbreitete ungerührt die Legende von den 2 Mio Kriegstoten, obwohl diese Zahl ausschließlich ein Produkt der Genfer Public-Relations-Manager dieses Bürgerkrieges war.

So groß die Unterstützung Ojukwus zeitweilig gewesen war (obwohl sein „Biafra“ Stämme umfaßte, die einem Ibo-Staat ablehnend gegenüber gestanden hatten), so schnell klang die Unterstützung ab, als dieser sich ins Ausland abgesetzt hatte und die Zentralregierung unter der Devise der Versöhnung den Wiederaufbau in Angriff nahm. Die regionale Neugliederung, die auch unter Gowons Nachfolgern fortgesetzt wurde, konkrete ökonomische und soziale Maßnahmen scheinen sich positiv ausgewirkt zu haben. Ein Pogrom wie das vom Mai 1966, dem 30.000 Ibos im Norden zum Opfer fielen, und das den Bestrebungen dieser Bevölkerungsgruppe eine teilweise Legitimität verliehen hatte, erscheint heute unvorstellbar.

Unbestreitbar ist jedoch, daß die Festigkeit der Zentralregierung gegenüber dem separatistischen Manöver der Verteidigung der Grundsätze der OAU und der weiteren Entwicklung Gesamtafrikas einen Dienst erwiesen hat (obwohl die Elfenbeinküste, Gabun, aber auch Sambia und Tansania Ojukwus Regierung anerkannt hatten). Eine erfolgreiche Sezession Biafras hätte angesichts der alle afrikanischen Staaten betreffenden Problematik eine unabsehbare Kettenreaktion hervorrufen und damit den Prozeß der Herausbildung von Nationalstaaten um Jahrzehnte zurückwerfen können. Dies aber wäre ein Sieg des Neokolonialismus gewesen, in dessen Arsenal der Separatismus einen zentralen Stellenwert einnimmt wie das letzte derartige Manöver, der Ogaden-Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien, zeigte.

J. Ostrowsky



## Äthiopien vor und nach der Revolution



Darstellungen der äthiopischen Revolution – jener Entwicklung also, die mit Massenunruhen am 13. Februar 1974 einsetzte und mit dem Sturz Kaiser Haile Selassies am 12. September 1974 ihre revolutionäre Dynamik annahm – sind nach wie vor Mangelware. Dies trifft auch für Versuche zu, diese aufsehenerregende Revolution von den Positionen ihrer Träger, der Volksmassen und ihrer Führer, aus und solidarisch mit ihnen wiederzugeben. Mit dem Taschenbuch des Kubaners

Raul Valdes Vivo, *Äthiopien – eine unbekannte Revolution*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1978, 128 S., 8,- DM

liegt ein solcher Text vor. Er erschien erstmals in Spanisch in Kuba 1977. Dieses Buch ist in teils reportagehaftem Stil gehalten, zuweilen mit Anekdoten versehen. Es ist verständlich und gibt in lebendiger Sprache einen knappen Überblick über historische Wurzeln, Ursachen, Verlauf und Hauptfragen der revolutionären Entwicklung. Eine Chronologie zeichnet die Ereignisse vom 13. Februar 1974 bis zum Herbst 1977 nach.

R. V. Vivos Interesse gilt vor allem der Herausarbeitung und Erklärung der wesentlichen Züge der äthiopischen Revolution, d.h. vor allem der Erörterung von solchen Fragen, die von Bedeutung sind für die marxistische Diskussion revolutionärer Prozesse. An verschiedenen Stellen erfolgen Darstellungen der Geschichte Äthiopiens, der sozialen und ökonomischen Voraussetzungen, um die Spezifika der Revolution zu erklären. So folgt der Darstellung der Abhängigkeit Äthiopiens vom Imperialismus und der Rolle der einheimischen Oberschicht das Fazit: „Infolgedessen mußte die Revolution von Anfang an nicht nur antifeudal sein, sondern auch antiimperialistisch und gegen die bürokratische Bourgeoisie“ gerichtet (S. 52).

Breiten Raum nimmt die Diskussion der Frage ein, wie es in einem Land mit derart geringen Voraussetzungen (gering entwickeltes Proletariat, Fehlen von relevanten linken Organisationen usw.) zu einer sich in derart kurzen Zeit so radikal beschleunigenden Entwicklung kommen konnte. Neben der bedeutsamen Tatsache, daß die Wirkung des sozialistischen Weltsystems heute in jeder revolutionären Entwicklung eine zentrale Rolle spielt, stellt der Autor dabei vor allem das Zusammenspiel von Massenbewegung und Armee als Motor der Radikalisierung heraus. Die Revolution, die als Volkserhebung weitgehend spontan begonnen hatte, erhielt ihre Richtung durch das Militär, das – den Bestrebungen der Massen folgend – seinerseits einen immer tieferen Radikalisierungsprozeß durchmachte, sich, wie R. V. Vivo es ausdrückt, in den Dienst des Volkes stellte.

Ausführlich wird das damit einhergehende Problem der Differenzierung des Militärs, namentlich seiner Führung, im Verlauf der einzelnen Etappen der Revolution, angesichts der Erfordernisse, die sich in ihnen objektiv ergaben, dargestellt. (S. 79 ff)

In weiteren Abschnitten skizziert der Autor die Hauptmaßnahmen der revolutionären Kräfte seit 1974: Nationalisierung des Bodens und Bildung von Massenorganisationen (Milizen) der Bauern; Verstaatlichung des Bodens in den Städten und Bekämpfung der Wohnungsnot ebendort; Reformen im Bildungswesen; die Bildung von Gewerkschaftsorganisationen; die Hauptziele der Revolution schließlich und damit ihren Charakter. Hier ließe sich einwenden, daß diese Passagen zu kurz geraten sind, allerdings muß eingeräumt werden,

daß zum Zeitpunkt der Abfassung viele dieser Entwicklungen noch in den Anfängen steckten. Es fehlen jedoch Aussagen zum wichtigen Nationalitätenproblem und seiner Lösung durch die revolutionären Kräfte.

Dennoch: R.V. Vivos kurze Darstellung ist derzeit immer noch die einzige deutschsprachige, welche einen zutreffenden, deutlich parteiischen Überblick über das revolutionäre Äthiopien gibt.

Eine Art „Ergänzung“ – wenn auch nur bezüglich des historischen Vorlaufs der aktuellen Entwicklungen – stellt dar Andrzej Bartnicki/Joanna Mantel-Niecko, *Geschichte Äthiopiens*, 2 Bde., Akademie-Verlag, Berlin 1978, 726 S., 19,60 DM.

Umfang, Ausstattung (ausführliche Bibliographie, terminologisches Wörterverzeichnis, Register, genealogische Tafeln und mehr) und Stil zeigen: im Unterschied zu R.V. Vivos Einführungstext stellt diese Übersetzung aus dem Polnischen (erschienen in Wrocław 1971) eine wissenschaftliche Aufarbeitung dar. Auch sie sucht im deutschsprachigen Raum ihresgleichen.

Beide Autoren sind sowohl marxistische Historiker als auch Äthiopisten, eine, wie beide zu Recht betonen, unerläßliche Voraussetzung für die Erarbeitung einer gründlichen Geschichtsdarstellung Äthiopiens. Dennoch verweisen sie – nicht zuletzt angesichts einer noch immer schwierigen Quellenlage – darauf, daß auch sie keineswegs alle wichtigen Probleme erschöpfend behandeln konnten. Dazu gehört, daß die Arbeit vor allem eine politische Geschichte darstellt, ohne daß dabei die komplizierten ethnischen, kulturellen und ökonomischen Probleme außer Acht gelassen wären, die diese Geschichte begleiten und die zum Verständnis des heutigen Äthiopiens unumgänglich sind.

Den Aufbau beschrieben die Autoren selbst als „nach chronologisch-problemhaften Gesichtspunkten“ vorgenommen, d.h. in dem Bemühen, „im Rahmen der einzelnen historischen Perioden die Haupttendenzen der Innen- und Außenpolitik herauszuarbeiten“ (S.XX). Das erste Buch umfaßt die Geschichte Äthiopiens von der – zum Teil legendären – Gründung des Staates an bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, das zweite diejenige im 20. Jahrhundert. Ein Kapitel, das die Phase nach 1974 zum Gegenstand hat, ist für die deutsche Übersetzung zusätzlich verfaßt worden.

Die Anfänge eines unabhängigen Äthiopiens sind in der Wissenschaft umstritten. Die Autoren gehen davon aus, daß jedoch die Existenz des Staates – entstanden aus Kolonien Sabas – seit mindestens 17 Jahrhunderten nachzuweisen ist. Hieran anknüpfend entwickeln sie den komplizierten Prozeß der „Emanzipation“ des zunächst nach seiner Hauptstadt Aksum als aksumitisch bezeichneten Reiches über die Annahme des Christentums (etwa vom 4. Jahrhundert an) über die mittelalterliche Zerfallsperiode, Wiedergründungen und innere Auseinandersetzungen bis hin zur Phase der Auseinandersetzungen mit dem britischen und vor allem dem italienischen Kolonialismus, schließlich ins 20. Jahrhundert. Naturgemäß stehen immer wieder im Zentrum die dynastischen Entwicklungen des Kaiserreichs, aber auch gemeinhin unbekannt geschichtliche Ereignisse wie umfangreiche Bauernaufstände im 17. Jahrhundert nehmen gleichfalls breiten Raum ein. Die sehr ausführliche Beschreibung der Herrschaft Haile Selassies, der am 2. November 1930 gekrönt wurde, schließt die Arbeit ab und leitet über zu dem neuen Teil, der sich mit der Revolution von 1974 sowie ihrer Vorgeschichte in den 60er Jahren beschäftigt.

Die vorliegende zweibändige Geschichte ist verständlich geschrieben und gut lesbar (so wurde von den Autoren bewußt auf Fußnoten zugunsten einer sehr ausführlichen Literaturliste verzichtet). Für alle, die sich eingehend mit Äthiopien beschäftigen wollen, ist sie unentbehrlich.

J. Ostrowsky

### Achtung AIB-Abonnenten!

Jahresabo 1980 fällig!  
Siehe Einhefter (S. 1)



## Westsahara

Marokkos Westsaharapolitik entwickelt sich in zunehmendem Tempo zu einem Fiasko für das Regime König Hassans. Zwar binden sich die USA mit Präsident Carters Entscheidung, Marokko Waffen zu liefern, an diese zum Scheitern verurteilte Politik, tragen gleichzeitig aber auch zur teilweisen Stärkung der königlichen Armee bei. Auf der anderen Seite blieb die Offensive der marokkanischen Streitkräfte (FAR) gegen die Volksbefreiungsarmee der Sahraouis (ALPS) nach einer Serie demoralisierender Niederlagen stecken. Eine derzeit unter dem Namen „Operation Ouhoud“ laufende Aktion ist nicht minder erfolglos und stellt zudem nach Aussagen des Informationsministers der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Mohamed Ould Salek, in erster Linie eine propagandistische Offensive zur Aufmunterung der eigenen Kräfte dar. Dieses Ziel dürfte ebenfalls verfehlt werden. Die Überlegenheit der POLISARIO-Kämpfer gegenüber den zwar besser bewaffneten, aber ohne Motivation und Moral antretenden marokkanischen Soldaten scheint sich langfristig zu stabilisieren. Den Niederlagen auf dem Schlachtfeld folgen Rückschläge auf dem politisch-diplomatischen Feld. Die Zahl derjenigen Staaten, welche die DARS anerkannten, hat sich inzwischen auf rund 40 erhöht. In den Vereinten Nationen nahm der Entkolonisierungsausschuß mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in welcher u.a. der Frente POLISARIO die de-facto-Anerkennung als Vertreterin des Volkes der Sahraoui ausgesprochen wurde. Drei Wochen später, am 23. November 1979, forderte die UN-Vollversammlung Marokko mit 85 gegen 7 Stimmen auf, die Westsahara zu räumen. 41 Staaten, darunter sämtliche EG-Mitgliedsländer – aber auch als einziges sozialistisches Land Rumänien – enthielten sich der Stimme. Die BRD hält damit weiterhin zur völkerrechtswidrigen Okkupationspolitik Marokkos.

## EG-Entwicklungsländer

Am 31.10.1979 ist in Lomé (Togo) nach 14-monatigen Verhandlungen das zweite Assoziierungsabkommen zwischen der EG und den 57 AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten unterzeichnet worden. Es wird am 1.3. d.J. in Kraft treten. In diesem Lomé-II-Abkommen konnten die Entwicklungsländer nach den enttäuschenden Ergebnissen von Lomé I (siehe AIB, Nr. 7-8/1979) einige Verbesserungen durchsetzen, wenngleich das Abkommen seinem Anspruch, „ein neues Modell für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten“ zu schaffen (so die Präambel), bei weitem nicht gerecht wird. Nicht durchgesetzt hat die EG die von ihr geforderte „Menschenrechtsklausel“, die gegebenenfalls einen Abbruch der finanziellen Hilfe gerechtfertigt hätte. Die Auseinandersetzung um die von Seiten der EG geforderte „Investitionsschutzklausel“ endete mit einem Kompromiß, wonach diejenigen AKP-Staaten, die bislang zweiseitige Garantieverträge mit einem EG-Land (in der Regel der BRD) abgeschlossen hatten, diese nunmehr auf alle EG-Länder ausdehnen. Verbesserungen für die AKP-Staaten wurden vor allem durch die Ausdehnung des Systems der Exporterlösstabilisierung (STABEX) von 34 auf 44, vor allem mineralische Rohstoffe (Kupfer, Phosphat, Bauxit, Mangan, Eisenerz, Zinn) erreicht, die bislang nicht einbegriffen waren. Die am wenigsten entwickelten Länder erhalten die bei unvorhergesehenen Weltmarktpreisschwankungen einsetzenden Ausgleichszahlungen als nichtrückzahlbare Zuschüsse. Bei mineralischen Rohstoffen werden EG-Zuschüsse nur dann gezahlt, wenn diese für weitere Investitionen und Explorationen im Bergbausektor verwandt werden, um die Rohstoffexporte in die EG-Länder zu steigern – ein Beitrag zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Staaten einerseits, der Rohstoffzufuhr der EG andererseits. In gesteigertem Maße sollen industrielle Investitionen (auch multinationaler Konzerne) in den AKP-Staaten angeregt werden. Dazu stellt die EG Hilfen und Kredite in Höhe von 5,6 Mrd. Europäischen Rechnungseinheiten (= 7,45 Mrd. Dollar) zur Verfügung.

## Bolivien

Für knapp drei Monate war Interimspräsident Guevara Arce (vgl. AIB, Nr. 9/1979) Präsident, bis Oberst Natusch Busch am 1.11.1979 versuchte, die Macht an sich zu reißen. Natusch Busch, der zum engen Kreis um Ex-Diktator Banzer gehört und unter seiner Herrschaft Landwirtschaftsminister war, mußte aber schon nach 14 Tagen aufgeben. Zu stark war der Rückhalt der aus dem Untergrund kämpfenden Regierung Guevara. Die Gewerkschaftszentrale (COB) rief zum Generalstreik und bildete mit allen führenden Linksparteien ein Komitee zur Verteidigung der Demokratie. Das in seine Befugnisse wiedereingesetzte Parlament bestimmte Lidia Gueiler als Präsi-

dentin bis zum 8.8.1980. An diesem Tag soll nach den Parlamentswahlen am 4.5.1980 der neugewählte Präsident in sein Amt eingeführt werden. Lidia Gueiler kann auf eine lange politische Karriere zurückblicken. Beim Volksaufstand von 1952 trat sie als Anführerin der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNR) Paz Estenssors hervor, verließ diese Partei jedoch nach dem wiederholten Rechtsschwenk Estenssors, der sogar ein Bündnis mit der Banzer-Diktatur einging. Heute gehört sie der MNR wieder an, genießt aber auch das Vertrauen der Gewerkschaftszentrale COB, mit deren Führer Lechin sie diese Gewerkschaft 1952 gründete. Das Militär steht Frau Gueiler gespalten gegenüber. Ihre Ernennung neuer Kommandeure nach dem Rücktritt Natusch Buschs führte nach der Rebellion des Armeekommandierenden General Luis Garcia Meza zu einer Regierungskrise und mußte zurückgenommen werden. Ob sich Lidia Gueiler also bis 1980 halten wird, hängt weitgehend vom Kräfteverhältnis in der Armee ab.

## Paraguay

Im Mai 1979 ließ sich Diktator Alfredo Stroessner als „Verbesserer der Demokratie“ anlässlich des 25. Jahrestags seiner Machtübernahme mit großem Pomp feiern. Diese 25 Jahre sind jedoch Sinnbild für die systematische Liquidierung der Menschenrechte. Paraguay kennt seit her nur Ausnahmezustand, Aussetzung der Grundfreiheiten und hat die meisten Langzeitgefangenen. Drei der bekanntesten, Julio Rojas, Alfredo Alcorta und Antonio Maidana waren im Februar 1977 nach 23 Jahren Kerkerhaft entlassen worden (vgl. AIB, Nr. 3/1978). Für drei andere, den seit 1975 verschwundenen Rechtsanwalt und Generalsekretär der KP Paraguays, Miguel Angel Soler, den Führer des Kommunistischen Jugendverbandes Derlis Villagra und das Mitglied des Zentralkomitees der KP Ruben Octavio Gonzales, werden sich die Gefängnistore nie mehr öffnen. Soler starb, nachdem er vier Stunden mit Eisenstangen geschlagen und ihm Stück für Stück Hände und Füße abgehackt wurden. Villagra und Gonzales starben ebenfalls unter der Folter. Ihre Leichen wurden im Keller des Nachrichtendienstgebäudes verscharrt.

## Argentinien

Unter dem Vorwand der „Demokratisierung und Entpolitisierung“ der Gewerkschaften wurde im November 1979 in Argentinien ein neues Gewerkschaftsgesetz verkündet: Es verbietet den nationalen Gewerkschaftsdachverband Allgemeine Konföderation der Arbeit (CGT) sowie alle ihm angehörenden nationalen Industriegewerkschaften. Es läßt künftig nur betriebliche und regionale Organisationen zu. Die gewerkschaftlichen Sozialwerke, eine wichtige Einkommensquelle der Arbeiterorganisationen, werden dem Staat unterstellt, zudem wird den Gewerkschaften etwa eine Unterstützung von Streiks durch das Verbot einer eigenen Kassenführung und der Annahme von Spendenmitteln nahezu unmöglich gemacht. Die kürzlich anstelle der durch Flügelkämpfe gelähmten CGT im Untergrund gegründete neue Dachorganisation Vereinigte Leitung der Argentinischen Arbeiter (CUTA) hat gegen das neue Gewerkschaftsgesetz bereits ein nationales Aktionsprogramm angekündigt. Sie kann bei ihren Protestaktionen mit der Unterstützung durch politische Parteien und die Kirche rechnen.

## Puerto Rico

Anfang Oktober 1979 ließen die USA vier der bekanntesten politischen Langzeitgefangenen Lateinamerikas vorzeitig frei. Lolita Lebron, Rafael Cancel Miranda, Irving Flores und Oscar Collazo, im Zusammenhang mit bewaffneten Widerstandsaktionen gegen die Angliederung Puerto Ricos an die USA verhaftet, hatten über 25 Jahre in US-Gefängnissen zugebracht. Unverändert greifen die USA jedoch zu Unterdrückungsmaßnahmen gegen die puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung. Ihr Kampf richtet sich zur Zeit hauptsächlich gegen die Benutzung der zu Puerto Rico gehörenden Insel Vieques als Test- und Manövergebiet der US-Marines. Nach Protestdemonstrationen auf der Insel kam es im September 1979 zu Verhaftungen. 18 Verhaftete, unter ihnen Juan Mari Bras, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Puerto Ricos (PSP), mußten nach einem Monat wieder freigelassen werden. Noch in den USA in Haft befindet sich Ismail Guadalupe, der Vorsitzende der Bewegung für den Erhalt von Vieques und Mitglied des Zentralkomitees der PSP.



AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

## Südafrikas Bombe

Ob Südafrika über die Atombombe verfügt, darf nach Lage der Dinge als weit weniger strittig angenommen werden als dies die eigenartige Kampagne der bürgerlichen Presse um die mutmaßliche Atombombenexplosion vom 22. September 1979 im Südlichen Afrika glauben machen will. Zwar bleiben einige ungeklärte Fragen und Zweifel (einschließlich der Spekulation, es habe sich um einen israelischen Versuch gehandelt), doch gerade das überraschend schnelle Abrücken der meisten Presseorgane sowie das berechtigte Schweigen etwa Bonns zum brisanten Thema erregen Argwohn. So verstärkt sich der Verdacht, daß hier eine Nachricht verabredetermaßen „auf kleiner Flamme gekocht“ wird, die peinlicherweise das Licht der Öffentlichkeit erblickt hatte. Unglaublich bis abenteuerlich waren die Dementis aus Pretoria, in denen auf einmal ein sowjetisches Atom-U-Boot hochgegangen oder eine seit Jahren auf dem Meeresgrund schlummernde sowjetische Atomrakete explodiert sein sollten.

Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit ließ sich durch derlei Manöver nicht beirren. Die Vereinten Nationen verurteilten sogleich die Verantwortlichen für Südafrikas atomare Rüstung mit, die Westmächte, voran die BRD. In Angola wurden massive Proteste gegen die Bedrohung an der eigenen Südgrenze laut. In der BRD protestierten die Anti-Apartheid-Bewegung, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee und zahlreiche andere Organisationen, darunter auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Bezeichnend war die Reaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Sie störte nicht etwa die mit einer südafrikanischen Atombombe heraufbeschworene Gefahr für den Frieden in Afrika und darüber hinaus; lediglich der Zeitpunkt der Zündung wurde als inopportun erachtet, und kritisch wurde angemerkt, daß die Atombombe, „wie die Südafrikaner selbst wissen, auf einem afrikanischen Kriegsschauplatz fehl am Platze“ sei (FAZ, 27.10.1979). Krieg in Afrika seitens Südafrikas also ja, aber, bitte schön, ohne Atombombe?

Und noch etwas empfand der FAZ-Kommentator als lästig: „Viele werden obendrein noch behaupten, die Bundesrepublik habe da mitgewirkt.“

### Ausflüchte und Dementis aus Bonn

Dazu freilich bedarf es seit langem keiner derart augenfälligen Demonstration mehr. Seit spätestens 1975 ist durch die Dokumentationen des Afrikanischen Nationalkongress Südafrikas (ANC) schlüssig nachgewiesen, daß und wie Wissenschaftler, Institute, Firmen und Regierungsstellen mit Südafrika auf nuklearem Gebiet zusammengearbeitet haben und weiterhin zusammenarbeiten. In den letzten Wochen gab z.B. ein Vertreter der Firma Varian-MAT in der Fernsehsendung Monitor aufgeräumt zu, Südafrika beziehe Isotopen-Meßgeräte, die speziell für Urananreicherungsprozesse konstruiert sind – letzteres ein Umstand, welchen die Bundesregierung beharrlich leugnet. Im Bundestag vermochte der SPD-Abgeordnete Peter Conradt Beweise dafür vorzulegen, daß das Institut für Reaktorsicherheit, das aus Bundesmitteln gefördert wurde, mit südafrikanischen Stellen zusammengearbeitete. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff mußte zugeben, daß Lieferungen von einschlägigem Material durchaus nach Südafrika gelangen könnten und können.

Ausflüchte und dreiste Dementis der Bundesregierung täuschen



immer weniger Menschen. Die Tatsachen belegen: Die Bundesrepublik unterstützt auf allen Gebieten ein Regime, das Menschenrechte und Frieden im Südlichen Afrika seit Jahren mit Füßen tritt und bricht:

Allein in den letzten Monaten griffen südafrikanische Streitkräfte wiederholt Angola an und ermordeten zahlreiche Zivilisten; südafrikanisches Militär steht inmitten Zimbabwes mit der arroganten „Begründung“, für Pretoria wichtige Verkehrswege zu überwachen. Pretorias Außenminister stieß während seines Besuchs in mehreren europäischen Hauptstädten offene Interventionsdrohungen für den Fall aus, daß die Patriotische Front die Macht erränge: „Wir können Chaos hinter unseren Grenzen nicht dulden. Wir haben ein legitimes Interesse an einer stabilen Lage in unserem (!) Gebiet, und wir werden überlegen müssen, welche Schritte zu tun sind, wenn unsere Interessen direkt gefährdet sind“ (FAZ, 29.11.1979). Sprachs und wurde einen Tag später kollegial von Bundesaußenminister H.D. Genscher empfangen.

Südafrika, das sein terroristisches Unterdrückungssystem und seine angemessene Vormachtstellung nur mit Aggression zu verteidigen vermag, stellt eine ständige Kriegsgefahr nicht nur im Südlichen Afrika dar. Äußerungen seiner Führer, Atombomben im Zweifelsfall auch einzusetzen, sprechen eine nur zu deutliche Sprache – sie sind ernst zu nehmen.

Der fortgesetzten Unterstützung für dieses Regime durch die NATO-Mächte auch auf dem nuklearen Sektor muß die internationale Solidaritätsbewegung weiterhin den Kampf gegen die atomare Kollaboration entgegensetzen; er ist auch durch die jüngste Entwicklung nicht überflüssig geworden. Aber er muß eine Erweiterung erfahren. Das Rassistenregime in Pretoria muß international uningeschränkt isoliert, es muß ein vollständiger Boykott auf allen Gebieten gemäß der UN-Charta verhängt werden, um es zu schwächen und ihm die Möglichkeiten zu nehmen, seinen Kurs weiter zu verfolgen!